

**Heft 203**

Ausgabe 4 | 2014

ISSN 0170-4613

K 53 61

5,00 Euro

A close-up photograph of two hands, one from the left and one from the right, holding a small, weathered metal peace symbol. The symbol is a three-pronged shape with a vertical stem, set against a reddish-brown background. The hands are positioned as if presenting the symbol. The word 'spw' is overlaid in large white letters on the right side of the image.

**spw**

# Perspektiven ziviler Friedenspolitik

Dieter Senghaas  
**Die Zivilisierung des politischen Konflikts  
– weltweit aktueller denn je**

Matthias Dembinski, Thorsten Gromes  
**Viele Fragen offen  
Über die Erfolgsaussichten humanitärer  
militärischer Interventionen ist wenig bekannt**

Ulrich Cremer  
**Von selektiver Schutzverantwortung  
und GRÜNEN Atlantikern**

Susanne Hennig-Wellsow  
**Anfangen!**

## Kurzum | von Uwe Kremer

In der Sozialdemokratie mehren sich wieder die Stimmen, die eine zu starke Fixierung auf Verteilungsfragen kritisieren. Man müsse sich vielmehr den Themen Wirtschaft und Arbeit zuwenden, um mehrheitsfähig werden zu können. So jüngst Niedersachsens Ministerpräsident Stefan Weil.

Dazu verweist er auf den Wahlsieg von 1998 und die Kanzlerschaft von Gerhard Schröder. Unter dem Slogan „Arbeit, Gerechtigkeit und Innovation“ habe man auch auf eigene Wirtschaftskompetenz gesetzt. Erfolgreich, richtig. Man muss aber hinzufügen: Das „Kompetenzspektrum“ reichte Ende der 90er zunächst noch von Lafontaines Option einer keynesianisch inspirierten internationalen Regulierung bis zur späteren aktiven Beteiligung an der Deregulierung der Finanzmärkte, von einer auf „gute Arbeit“ orientierten Programmatik bis zur Logik „Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit“.

Das dann folgende Agenda-Trauma wurzelte tiefer als „Hartz-IV“. Fundamental war dies: Die globale internetbasierte „New Economy“ hauchte dem schon nicht mehr ganz taufrischen Neoliberalismus damals ein zweites Leben ein. Fatalerweise sahen viele nun die Sozialdemokratie berufen, dieser als alternativlos propagierten „wirtschaftlichen Moderne“ mit industriepolitischem und sozialtechnokratischem Flankenschutz zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Erinnerung ist wichtig, wenn „innovative Wirtschaftspolitik“ wieder oben auf die sozialdemokratische Agenda gesetzt werden soll. Denn es geht um die Fragen: *Welche wirtschaftliche Innovation? Welche wirtschaftliche Moderne?*

Die Erinnerung ist umso wichtiger, als wir (nach einer gewissen Gegenbewegung zwischen 2008 und 2012) eine Renaissance des New Economy-Liberalismus erleben. Dies gilt nicht nur in Bezug auf das Geschäftsgebaren



☞ Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

der Finanzindustrien, sondern auch mit Blick auf die Welle neuer elektronisch gestützter Geschäftsmodelle, die noch weitaus stärker als die erste Welle vor über 10 Jahren Konsum-, Lebens- und Arbeitsweisen verändern wird. Auch soweit es um denjenigen Sektor geht, der sich den dringend modernisierungsbedürftigen Infrastrukturen der Gesellschaft widmet, ist ein neuer Anlauf in Vorbereitung: Ein Sinn der „Schuldenbremse“ besteht ja schließlich im dadurch erhöhten Druck, diesen Sektor endlich durchgreifend für private Investments zu öffnen.

Richtig ist: Es gibt eine recht oberflächliche Fixierung auf Fragen der Verteilung und Gerechtigkeit. Dies zeigt sich etwa am Mindestlohn: Von den einen wird er zu einem Jahrhundertwerk überhöht, auf dass sich andere umso aufgeregter an der Vielzahl von Ausnahme- und Übergangsregeln abarbeiten. Natürlich: Der Mindestlohn ist wichtig und unverzichtbar. Doch er bringt uns „nur“ auf einen europäischen Standard, die Verteilungsprobleme berührt er in ihrer Substanz kaum. Hierzu müsste man hineingehen in die wirtschaftlichen Strukturen und Arbeitsverhältnisse – v.a. bei personenbezogenen Dienstleistungen, bei kommunikativen und logistischen Infrastrukturen. Nirgendwo hängen „Verteilung und Gerechtigkeit“ und „Wirtschaft und Arbeit“ so eng miteinander zusammen.

**Kurzum:** Wer sich „Wirtschaft und Arbeit“ zuwenden will, muss sich auch mit den Strukturen von Wirtschaft und Arbeit beschäftigen. ■

## ■ Meinung

Den friedlichen Ausweg verpasst – Wie dennoch eine friedliche Lösung im Nahen Osten erreicht werden kann | Christopher Paesen, Rinske Reising ..... 4

Mehr Keynes als Erhard | Dierk Hirschel ..... 7

Frankreich: Kurswechsel nach der Europawahl? | Estelle Goeger ..... 9

Strategiedebatte: Von Mythen und neuen Chancen | Ernst Dieter Rossmann ..... 11

Jenseits des atomar-fossilen Zeitalters: Ökologisch und gerecht | Klaus Mindrup ..... 14

## Debatte:

Rente ab 63 – Richtiger Schritt auf das Ziel „Mehr Rentengerechtigkeit“ | Robert Feiger ..... 16

Abschlagsfreie Rente | Adolf Bauer ..... 18

## ■ ■ Im Fokus: Perspektiven ziviler Friedenspolitik

Einleitung zum Schwerpunkt | Kai Burmeister, Ute Finckh-Krämer, Stefan Stache ..... 20

Die Zivilisierung des politischen Konflikts – weltweit aktueller denn je | Dieter Senghaas ..... 26

Viele Fragen offen – Über die Erfolgsaussichten humanitärer militärischer Interventionen ist wenig bekannt | Matthias Dembinski, Thorsten Gromes ..... 30

Russland und die NATO – Zu den Auswirkungen der Ukraine-Krise | Otfried Nassauer ..... 36

Das deutsche „Geschäft mit dem Tod“ | Jan-Thilo Klimisch ..... 44

Von selektiver Schutzverantwortung und GRÜNEN Atlantikern | Ulrich Cremer ..... 50

## ■ ■ ■ Magazin

Stichwort Wirtschaftspolitik: Negativzinspolitik der EZB und Finanzrepression – das Ende des Kapitalismus? | Arne Heise ..... 55

Die aktuelle Zahl: 100 | Ernesto Harder ..... 58

## Crossover

Kratzer im halbvollen Glas | Tom Strohschneider ..... 59

Anfangen! | Susanne Hennig-Wellsow ..... 63

Madagaskar nach den Wahlen und vor immensen Herausforderungen – Herkulesaufgaben im ärmsten Land | Edgar Göll ..... 67

Finanzgesteuerter Kapitalismus: ein neuer Kapitalismus oder eine Selbstverständlichkeit? | Michael Wendl ..... 72

Geschichtspolitische Debatten zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs | Thilo Scholle ..... 76

## Rezensionen

Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität | Thilo Scholle ..... 80

Karl Kautsky „Wie der Weltkrieg entstand“ (1919) | Burkhard Zimmermann ..... 81

Vom Zusammenhang von Kapitalismuskritik und guter Arbeit | Kai Burmeister ..... 83

## ■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

DL 21 Aktuell ..... 84

Meldungen: *Morgen links leben* - Kampagne der Jusos ..... 87

## □ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:  
Niels Annen (Hamburg)  
Klaus Dörre (Jena)  
Iris Gleicke (Schleusingen)  
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)  
Oliver Kaczmarek (Kamen)  
Michael R. Krätke (Lancaster)  
Uwe Kremer (Dortmund)  
Detlev von Larcher (Weyhe)  
Uwe Meinhardt (Stuttgart)  
Benjamin Mikfeld (Berlin)  
Susí Möbbeck (Magdeburg)  
Andrea Nahles (Weiler)  
Florian Pronold (Deggendorf)  
René Röspe (Hagen)  
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)  
Carsten Sieling (Bremen)  
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)  
Thomas Spies (Marburg)  
Michael Vester (Hannover)  
Felix Welti (Lübeck)  
Thomas Westphal (Dortmund)

### Redaktion:

Thorben Albrecht  
Claudia Bogedan  
Björn Böhning  
Kai Burmeister  
Cordula Drautz  
Ole Erdmann  
Björn Hacker  
Sebastian Jobelius  
Lars Neumann  
Katharina Oerder  
Michael Reschke  
Sarah Ryglewski  
Thilo Scholle  
Holger Schöneville  
Till van Treeck

### Heftschwerpunkt:

Kai Burmeister, Myriam Riedel, Stefan Stache

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:  
Stefan Stache

Telefon 0177 - 525 049 8  
redaktion@spw.de

### Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH  
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund  
Telefon 0231 - 2 02 00 11  
Telefax 0231 - 2 02 00 24  
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

### Geschäftsführung:

Robin Baranski  
Hans-Joachim Olczyk  
Eckhart Seidel

### Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,  
IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,  
BIC: PBNKDEFF, USt-ID-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.  
Jahresabonnement Euro 39,-  
(bei Bankeinzug Euro 37,-)  
Auslandsabonnement Europa Euro 49,-  
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.  
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.  
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.  
ISSN 0170-4613, K 5361  
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2014.  
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: © Robert Kneschke - Fotolia.com  
Bildnachweis: S. 55 www.fotolia.com  
© ferkelraggae.

Satz und Druck:  
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn  
1.-3. Tausend, August 2014

## Den friedlichen Ausweg verpasst – Wie dennoch eine friedliche Lösung im Nahen Osten erreicht werden kann

von Christopher Paesen und Rinske Reising

Zum dritten Mal in sechs Jahren ist es zu kriegerischen Auseinandersetzungen im Gazastreifen und im Süden Israels gekommen. Die Entwicklungen, die zu diesem Gewaltausbruch geführt haben, sind dabei keineswegs zwangsläufig gewesen. Fast 2000 Tote im Gazastreifen und fast 70 Tote auf israelischer Seite, hunderttausende traumatisierte Menschen auf beiden Seiten und mehr Hass gegen „den Anderen“ haben dennoch zu weitgehenden Verhandlungen in Kairo geführt, die eine Perspektive auf eine nachhaltigere und friedlichere Zukunft bieten. Trotzdem kann das Fazit niemals heißen: Krieg lohnt sich.

Zugegebenermaßen ist es nicht leicht eine Alternative zur aktuellen politischen Systematik zu finden. Die Politik von gegenseitigen Anschuldigungen, von Rechtfertigungen und Härte in der eigenen Position verspricht schnellen Erfolg, hohe Zustimmungen in Umfragen und am Ende vielleicht auch Wahlsiege. Zu einer grundlegenden Veränderung, die die Chance auf ein Ende immer neuer Gewaltspiralen eröffnet, kann sie jedoch nicht führen. Es ist aber genau diese grundlegende Veränderung, die seit dem Scheitern des Oslo-Prozess auf sich warten lässt, und die nötig ist, um einen Ausweg aus den tragischen und frustrierenden Konsequenzen ständiger kriegerischer Auseinandersetzungen zu bieten.

Eine friedliche Lösung ist möglich; sie erfordert jedoch Fantasie, Kreativität und vor allem Mut, unpopuläre Entscheidungen zur

letzlichen Verbesserung der Situation gegen vermeintliche Mehrheiten durchzusetzen. Nur so kann der festgefahrene Status quo, der von stetigem Raketenbeschuss Israels, einer andauernden Besatzung des Westjordanlands und einer restriktiven Beschränkung des Personen- und Warenverkehrs im Gazastreifen gekennzeichnet ist, nachhaltig überwunden werden.

### Den friedlichen Ausweg verpasst

Seit Oslo hat es zwischen Israel und den PalästinenserInnen keine hoffnungsvollen Friedensverhandlungen mehr gegeben. Wie auch Barak Obama am Ende dieser letzten Gewaltspirale meinte, ist Israel schlichtweg zu dominant. Es reicht für gewählte Premierminister den Konflikt zu „managen“, um eine Wahlperiode zu absolvieren. Die größte Gefahr für den Misserfolg der Wahlperiode, ist nicht das Ausbleiben von Frieden, sondern der Druck von rechts gegen palästinensische Gewalt härter aufzutreten. Es gibt keine spürbare Notwendigkeit, eine langfristige Lösung zu entwickeln und darauf hinzuarbeiten. Und je länger eine „Nicht-Lösung“ die real existierende Situation ist, desto mehr gilt sie für die Bürgerinnen und Bürger Israels als akzeptierte und alternativlos erscheinende Normalität.

Auf der palästinensischen Seite war es fast eine Dekade lang unmöglich, Friedensverhandlungen erfolgreich abzuschließen. Was Palästina hätte werden sollen, war geographisch wie auch politisch aufgeteilt in zwei

Teile und das Risiko, dass ein Abkommen diese Spaltung in Stein gemeißelt hätte, war zu groß. Der interne Konflikt hatte Vorfahrt und beide Seiten präsentierten der Bevölkerung jeweils eigene Methoden wie die Besetzung überwunden werden kann. Raketen aus dem Gazastreifen haben auch viele PalästinenserInnen im Westjordanland immer wieder begeistert, weil sie ein Gefühl von Stärke und Wehrhaftigkeit vermittelt haben. Mahmoud Abbas hingegen hat im Westen stabilere Unterstützer und verfolgt eine Strategie der Internationalisierung des Konflikts. Als die Hamas mit dem Ende der Herrschaft der Muslimbrüder in Ägypten quasi partnerlos wurde, musste sie sich auf eine Versöhnung mit Fatah einlassen.

### Die Verhandlungen und neue Chancen

Beide Faktoren, das dauerhafte „Konfliktmanagement“ Israels und die frische Versöhnung zwischen Hamas und Fatah, kamen im neuesten Gewaltausbruch und in den darauffolgenden Verhandlungen zusammen und wurden auf die Probe gestellt. Nachdem keine der beiden Seiten ihre Kriegsziele wirklich erreichen konnte, liegt nun der Fakt auf dem Tisch, dass alle zwei Jahre wiederkehrende Kriege im Süden Israels und dem Gazastreifen kein dauerhafter Zustand sein können. Die Frage für die Zukunft muss lauten, wie es gelingen kann, diesen lähmenden Status quo zu überwinden. Dazu muss vor allem Klarheit darüber bestehen, wer die Verhandlungspartner sind und wie groß die Verhandlungsmasse ist.

Eine umfassende Lösung, die neue Gewaltausbrüche nachhaltig verhindert, kann nur mit einer palästinensischen Regierung geschlossen werden, die für die Bürgerinnen und Bürger in Gaza und dem Westjordanland sprechen kann. Ziel muss dabei sein, einen Weg zu finden, um die fortbestehende Besetzung, an der sich alle Gewaltausbrü-

che entzünden, zu beenden und somit eine wirkliche strukturelle Veränderung zu erzielen. Ein solcher Weg bedeutet nicht nur, dass beide Seiten kompromissbereit sein müssen, sondern auch die andere Seite nicht mehr als „gemeinsamen Feind“ zur Befriedung innergesellschaftliche Konflikte zu nutzen.

Die Drohung der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mitgliedschaft für die völkerrechtlichen Verträge des Internationalen Strafgerichtshof zu beantragen, kann eine entscheidende Rolle spielen. Denn es ist das stärkste Druckmittel, das Mahmoud Abbas besitzt, das von der Mehrheit der internationalen Gemeinschaft geduldet werden würde, um seine Rolle in umfassenden Verhandlungen wieder zu stärken. Zumal von Urteilen des Internationalen Gerichtshofs auch Teile der Führungselite der eigenen Gesellschaft betroffen wären. Für die israelische Regierung bleibt es hingegen offen, ob sie machtpolitisch dazu gezwungen ist, eine dauerhafte Lösung anzustreben.

### Neue Herausforderungen

Die Vorschläge und viele Lösungen, um die zentralen Konfliktpunkte wie Grenzen, die Flüchtlingsfrage, Sicherheit und den Zugang zu Ressourcen zu klären, liegen lange auf dem Tisch, wurden bis ins Detail diskutiert und warten darauf, in die Tat umgesetzt zu werden. Politikerinnen und Politiker beider Seiten sind sich im Klaren, dass es bittere Pillen für die eigene Seite zu schlucken gibt und sind kaum bereit, Zugeständnisse zu machen. Für die Palästinenser wird das identitätsstiftende „Right of return“ der Flüchtlinge in einer wenig befriedigenden Weise gelöst werden und für die Israelis wird der Umgang mit der Siedlungsbewegung ein großes Problem sein.

Das Scheitern Oslos war ein Scheitern der Politik. Die Hoffnung und die Bereit-

schaft der Bevölkerung auf beiden Seiten, eine Lösung für den Konflikt mitzutragen, hatte aber gleichzeitig ihren Höhepunkt. Heute hat die Politik erneut Chancen, diesmal aber fehlt die gesellschaftliche Basis für Verständigung und Versöhnung. Deswegen braucht es jetzt politische Führungspersönlichkeiten, die neue Wege präsentieren können, wie es möglich sein kann, die Lösungen dieser Streitpunkte nicht als bloßen Verlust, sondern als Gewinn eines besseren Gesamtzustands zu betrachten. Gleichzeitig ist es notwendig, gesellschaftspolitisch zu arbeiten, um es der Bevölkerung zu ermöglichen, den Mehrwert einer Beendigung der Besatzung anzuerkennen. Nicht zuletzt, weil seit Oslo die physische Trennung von Israelis und PalästinenserInnen, das Fehlen von gemeinsamen Alltagserlebnissen und daraus resultierend mangelndes gegenseitiges empathisches Vermögen, in der Geschichte des Konflikts noch nie so groß waren.

## Rolle der Internationalen Gemeinschaft

Ein friedlicher Weg kann nur möglich sein, wenn es für die friedlichen, politischen Bemühungen der anderen Seite zumindest Verständnis und bestenfalls sogar Anerkennung gibt. Er erfordert die Bereitschaft, Zugeständnisse in Verhandlungen zu machen und die eigene Gesellschaft auf diese Zugeständnisse vorzubereiten und ihren Nutzen für eine Verbesserung der Gesamtsituation zu illustrieren. Er benötigt eine Haltung, die Erfolge für die Gegenseite ermöglicht, um den friedenspolitischen Kurs zu stärken. An dieser Stelle ist auch die internationale Gemeinschaft gefragt, die auf vielen Kanälen mit beiden Gesellschaften in Kontakt steht. Es muss ihr gelingen, neue, alternative Initiativen zu fördern und sie konsequent zu unterstützen. Sie muss darauf drängen, dass Fortschritte nur durch konkrete Veränderungen des Status quo möglich sind und dass ein Frieden nur erreichbar ist, wenn die

friedensorientierten Kräfte greifbare Erfolge vorzuweisen haben.

Hier können internationale Organisationen wie die politischen Stiftungen oder das Willy-Brandt Zentrum in Jerusalem hilfreich sein, indem sie Freiräume schaffen, in denen neue politische Herangehensweisen und Alternativen zur jetzigen Politik gefunden und erprobt werden können. Sie ermöglichen es, dass vermeintliche Feinde gemeinsame Botschaften, sei es über die Kanäle Politik, Bildung oder Kunst und Kultur, in ihre Gesellschaften hineinbringen können und fassbare Alternativen Realität werden. ■

☞ Christopher Paesen ist Projektkoordinator am Willy Brandt Center Jerusalem.

☞ Rinske Reising ist Projektkoordinatorin am Willy Brandt Center Jerusalem.

## Mehr Keynes als Erhard

von Dierk Hirschel

Trotz Mindestlohn und Rente mit 63 sitzt die SPD noch immer im Keller. Mehr soziale Gerechtigkeit reicht nach Auffassung von Sigmar Gabriel und Stephan Weil nicht aus, um aus der Sozialdemokratie wieder eine Volkspartei zu machen. Nur wenige Wähler glauben, dass die SPD auch Arbeitsplätze schaffen kann. Der Partei fehlt angeblich die Wirtschaftskompetenz. Deswegen suchen jetzt führende Genossen nach einem neuen wirtschaftspolitischen Profil.

Fündig wurden die roten Strategen bei Ludwig Erhard. Die ordnungspolitische Leitidee einer grün angestrichenen „Sozialen Marktwirtschaft“ soll die Partei wieder auf Erfolgskurs bringen.<sup>1</sup> In der Tat hat die „Soziale Marktwirtschaft“ einen guten Ruf. Leistungsgerechte Einkommen, eine armutsfeste Rente, erschwinglicher Wohnraum und ein bezahlbares Gesundheitswesen werden mit ihr in Verbindung gebracht. Erhard würde sich jedoch im Grabe umdrehen, wüsste er, wofür sein Vermächtnis heute alles erhalten muss.

Der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist eine Erfindung der ordoliberalen Freiburger Schule. Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Franz Böhm & Co rühmten den Markt als effizientes Informations- und Steuerungssystem, plädierten aber gleichzeitig für einen starken Staat, der Marktversagen konsequent bekämpft.

In der Weimarer Republik war der Ordoliberalismus die Antwort des Mittelstands auf seine Bedrohung durch Industrialisierung und wirtschaftliche Vermachtung. Konzerne und Gewerkschaften sollten zugunsten des freien Wettbewerbs entmachteter werden.



↳ Dr. Dierk Hirschel ist Vorstandsmitglied der DL21 und Bereichsleiter Wirtschaftspolitik der Gewerkschaft Verdi.

Foto: © Kay Herschelmann

Nach dem Zweiten Weltkrieg reagierten konservativ-liberale Kreise auf die antikapitalistische Grundstimmung. Wer nicht vom Kapitalismus reden wollte, sprach von der „Sozialen Marktwirtschaft“. Ludwig Erhard popularisierte den neuen Werbeslogan. In der Praxis musste er jedoch die ordoliberale Lehre stark verwässern. Erhard wollte die Gewerkschaften unter das Kartellgesetz stellen, bekam dafür aber keine politische Mehrheit. Die Mitbestimmung hielt er für Teufelszeug. Gewerkschaften und Sozialdemokraten setzten aber das Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951 gegen seinen Widerstand durch. Eine weitere politische Niederlage kassierte Erhard im Streit um die Rentenreform 1957. Die dynamische Rente war für ihn der Anfang vom Ende der „Sozialen Marktwirtschaft“. Kurzum: Der westdeutsche Sozialstaat war nie ein Kind ordoliberaler Politik, sondern Ergebnis eines hart umkämpften politischen Kompromisses.

Wer heute mit Ludwig Erhard sozialdemokratische Wirtschaftspolitik machen will, droht im Sumpf reaktionären Denkens zu versinken. Dass die Freiburger Schule in Mode ist, verdanken wir der großen Finanzmarktkrise. Das Beben der Glaspaläste begrub einen Vulgär-Neoliberalismus unter sich, der im Staat den Todfeind des Marktes sah. Seitdem

<sup>1</sup> Vgl. Jörg Asmussen: Bloß raus aus dem Morast des alten Denkens!, in: Berliner Republik 3/2014.

gilt wieder die banale Erkenntnis, dass der real existierende Kapitalismus eine Mischwirtschaft ist. Auf der Höhe der Zeit ist, wer Märkten einen staatlichen Ordnungsrahmen verordnet. Ein scharfes Kartellrecht, strenge Eigenkapitalregeln, ein starker Verbraucherschutz oder ökologische Steueranreize reichen aber nicht aus, um die Wirtschaft so zu steuern, dass sie den Menschen dient. Eine grüne „Soziale Marktwirtschaft“ kann den sozialdemokratischen Anspruch eines sozial-ökologischen Umbaus unserer Gesellschaft nicht einlösen. Dafür braucht es mehr Keynes als Erhard.

## Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sollte der arbeitende Mensch stehen. Gute Arbeit muss existenzsichernd, gesund und mitbestimmt sein. Dafür müssen zunächst die ungleichen Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt abgebaut werden. Ohne gewerkschaftlichen und staatlichen Schutz können die abhängig Beschäftigten nicht auf Augenhöhe verhandeln.

Mindestlohn und erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen stärken die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften. Jetzt geht es um Befristungen, Leiharbeit, Minijobs, Werkverträge und die steigende psychische Belastung am Arbeitsplatz. Gleichzeitig sollten wir mehr Demokratie im Betrieb wagen. Dafür müssen die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und der Geltungsbereich der Mitbestimmung ausgeweitet werden. All dies stärkt die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht und ermöglicht höhere Tarifabschlüsse. So wird eine mindestens verteilungsneutrale Lohnentwicklung wahrscheinlicher. Dadurch würden die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte gestärkt.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss dafür sorgen, dass wieder in die Zukunft investiert wird. Die deutsche Volkswirtschaft

fährt auf Verschleiß. Unser Bildungssystem, unser Gesundheitswesen und unsere Verkehrsinfrastruktur müssen dringend saniert und modernisiert werden. Der ökologische Umbau erfordert Investitionen in Energienetze, erneuerbare Energien und Gebäudesanierung. Private Unternehmen und ein unterfinanzierter Staat sind damit überfordert. Da helfen weder ÖPPs, Subventionen oder Steueranreize. In Zeiten der Schuldenbremse können Bund, Länder und Kommunen nur noch mit höheren Steuern die gesellschaftlich notwendigen Investitionen finanzieren.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sollte dort, wo Märkte, Wettbewerb und Privateigentum ihren Wohlfahrtszweck nicht erfüllen, andere Eigentumsformen und Verfahren an deren Stelle setzen. So sind öffentliche Güter und viele soziale Dienstleistungen keine Waren, deren Herstellung nach dem Gewinnmotiv organisiert werden sollte. Hierfür bedarf es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors, eines Ausbaus des Sozialstaates. Dessen Finanzierung darf aber nicht an leeren Kassen scheitern.

Unser künftiger Wohlstand hängt also maßgeblich von Verteilungsfragen ab. Wachstum und Verteilung sind kein Gegensatz. Vielmehr bestimmt die Verteilung die Größe des Kuchens. Im letzten Jahrzehnt bremsen die steigenden Einkommens- und Vermögensunterschiede das Wachstum. Die zunehmende Ungleichheit schwächte die Massenkaufkraft. Folglich sanken trotz steigender Gewinne die Investitionen. Deswegen ist eine stärkere Umverteilung zu Lasten hoher Einkommen und Vermögen nicht nur gerecht, sondern auch ökonomisch vernünftig.

Eine solche Agenda sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik kann der arbeitenden Bevölkerung mehr Wohlstand, gute Arbeit, soziale Sicherheit und weniger Raubbau an der Natur versprechen. Dafür lohnt es sich zu streiten. ■

## Frankreich: Kurswechsel nach der Europawahl?

von Estelle Goeger

Die Europawahl fand fast genau zwei Jahre nach François Hollandes Wahlsieg am 6. Mai 2012 statt. Im Gegensatz zu Matteo Renzi war für ihn der Vertrauensvorschuss, dieser Ausnahmezustand kurz nach der Wahl, in dem das Volk dem Neugewählten nicht nur vertraut, sondern auch viel zutraut, was die Franzosen „l'état de grâce“ nennen, vorbei. Das hatte sich bereits in den Umfragen und den schlechten Wahlergebnissen der Kommunalwahlen im März gezeigt. Aber gerade Europa war für Hollande, der mit dem Versprechen „le changement c'est maintenant“, also des sofortigen Wandels und des Kurswechsels in Brüssel angetreten war, eine Zerreißprobe.

Hollande war während des Präsidentschaftswahlkampfes stark aufgetreten und hatte den Franzosen versprochen, am Tag nach seiner Wahl seine neuen Amtskollegen anzusprechen und ihnen einen Wachstumspakt vorzuschlagen. Die ursprüngliche Äußerung, eine sozialistische Regierung würde den Fiskalpakt außer Kraft setzen, wurde somit revidiert. Nun ging es nur noch darum, diesem Fiskalpakt ein Wachstumspaket anzufügen.

Tatsächlich verabschiedete der Europäische Gipfel im Juni 2012 ein Wachstumspaket und einigte sich auf die Bankenunion, um die tödliche Spirale zwischen Bank- und Staatsschulden zu brechen. Doch beide Maßnahmen blieben bescheiden. Eine Abkehr von der Austeritätspolitik sieht anders aus.

Vor diesem Hintergrund kam das Prinzip der Spitzenkandidaten François Hollande sehr gelegen: die französischen Sozialisten hatten mit Martin Schulz einen günstigen Blitzableiter und konnten den enttäuschten Wählern erklären, dass es am 25. Mai nicht um Frankreich und ein Urteil über die Politik



↳ Estelle Gøger ist stellvertretendes Mitglied des Parteilates der französischen PS, arbeitet seit 2006 im Europaparlament und lebt in Brüssel.

Foto: [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

der hiesigen Regierung, sondern um eine europäische Wahl gehe.

Die PS hatte 2009 sehr unter der Spaltung der SPE Schwesterparteien gelitten und wollte partout folgendes Horrorszenerario vermeiden: gegen Barroso und seine Kommission anzutreten, während die spanischen, portugiesischen und weitere Genossen sich bereits für eine zweite Amtszeit dieses mit der verhassten Dienstleistungsrichtlinie verbundenen Politikers aussprachen.

Selbstverständlich gab es in der französischen Medienlandschaft und auch innerhalb der Partei Befürworter des Spitzenkandidatensystems, die der Personalie Martin Schulz gegenüber aber skeptisch waren. War es in Zeiten der Kritik an der deutschen Vormachtstellung in Europa angebracht, mit einem Deutschen anzutreten? Konnte ein Deutscher für ein anderes Europa eintreten? Und vor allem: waren die deutschen Genossen nach dem Eintritt in eine Koalition mit der CDU noch glaubwürdig?

Der Hinweis auf die Durchsetzung eines Mindestlohnes, die Rentenreform und somit eines Kurswechsels in der Bundesrepublik waren vielen zu kompliziert. Das französische Mehrheitswahlrecht hat die politische Kultur sehr tief geprägt, was das Verständnis

für andere Systeme, unter anderem auch das europäische, die nicht nach dem simplen Mehrheit-Opposition System funktionieren, erschwert.

Neben dem Freihandelsabkommen mit den USA und der Ablehnung der Austeritätspolitik spielte das Thema Sozialdumping, Stichwort Entsenderichtlinie, eine wichtige Rolle im französischen Europawahlkampf. Viele Unternehmen, vor allem im Bereich der Fleischverarbeitung, mussten in den letzten Monaten schließen, weil sie unter der unlauteren Konkurrenz ihrer europäischen Wettbewerber litten. Im Klartext: durch die Entsenderichtlinie konnten skrupellose deutsche Unternehmer billige Arbeitskräfte aus den „neuen“ Mitgliedsländern anwerben und somit ihre Preise nach unten treiben. Dies dürfte durch den neuen Mindestlohn nicht mehr möglich sein, kommt aber für viele französische Unternehmen zu spät.

Nachdem Marine Le Pen anfing, sich des Themas anzunehmen, griffen sowohl die französische Regierung, wie auch Brüssel ein. Die Entsenderichtlinie wurde nachgebessert, die von den europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten lang ersehnte Revision bleibt aber noch aus.

Dieses Beispiel ist ziemlich repräsentativ für die französische Stimmung gegenüber der EU. Sie wird als Liberalisierungs- und Wettbewerbsmacht wahrgenommen. Die Rolle der Politik wird nur noch negativ gesehen: statt Europa im Sinne des Gemeinwohls zu definieren, soll sie die Bürger vor Europa und den anderen Mitgliedstaaten, die im Binnenmarkt zu Konkurrenten werden, schützen.

Wie zu Beginn des Artikels bereits gezeigt, konnte die PS, selbst mit einem Spitzenkandidaten, der keine Verantwortung für die nationale Politik trug, diese Rolle der Schutzmacht nicht einnehmen. Stattdessen verkaufte Marine Le Pen sich erfolgreich als Verteidigerin

der kleinen Leute sowie der Verlierer der Globalisierung und der Europäisierung.

Doch die Rolle der Politik sollte nie darin bestehen, Ängste zu schüren und nur als defensives Schild aufzutreten. Politik sollte gestalten.

Das gesamteuropäische Ergebnis der SPE zeigt, dass wir als politische Familie nicht als alternative Gestaltungsmacht wahrgenommen werden. Zu unterschiedlich bleiben die Positionen, was Eurobonds, die Weiterentwicklung der Eurozone, eine wirkliche Sozial- und Steuerharmonisierung betrifft.

Das dramatische Ergebnis der Europawahl scheint Hollande nicht zu dem von der Linken lang ersehnten Kurswechsel auf nationaler Ebene ermutigt zu haben. Er schlägt aber härtere Töne für einen Wachstumsimpuls in Europa und gerade von deutscher Seite an. Die ersten Wochen nach der Sommerpause werden zeigen, ob der Wandel nach über zwei Jahren doch noch kommt. ■

## Strategiedebatte: Von Mythen und neuen Chancen

von Ernst Dieter Rossmann

Die Zeit ist reif für eine Strategiedebatte innerhalb der SPD. Eine gut geführte gründet auf genauer Analyse, hinterfragt Gewohntes und vermeintliche Sicherheiten, sorgt für die Klärung von Zielen und Methoden und festigt damit letztlich Identität. Sie strahlt in die Gesellschaft aus, eröffnet eine breite über die Partei hinaus greifende Diskussion und schafft neue Bündnisse bzw. belebt gewachsene Partnerschaften. Für die SPD – und dies gilt traditionell für alle Kräfte der linken Mitte – ist hierbei die Entwicklung der engen politischen und gesellschaftlichen Kooperation mit den Gewerkschaften und den in ihnen organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von existentiellstem Interesse. Wenn es in dieser Kooperation zu Verwerfungen vom konzeptionellen und strategischen Grundverständnis her kommt, hat dies speziell für die SPD nachhaltige politische Konsequenzen. Wenn es hier keine verlässliche Kommunikation – und zwar auf allen Handlungsebenen – und keinen gemeinsamen Kontext von führenden Personen gibt, sind Entfremdung und Beliebigkeit die Folge. Das hat unmittelbar negative Auswirkungen auf Mitgliedschaften wie Wählerschaften von SPD und Gewerkschaften. Wenn nicht gemeinsam genau analysiert wird, wie sich gesellschaftspolitische Haltungen auch in der Mitgliedschaft der Gewerkschaften und in deren Wahlverhalten entwickeln und verändern, werden die Wahrheiten von gestern schnell zu den Mythen von morgen und strategische Erfordernisse und Chancen verpasst. Auch das sogenannte linke Lager ist hiervon leider nicht geschützt.

### Die neue Vielfalt im Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder

So war es lange Zeit eine sich bei Wahlen immer wieder neu bestätigende Wahrheit, dass Gewerkschaftsmitglieder mit klarer



↳ Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB ist Bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: privat

Mehrheit SPD oder zumindest Parteien aus dem linken Lager wählen. Diese Wahrheit droht aber schnell zum Mythos zu werden, wenn die Ergebnisse der letzten Wahlen nicht endlich ernst genommen und auch politisch angenommen werden. Untersuchungsergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen müssen da zu denken geben. Bekamen bei der Bundestagswahl 2009 SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen noch zusammen 60,5 Prozent der abgegebenen Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder, so waren dies vier Jahre später nur noch 55,3 Prozent. Zwar konnte die SPD ihren Anteil innerhalb dieser Wählergruppe von 33,5 auf 35,9 Prozent steigern, während die Grünen von 9,9 auf 8,4 Prozent verloren und Die Linke dramatisch von 17,1 auf 11,0 einbrach. Auf der anderen Seite haben CDU und CSU bei der Bundestagswahl 2013 unter den Gewerkschaftsmitgliedern aber von 25,0 auf 32,4 Prozent zugelegt und damit den Zuwachs der FDP-Wählerschaft auf historische 9,2 Prozent, die 2009 im Zuge des Versprechens „Mehr Netto vom Brutto“ unter Gewerkschaftsmitgliedern erreicht worden waren, fast komplett auf ihre Mühlen lenken können.

### Union an der Spitze bei jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern

Vor allen Dingen haben CDU und CSU es aber vermocht, bei den Gewerkschaftsmitglie-

dern unter 45 Jahren mit klarem Abstand vor der SPD zur stärksten Kraft zu werden. Bei der Altersgruppe der 30 bis 44-jährigen liegt hier die Differenz bei 36,4 Prozent für die CDU/CSU zu 28 Prozent für die SPD und bei den 18 bis 29-jährigen bei 35,6 Prozent zu 29,9 Prozent. Dieser Trend hat sich bei den Europawahlen 2014 dann im Kern bestätigt. Besonders groß bleiben die Unterschiede bei den jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern. Hier liegt die CDU/CSU mit 30,9 Prozent nach wie vor klar an der Spitze und die SPD stagniert mit 24,2 Prozent. Und alarmierend ist auch, dass die AfD aus dem Stand auf glatte 10 Prozent der jüngeren Gewerkschaftsmitglieder kommt und die Gesamtheit der anderen Klein- und Kleinst- Parteien mit 16,7 Prozent Höchstwerte erreicht.

Jung, Gewerkschaftsmitglied und SPD – dieser Gleichklang gilt offensichtlich nicht mehr. Das muss ein Weckruf sein, dürfen wir doch nicht vergessen, dass die Gewerkschaften jedes Jahr fast so viele neue und junge Mitglieder gewinnen, wie die SPD insgesamt noch an Mitgliedern hat. Die klassische Generationenfolge innerhalb von „Gewerkschafts-Familien“, in der politische Überzeugungen und Haltungen weitergegeben werden, ist gestört. Zwar hat die SPD bei den über 60-jährigen Gewerkschaftsmitgliedern auch jetzt noch ein Elektorat von fast 50 Prozent. Nur bleibt diese sozialdemokratisch-linke Dominanz in den älteren Alterskohorten ohne nachhaltige Wirkung. Zu verschieden sind offensichtlich die Sozialisationswege, die Lebensmilieus, die Kampferfahrungen in den Betrieben und Verwaltungen und auch die Rezeption der Parteien zwischen den Generationen. Adenauer, Barzel, Kohl waren eben anders als Merkel, die zu den Bundestagswahlen 2013 die CDU/CSU sogar mit 34,8 Prozent zur stärksten Partei unter den Gewerkschaftsfrauen gemacht hat.

### Mit offenen Fragen zu neuen Antworten

Umso wichtiger ist es, sich gerade von der Linken in der Sozialdemokratie mit diesen

massiven Verschiebungen in Haltungen und Wahlverhalten von jungen Gewerkschaftsmitgliedern vorurteilsfrei, neugierig und veränderungsbereit auseinanderzusetzen. Welche Konzepte erarbeiten wir für ein arbeitnehmerfreundliches Zeitmanagement, das Frauen wie Männern Zeit für Partnerschaft, Kinder und Familie gibt? Was sind die politischen Angebote für die junge moderne Arbeitnehmerschaft in den wachsenden Dienstleistungs- und speziell auch Gesundheitsbranchen? Welche Wege zum Aufstieg durch berufliche Weiterbildung eröffnen wir? Wie profilieren wir Grundwerte von Transparenz, Liberalität, Nachhaltigkeit im Daten-, Verbraucher- und im Umweltschutz? Welche Kompetenzen bauen wir auf im selbst bestimmten Umgang mit den digitalen Medien wie im sozialen Arbeitnehmerschutz vor digitalem Stress? Wie verbreitern wir über die SPD-Identifikation mit dem Mindestlohn hinaus den Einsatz für ein gutes Einkommen bei sicherer und befriedigender Arbeit? Und wie werden wir hier als Sachwalter von Interessen der gut verdienenden Arbeitnehmerschaft und derjenigen Gewerkschaftsmitglieder, die sich schon längst als neue Mittelschichten begreifen, konkret wahrnehmbar? Was ist die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Gesamtperspektive für zukünftige Wohlfahrt in Deutschland und in Europa? Und weshalb sind hier im eigenen Interesse Solidarität und Innovation notwendig?

Denn es sei die Unterstellung gewagt: Es ist nicht nur die vermeintliche „Sozialdemokratisierung“ der unpräzisen „Deutschland AG Chefin“ Merkel, die junge Gewerkschaftsmitglieder CDU und CSU unterstützen lässt, sondern auch eine vom sehr engen Eigeninteresse herkommende Melange von „Mehr Netto“-Denken bis zu einer Sicht auf Europa, die wachsende Integration in Europa genauso ablehnt wie Euro-Bonds. Schließlich darf nicht ignoriert werden, dass die Revitalisierung des Sozialstaats, wie sie die SPD konzeptionell seit 2009 und konkret in Regierung seit 2013 erfolgreich eingeleitet hat, nicht allen jüngeren

Menschen gleich zusagen muss. Zu sehr wird in diesen Altersgruppen das Versprechen von Sozialstaatlichkeit noch wahrgenommen als einseitige Bevorzugung der Älteren, für die nur zu zahlen ist, ohne dass eigene Interessen im Generationenvertrag des Sozialstaates noch gut aufgehoben sind. Hier tut eine Repolitisierung der Diskussion mit grundlegender Aufklärung und Werteorientierung bitter Not. Linke Selbstgenügsamkeit führt dagegen nicht weiter.

### Sensibilität in der Organisation

Mit einer gestandenen modernen Gewerkschaftsfrau als neuer Generalsekretärin hat die SPD auf diese neue Situation auch eine personelle Antwort gegeben. Nur mit einer solchen Spitzenposition allein ist kein Wandel zu schaffen. Dazu bedarf es eines breiten Interesses in der Gesamtpartei, das über Themenforen und Branchendialoge jetzt aufgebaut werden muss, und zwar von allen Ebenen her – von der Parteiführung und den Regierungsmitgliedern bis hin zu den Kommunalpolitikern und den Ortsvereinen. Nicht zuletzt die Arbeitsgemeinschaften der SPD von der AfA über die Jusos bis zu den Frauen müssen hier zum Vorbild an Offenheit, Lebenswelt-Betriebsnähe und Lösungskompetenz werden und in der Partei entsprechend ernst genommen werden. Das gilt auch für die personelle Entwicklung. Denn so gut die Kommunalakademie für einen qualifizierten Personalaufbau der SPD in den Kommunen sorgt und die Friedrich-Ebert-Stiftung den akademischen Nachwuchs im Auge hat, so sehr fehlt es an einer Plattform der Schulung und Bildung von jungen aufstrebenden Menschen mit sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Orientierung, aus der dann auch Führungskräfte in Partei und Parlamenten wie in Gewerkschaften und Betrieben im Seitenwechsel erwachsen können. Für eine Strategiedebatte mit hohem Niveau gibt es in den Bereichen Analyse, Inhalt, Personalentwicklung und Organisationsreform jedenfalls wahrlich genug zu tun. ■

## PapyRossa Verlag



**Heinz-J. Bontrup**  
**Krisenkapitalismus  
und EU-Verfall**

Paperback  
978-3-89438-537-8  
231 Seiten | 15,90 Euro

Gestützt auf breites empirisches Material bestimmt Heinz-J. Bontrup Charakter und grundsätzliche Mechanismen der Wirtschaftskrise. Sein Fazit: Das Festhalten an den Glaubenssätzen des Neoliberalismus verschärft die Krise und befördert den Verfall der Europäischen Union.



**Georg Fülberth**  
**G Strich –  
Kleine Geschichte  
des Kapitalismus**

Paperback  
978-3-89438-518-7  
347 Seiten | 16,90 Euro

Was ist das, wovon alle Reden: Kapitalismus? Der theoretischen Klärung folgt eine historische Darstellung. Sie umfasst auch die Gegenbewegungen und mündet in die Frage nach dem Ende dieser Produktions- und Lebensweise.

*»Eine gewaltige Wohltat«  
(Dietmar Dath, FAZ)*

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de  
www.papyrossa.de

## Jenseits des atomar-fossilen Zeitalters: Ökologisch und gerecht

von Klaus Mindrup

Und täglich grüßt das Murmeltier. Die öffentliche Debatte über die Energiewende drehte sich in den letzten Monaten wieder einmal einseitig um explodierende Kosten und Wettbewerbsprobleme der deutschen Industrie durch Erneuerbare Energien. Doch die ökonomische Wirkung der ökologischen Transformation ist eindeutig: Wer auf Erneuerbare setzt, reduziert auf Dauer die variablen Kosten – vor allem Brennstoffkosten. Davon profitiert Deutschland schon jetzt. Sobald die Infrastruktur fertiggestellt ist, ergeben sich enorme und dauerhafte volkswirtschaftliche Vorteile, die sich in Deutschland in ca. 10 bis 15 Jahren voll entfalten werden. Ein großer Schritt ist bereits getan. Immerhin rund ein Viertel des erzeugten Stroms stammt hierzulande bereits aus erneuerbaren Quellen. Allerdings sind nach dem Beschluss des neuen EEG noch viele Fragen der Energiewende offen, sowohl mit Blick auf die ökologische Nachhaltigkeit als auch die gerechte Verteilung ihrer Kosten. Will die SPD glaubwürdig erzählen, die Energiewende nützt dem Klima und ist bezahlbar, muss sie nicht nur den Ausstieg aus der Atomenergie sondern auch aus fossilen Brennstoffen vorantreiben, über neue Lösungen für die sozialen Probleme der Strompreise nachdenken und die Energiewende über die Frage der Stromerzeugung hinaus angehen. Denn die Energiewende ist auch eine Wärme- Effizienz- und Verbrauchswende.

Es diskutiert heute niemand ernsthaft mehr, mit der Abscheidung von Kohlenstoffdioxid durch die CCS-Technologie die Kohleverstromung klimafreundlicher zu machen und damit auf Dauer anzulegen. Sie ist damit eine endliche Technologie. Noch immer kommt aber rund 45 Prozent des in Deutschland erzeugten Stroms aus Kohlekraftwer-



⇒ Klaus Mindrup ist SPD-Bundestagsabgeordneter und lebt in Berlin. Er ist u.a. Mitglied einer Energiegenossenschaft.

Foto: privat

ken. Die Stromproduktion aus Braun- und Steinkohle ist in den letzten Jahren sogar angestiegen. Kohlestrom aus abgeschriebenen Braunkohlekraftwerken ist derzeit am Strommarkt am günstigsten zu haben, weil der europäische Emissionshandel vollkommen versagt hat. Eigentlich sollte er marktorientiert den Ausstoß von CO<sub>2</sub> und damit Strom aus fossiler Energie verteuern und auf lange Sicht unwirtschaftlich machen. Doch der Preis pro ausgestoßener Tonne CO<sub>2</sub> liegt weit unter einem wirksamen Niveau.

Deshalb brauchen wir dringend einen Neustart des Emissionshandels verbunden mit weiteren Lösungen, z.B. durch Besteuerung des CO<sub>2</sub> Ausstoßes, Besteuerung fossiler Brennstoffe oder Grenzwerte oder Richtlinien für die Effizienz von Kraftwerken.

Das ob des Ausstiegs aus der fossilen Stromerzeugung ist geklärt. Jetzt geht es um eine planmäßige Umstellung in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten. Dafür bedarf es klarer Spielregeln für das Abschalten von Kraftwerken und eine offene Debatte darüber, nach welchen Kriterien – u.a. Systemrelevanz, Schadstoffausstoß, Gesamteffizienz (inkl. Abwärmenutzung), Unabhängigkeit von Energieimporten, regionale Arbeitplatzeffekte

– abgeschaltet werden soll. Auf diese Weise werden vor allem alte fossile Kraftwerke unwirtschaftlich und klimaschädliche sowie volkswirtschaftlich gefährliche Überkapazitäten in der Stromerzeugung begrenzt.

Auch wenn der erneuerbare Ausbaupfad sich gegenüber fossil-atomarer Energieversorgung zumindest mittelfristig rechnet, ist er nicht kostenfrei zu haben. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, die Kosten gerecht zu verteilen und im Blick zu haben, dass es dabei nicht nur um Strom, sondern auch um Transport und Wärme geht.

Eine soziale wie klimapolitische Schiefelage der Energiewende bewirkt die Ungleichbehandlung von Industrie auf der einen und Mieterinnen und Mietern auf der anderen Seite. Industrie und Kraftwerke nutzen die „marktwirtschaftlichen“ Anreizprogramme. Auf ordnungsrechtliche Vorgaben wird politisch weitgehend verzichtet – mit den bekannten Folgen, wie der Emissionshandel zeigt. Ganz anders wird in Deutschland mit Gebäuden umgegangen. So ist die Energieeinsparverordnung (ENEV) ein Musterbeispiel für die Anwendung von Ordnungsrecht. Sie führt in Verbindung mit dem Mietrecht dazu, dass die Mieterinnen und Mieter für die Sanierung der Häuser über die Modernisierungsumlage herangezogen werden. Eine Evaluierung der Maßnahmen über kontinuierliche Verbrauchsmessungen findet zu wenig statt. Dies gilt auch für die Diskussion von technologisch-innovativen Lösungen im Bereich der Gebäudetechnik, die auch die Nutzer stark mit einbeziehen.

Jetzt muss man aber auch die Chancen nutzen, die sich aus niedrigen Zinsen ergeben. Anders als bisher sollten die Programme der KfW zur energetischen Sanierung und zum Neubau auch mit einer Zinsbindung von 20 Jahren angeboten werden. Dies kostet nicht viel, bringt aber ein Höchstmaß an Sicherheit für diese Investitionen.

Für die Mieterinnen und Mieter ist auch ein weiterer Teil der Energiewende von Bedeutung: Die Stärkung dezentraler und demokratischer Versorgungsstrukturen. Politisch sollten mehr Anreize auf den Weg gebracht werden, damit Wohnungsbaugenossenschaften Strom aus der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) oder Photovoltaik direkt an Mieterinnen und Mieter veräußern können.

Ein umfassendes Verständnis der Energiewende heißt auch, in Gesamtsystemen zu denken. Strom wird zukünftig eine wichtigere Rolle im Transport sowie zur Bereitstellung von Wärme und Kälte spielen. Es geht um die optimale Lösung – von Wärmepumpen, Solarthermie, dezentraler KWK bis zu Fern- und Nahwärme auf KWK-Basis. Die zukünftige KWK-Förderung sollte auch die Rolle der KWK zur Stabilisierung der Stromversorgung im Blick haben. Diese Kraftwerke werden auch gebraucht, wenn keine Erneuerbaren verfügbar sind, auch wenn der Wärmeabsatz zeitgleich nicht gesichert ist. Daher sollte die Förderung der KWK an die Bereitstellung ausreichender Wärmespeicher gekoppelt werden.

Die Verbindung von Energiewende und Klimaschutz mit IKT-Lösungen sind Schlüsseltechnologien und sollten für Materialschonung und Energieeinsparung in der Industrie genutzt werden.

Last but not least: Eine nachhaltige Energiewende lebt von ihrer Glaubwürdigkeit, demokratischen Debatten vor Ort und dem Aushandeln von Konflikten sowie von nachhaltiger Bildung. Nicht allein wegen Kompromissen um den Bau von Windparks oder Netzen, sondern für die Energiewende im Alltagsleben. Denn ohne ein bewusstes Verhalten wird es nicht gehen, angefangen vom Lüften und dem Umgang mit Stromverbrauch in der Wohnung. ■

## Debatte:

# Rente ab 63 – Richtiger Schritt auf das Ziel „Mehr Rentengerechtigkeit“

von Robert Feiger

Selten lagen Mediendiskurs und Lebenswirklichkeit so weit auseinander wie bei der Rente ab 63: In Talkshows dominierten Wirtschaftsvertreter und Jung-Akademiker, die arbeitgeberfinanzierte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ produzierte Plakate und wissenschaftliche Studien am laufenden Band, und die Kommentatoren schrieben einig wie selten gegen die Reform. In der Bevölkerung dagegen blieb es bei einer breiten Zustimmung – zuletzt von 73 Prozent, unter den Jüngeren immerhin noch von 64 Prozent.<sup>1</sup> Es war gut und wird der Sozialdemokratie angerechnet, dass sie Kurs gehalten hat.

Die Rente ab 63 hat vielen Arbeitnehmern den Schrecken vor der Rente mit 67 genommen. Sie lässt Rentenabschläge für viele Menschen wegfallen, die früh im Leben anfangen zu arbeiten. Menschen, bei denen Verschleißerkrankungen eher zu erwarten sind und damit ein Herausdrängen aus dem Arbeitsleben. Und bei denen im Durchschnitt die Lebenserwartung geringer ist und das Arbeitseinkommen niedriger: Ein Uni-Absolvent verdient im Laufe seines Lebens 1,25 Millionen Euro mehr als ein Ungelernter.<sup>2</sup> Natürlich: Die Realität ist im Einzelfall auch anders, Erwerbsbiografien werden uneinheitlicher – das macht die Tendenzaussagen aber nicht falsch.

Dazu kommt: Die abschlagfreie Rente ab 63 ist moderner als viele glauben machen möchten. Bei den 45 Beitragsjahren zählen nicht



↳ Robert Feiger ist Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt.

Foto: © Alexander Paul Englert, [www.igbau.de](http://www.igbau.de)

nur Kindererziehung und Teilzeit, sondern – anders als bei der Vorgänger-Regelung – grundsätzlich auch Arbeitslosigkeit und andere Lücken. Menschen mit un stetigen Erwerbsbiografien profitieren davon, auch die jungen Generationen. Sie können nach 45 Beitragsjahren einfacher vorzeitig abschlagfrei in Rente – wenn auch erst mit 65.

Natürlich gibt es Wermutstropfen, vor allem dass die Altersgrenze schrittweise auf 65 steigt und dass viele Arbeitnehmer benachteiligt werden, die kurz vor der Rente arbeitslos werden. Als Alternative zu letzterem hätte es zielgenauere Möglichkeiten gegeben, um einen befürchteten Missbrauch zurückzudrängen. Genauso klar ist: Die Rente ab 63 löst nicht alle Rentenprobleme. Nach wie vor müssen Lösungen gefunden werden, um Sicherungslücken aufgrund von Niedrigrenten zu schließen. Die Erwerbsminderungsrente muss weiter gestärkt werden. Das Rentenniveau muss mindestens stabilisiert werden.

Neben diesen Herausforderungen will ich im Folgenden drei Bereiche stärker in den Blick nehmen. **Erstens** brauchen wir ergänzend flexible abgesicherte **Übergänge von der Arbeit in die Rente**, gerade auch für Men-

<sup>1</sup> Vgl. ARD-Deutschlandtrend vom 23. Mai 2014: Die Mehrheit will die Rente mit 63, <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend2278.html> (abgerufen am 11.8.2014)

<sup>2</sup> Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Kurzbericht 1/2014

schen, die zu jung sind für die Altersrente, zu krank für den Arbeitsmarkt und zu „gesund“ für die Erwerbsminderungsrente. Sie werden heute oft aus dem Arbeitsleben gedrängt und fallen in eine sozialstaatliche Sicherungslücke. Die Zahl der Hartz IV-Bezieher im Alter von „60Plus“ stieg zwischen 2007 und 2012 um 115.000 bzw. 56 Prozent.<sup>3</sup> Besonders betroffen sind Beschäftigte mit belastenden Tätigkeiten, mit unterdurchschnittlichen Einkommen und in kleinbetrieblichen Branchen – hier ist es besonders einfach, leistungseingeschränkten Beschäftigten zu kündigen. In diesem betrieblichen Umfeld greifen flexible Altersübergangsmodelle nicht, die auf Teilzeit und Teilrente aufbauen und die nicht weiter sozialstaatlich ergänzt werden.<sup>4</sup> Bei ihnen werden es letztlich oft allein die Arbeitnehmer sein, die Einkommensausfälle auszugleichen haben. Arbeitgeber können sich einer etwaigen Pflicht zur Kompensation entstehender Abschlüsse oft durch eine Kündigung entziehen. Das „Altersflexi“-Modell der IG BAU setzt hier an und ist ein Vorschlag, wie Übergänge auch in schwierigen Umfeldern gestaltet werden können.<sup>5</sup> Es hat zielgenau gesundheitlich eingeschränkte Arbeitnehmer im Blick und versucht, für diese hochflexible Teilzeitarbeitsplätze zu ermöglichen bzw. die sozialstaatliche Sicherungslücke ein Stück weit zu schließen. Ein wichtiges Element ist das „Altersflexi“-Geld, vergleichbar dem Kurzarbeitergeld. Anspruch haben ältere Arbeitnehmer, die nachweislich ihre bisherige Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr vollschichtig ausüben können und denen eine Kündigung droht.

3 Vgl. Wilhelm Adamy: Die Arbeitsmarktsituation Älterer, in: Soziale Sicherheit H. 11/2013, S. 383

4 Solche Modelle werden erläutert zum Beispiel in Dirk Neumann: Die Teilrente als eine Option für flexible Übergänge, in: Soziale Sicherheit, H. 7/2014, S. 268ff.. Die Grenzen solcher Modelle betont Judith Kerschbaumer: Flexibler Ausstieg aus dem Erwerbsleben – aber wie?, in: Soziale Sicherheit, H. 4/2009, S. 125ff.

5 Eine Darstellung dieses Vorschlags findet sich in Martin Mathes: Altersflexi-Modell: Altersübergänge auch in schwierigen Branchen gestalten, in: Soziale Sicherheit, H. 7/2014, S. 273ff. In den Vorschlag sind etliche Überlegungen der folgenden Studie eingeflossen: Martin Brüssig/Manuela Schwarzkopf: Altersübergänge in der Bauwirtschaft gestalten: Prekarisierung vermeiden – Erwerbsbeteiligung stärken, Hans-Böckler-Stiftung Arbeitspapier 291, 2014.

Die Finanzierung sollen Staat – auch steuerfinanziert – und ein tarifvertraglicher Fonds übernehmen, grundsätzlich vergleichbar dem schon heute existierenden Saison-Kurzarbeitergeld.

**Zweitens** gehört die **solidarische Finanzierung der gesetzlichen Rente** auf die Tagesordnung. Das DGB-Rentenmodell zeigt bis zum Jahr 2030, dass paritätisch finanzierte moderate Beitragssteigerungen Spielräume für Leistungsverbesserungen schaffen, zum Beispiel für eine Stabilisierung des Rentenniveaus. Die Akzeptanz der Bevölkerung für eine solche Stärkung der gesetzlichen Rente hat zugenommen angesichts der Vertrauenskrise in kapitalgedeckte Systeme nach der Finanzmarktkrise 2007ff. und angesichts schlechter Renditeaussichten privater Rentenversicherungen. Aber wir müssen einen Schritt weiterdenken, nicht zuletzt aufgrund der systemwidrigen Finanzierung der sogenannten „Mütterrente“ ganz überwiegend aus Versicherungsbeiträgen: Wer soll eigentlich in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und sich damit an der solidarischen Finanzierung beteiligen? Die IG BAU hat schon früh auf das Modell „Bürgerversicherung“ gesetzt: Alle Erwerbstätigen (perspektivisch die gesamte Bevölkerung) werden einbezogen, alle Einkommensarten sind beitragspflichtig und die Beitragsbemessungsgrenze wird aufgehoben. Gleichzeitig wird aus sehr hohen Einkommen ein nur unterproportionaler Rentenanspruch erworben. Simulationsrechnungen ermitteln hierdurch Spielräume für weitere Leistungsverbesserungen oder für Beitragssatzsenkungen.<sup>6</sup> Ein erster großer Schritt in Richtung „Bürgerversicherung“ wäre eine Erwerbstätigenversicherung, die schrittweise alle Er-

6 Vgl. Volker Meinhardt/Markus Grabka: Grundstruktur eines universellen Alterssicherungssystems mit Mindestrente, Diskussionspapier des Gesprächskreises Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. Umfassender wird ein solches Modell dargestellt in: Volker Meinhardt u.a.: Finanzielle Konsequenzen eines universellen Systems der gesetzlichen Alterssicherung, Edition der Hans-Böckler-Stiftung Bd. 66, 2002

werbstätigen in die heutige gesetzliche Rentenversicherung integriert.

**Drittens** – auch das hat die Debatte um die Rente ab 63 gezeigt – müssen wir das Thema „**Generationengerechtigkeit**“ besser besetzen. Debatten über die Gerechtigkeit *zwischen* Generationen dürfen nicht länger ablenken können von Ungerechtigkeiten *in-*

*nerhalb* der Generationen: Wer ein millionenschweres Aktienpaket und Immobilien erbt, der kann ganz anders mit steigenden Rentenbeiträgen (oder auch sinkenden Renten) umgehen als der Gleichaltrige, der nichts erbt. Diese einfache Tatsache besser in gesellschaftliche Debatten einzubringen – das ist eine wichtige Voraussetzung für rentenpolitische Erfolge in den nächsten Jahren. ■

## Debatte: Abschlagsfreie Rente

von Adolf Bauer

### Das Rentenpaket – Startsignal für überfällige Verbesserungen

Der 13. Juni 2014 war ein guter Tag für Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland. Nach jahrelanger Stagnation gab die Bundesregierung ein klares Startsignal für Verbesserungen in der Alterssicherung. Ein Plus bei der Mütterrente, die Erwerbsminderungsrente verbessert, eine Anhebung des Reha-Budgets und – eine Sonderregelung für die abschlagsfreie Rente ab 63. Dieses Vorhaben stand jedoch seit seiner Ankündigung im Kreuzfeuer der Kritik. „Die Rente mit 63 ist grundfalsch“, erklärte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag. „Selbst Sozialverbände kritisieren jetzt die Rente mit 63“, titelte die Zeitung DIE WELT. Die abschlagsfreie Rente rief Kritiker aus verschiedensten Lagern auf den Plan und polarisierte. Zweifellos waren die Beweggründe der Zwischenrufer sehr verschieden.

### Wer profitiert von der abschlagsfreien Rente mit 63?

Um was geht es? Die Rente mit 63 soll es Versicherten ermöglichen, nach 45 Beitragsjahren eine abschlagsfreie Rente zu beziehen. Sie ist zum 1. Juli in Kraft getreten. Bisher mussten Versicherte für jeden Monat, den sie vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter



☞ Adolf Bauer ist Präsident des Sozialverbands Deutschland (SoVD).

Foto: © SoVD

in Rente gingen, Kürzungen in Kauf nehmen. Das soll nun anders werden. Aber Vorsicht, denn die Rente mit 63 gilt nur für Menschen, die vor 1953 geboren sind. Für Versicherte die nach dem 1. Januar 1953 geboren wurden, soll das Renteneintrittsalter schrittweise auf 65 Jahre angehoben werden. Zu den Leistungen, die auf 45 Beitragsjahre angerechnet werden können, gehören Wehr- oder Zivildienst, Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes sowie grundsätzlich auch Kurzarbeiter-, Insolvenz- und Arbeitslosengeld I.

### Zu viele gehen leer aus

Aus Sicht des SoVD profitieren zu wenige von der abschlagsfreien Rente mit 63. Denn der Kreis derjenigen, der von dieser Leistungsverbesserung profitiert, wird aus Sicht des SoVD schon allein deshalb gering ausfal-

len, weil die Altersgrenze von 63 Jahren nicht dauerhaft im Rentenrecht verankert wurde. Im Gegenteil wird sie, kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen, lediglich für die Geburtsjahrgänge nach 1952 schrittweise wieder angehoben. Zu bedenken ist weiterhin, dass viele der Versicherten die geforderte Wartezeit von 45 Jahren nicht erfüllen. Sie können damit nicht von der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren profitieren, obwohl sie vergleichbare Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung erbracht haben. Das betrifft Versicherte mit vergleichbar hohen Beitragsvorleistungen in weniger als 45 Jahren. Auch ein Großteil der Frauen erreicht die Wartezeit von 45 Jahren nicht. Zum Beispiel aufgrund von Unterbrechungen in den Erwerbsbiografien. Dies gilt im Übrigen auch für Versicherte mit Zeiten der Arbeitslosigkeit. Zwar werden bei der Wartezeit von 45 Jahren auch Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld und vergleichbaren Leistungen berücksichtigt. Dies gilt, allerdings mit Einschränkungen, jedoch nicht für Zeiten des Arbeitslosengeld II- oder des Nichtleistungsbezugs, wovon wiederum Frauen besonders betroffen sind.

### **Verfassungsrechtliche Bedenken ernst nehmen**

Eine hervorgehobene Problemstellung besteht in der Tatsache, dass die bis Ende 2010 zurückgelegten Pflichtbeitragszeiten wegen Arbeitslosengeld II-Bezugs im Gegensatz zu den Pflichtbeitragszeiten wegen Arbeitslosengeld I-Bezugs bei der Wartezeit nicht berücksichtigt werden sollen. Denn die entsprechende Argumentation, Pflichtbeiträge wegen Arbeitslosengeld II-Bezuges beruhen nicht auf Sozialversicherungsbeiträgen, sondern auf Steuermitteln, überzeugt nicht. Auch andere, aus Steuermitteln finanzierte Pflichtbeitragszeiten werden schließlich auf die Wartezeit angerechnet. Dies kann verfassungsrechtliche Fragen aufwerfen, da der Ausschluss von Pflichtbeitragszeiten in der

gesetzlichen Rentenversicherung aus SoVD-Sicht zu einer Ungleichbehandlung führt. Deshalb alle Beitrags- und Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, wäre der richtige Weg.

### **Folgen der Rente mit 67 nur für wenige Versicherte gelöst**

Zweifellos anerkennt Arbeitsministerin Andrea Nahles die Leistung von Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben. Und es gibt keine Gründe, die dagegen sprechen. Jedoch so sehr die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren zu begrüßen ist, bleibt in der Summe festzuhalten, dass sie die sozialen Folgen der Rente mit 67 nur für einen kleinen Teil der Versicherten löst. Aus guten Gründen wird dies deshalb von jenen als ungerecht empfunden, für die keine Erleichterungen geschaffen wurden. Betroffen sind vor allem schwerbehinderte Menschen, deren abschlagsfreier Renteneintritt unverändert von 63 auf 65 Jahre angehoben wird.

Damit mehr Versicherte von Leistungsverbesserungen profitieren, verbieten sich weitere Insellösungen. Es liegen durchaus Vorschläge vor, die Verbesserungen für alle Versicherten versprechen. Zum Beispiel die Rente mit 67. Sie auszusetzen, wäre ein großer Fortschritt.

Sicher ist, es müssen weitere Reformen folgen. Dies gilt insbesondere für die Erwerbsminderungsrenten. Denn die Zahl der Menschen, die arbeiten wollen, es aber nicht mehr können, wächst. Deshalb müssen die systemwidrigen Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten abgeschafft werden. Anders als bei einer selbstbestimmten Frühverrentung befinden sich die Erwerbsminderungsrentner in einer Zwangslage. Würden die Abschläge abgeschafft, wäre dies nur gerecht und die Betroffenen könnten ein wenig aufatmen. ■

## Perspektiven ziviler Friedenspolitik

### Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Kai Burmeister, Ute Finckh-Krämer und Stefan Stache



Foto: © Robert Kneschke - Fotolia.com

Mit dieser Ausgabe der spw zur Friedenspolitik soll ein Beitrag zur Diskussion um die Fortentwicklung fortschrittlicher Außenpolitik geliefert werden. Dabei kann ein kurzer Blick in die Vergangenheit helfen, nach dem Motto, was können wir lernen, nicht im Sinne einer Wiederholung der Vergangenheit, sondern um Kriterien und Maßstäbe zu entwickeln, die sich auf gegenwärtige Konfliktkonstellationen anwenden lassen.

Die SPD hat was Friedenspolitik, was Sicherheitspolitik anbelangt, eine widersprüchliche Geschichte, aber auch Kontinuitäten vorzuweisen. Auf der einen Seite hat die SPD eine antimilitaristische Linie, die sich durch ihre ganze Geschichte hindurchzieht. So kamen einige der prominentesten Militarismus-KritikerInnen des Kaiserreichs wie Karl Liebknecht

und Rosa Luxemburg aus der Sozialdemokratie. Die SPD hat allerdings, wenn auch ohne Begeisterung und gegen eine fraktionsinterne Minderheit, im August 1914 den Kriegskrediten zugestimmt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die SPD sich lange gegen die Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland gewehrt, und sich, als diese nicht mehr zu verhindern war, für die Parlamentsanbindung der Bundeswehr eingesetzt, die unter anderem durch die Funktion des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages symbolisiert wird. Mit der Ostpolitik, die von Willy Brandt eingeleitet wurde, hat die SPD nicht unwesentlich zu einem friedlichen Ende des Ost-West-Konfliktes beigetragen. Entspannungs- sowie Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik waren gerade in dieser Phase Markenzeichen der SPD-Außenpolitik.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat die SPD die Verständigungs- und Abrüstungsprozesse zwischen den ehemaligen Blöcken unterstützt. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes brachen allerdings auch viele Konflikte neu auf. Es kam zu Bürgerkriegen in Ländern wie Jugoslawien, bei denen auch in der SPD mehrheitlich ein Eingreifen von außen befürwortet wurde. Im Zuge dieser Entwicklung wurde die Bundeswehr zu einer „Einsatzarmee“ umgebaut. Diese Entwicklung war in der Gesellschaft wie in der SPD umstritten, die Debatte darüber blieb aber – anders als die zum NATO-Doppelbeschluss Anfang der Achtziger Jahre – auf friedens- und sicherheitspolitisch Interessierte beschränkt. Schließlich setzten sich in Deutschland die Befürworter von Einsätzen im multilateralen Rahmen durch, was, bis auf den Einsatz im Kosovo, eine Anbindung an ein UN-Mandat bedeuten sollte. Die SPD klagte vor dem Bundesverfassungsgericht und erreichte dadurch, dass die Entsendung der Bundeswehr vom Deutschen Bundestag genehmigt werden muss.

Die rot-grüne Koalition hat insofern in der deutschen Außenpolitik mit einem paradigmatischem Wechsel begonnen, indem sie zivile Konfliktbearbeitung überhaupt erst als strukturellen Bestandteil der Außenpolitik institutionalisiert hat: Die Einführung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD), das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) und der Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung sind Beispiele dafür.

Die aktuelle Ukraine-Krise zeigt, wie schwierig der Umgang mit Konflikten ist. Friedenspolitisches Engagement heißt zunächst einmal, dass man sich der Problematik von externer Einmischung in Konflikte und der Begrenztheit des möglichen Einflusses bewusst ist. Damit ist Einmischung generell, nicht nur die militä-

rische gemeint. Ein konfliktsensibler Umgang mit den am Konflikt beteiligten Parteien darf sich nicht auf die eine oder die andere Seite stellen, sondern sollte einem an Konfliktmoderation orientierten Ansatz folgen. Das heißt, das Ziel sollte sein, die Konfliktpartner dazu zu bewegen, miteinander zu reden und von der Notwendigkeit zu überzeugen, grundsätzlich bestimmte Interessen wechselseitig als legitim anzuerkennen. Die gegenwärtige Diskussion über die Ukrainekrise in Deutschland ist eher von Parteinahmen für oder gegen bestimmte Konfliktbeteiligte geprägt.

### Perspektiven jenseits der großen Koalition

Im Regierungsprogramm der SPD für den Wahlkampf 2013 fanden sich nur wenige friedenspolitische Forderungen wieder. Diese betrafen insbesondere das Thema Rüstungsexporte, das durch Presseberichte und öffentliche Aktionen der „Aktion Aufschrei“ inner- und außerhalb der SPD präsent war und das international kontrovers diskutierte Thema bewaffnete Drohnen. Mit Cornelia Füllkrug-Weitzel berief Peer Steinbrück eine friedens- und entwicklungspolitisch hoch kompetente Genossin in sein Kompetenzteam.

Da es nicht für die angestrebte rot-grüne Koalition reichte und vor der Wahl ein rot-rot-grünes Bündnis ausgeschlossen worden war, entschied sich die SPD für eine große Koalition. Dabei ist wiederum nur ein Teil dessen, was die SPD in ihrem Regierungsprogramm gefordert hat, in den Koalitionsvertrag übernommen worden. Bisher wurde etwas mehr Transparenz bei den Rüstungsexporten erreicht. Ob es tatsächlich zu einer restriktiveren Rüstungsexportpolitik kommt, muss sich noch zeigen. Offen ist auch, zu welchem Ergebnis die Debatten um bewaffnete Drohnen und autonome Waffensysteme führen werden. Positiv ist zu werten, dass im Bundeshaushalt 2014 erstmals seit Jahren Erhöhungen der Mittel für den ZFD, das ZIF und die DSF erreicht werden konnten.

Auch aus friedenspolitischer Sicht ist die Frage wichtig, welche machtpolitischen Optionen sich die SPD für die nächste Bundestagswahl aufbauen will und kann. Dazu gehört insbesondere eine offene Diskussion über die Rolle der LINKEN in einer rot-rot-grünen Konstellation. Bereits in der Zeitschrift „Weltrends“ wurde Ende 2012/Anfang 2013 kontrovers darüber diskutiert, ob es eine gemeinsame rot-rot-grüne Außenpolitik geben könnte. Michael Kellner, heute Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, damals Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden & Internationale Politik von Bündnis 90/Die Grünen schrieb in dieser Debatte:

„Der völkerrechtswidrige Kosovokrieg war der Tiefpunkt rot-grüner Außenpolitik. Das ist genauso wenig ein Modell für die Zukunft wie die Haltung der Bundestagsfraktion der Linken, die selbst unbewaffnete Militärbeobachter im Rahmen der Vereinten Nationen ablehnt. Grüne haben aus dem Kosovokrieg zwei Konsequenzen gezogen. Erstens: Nie wieder einem Auslandseinsatz ohne Mandat der UN zuzustimmen. Zweitens haben sie eine intensive Debatte um Kriterien für solche Auslandseinsätze begonnen. Dies umfasst ein Bekenntnis zur Friedenssicherung im Rahmen der UN. Im Ausnahmefall kann der Einsatz von Militär notwendig sein, um schwerste Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Als Mitglied der Vereinten Nationen ist Deutschland grundsätzlich verpflichtet, zur internationalen Friedenssicherung beizutragen. Leider werden Menschenrechte auch für üble Machtpolitik missbraucht; da haben viele Kritiker recht“ (Kellner 2012: 116).

Für die Fraktion der LINKEN konterte Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die LINKE und auch in dieser Legislaturperiode Mitglied im Auswärtigen Ausschuss:

„Die Linke fordert nicht nur ein Ende der deutschen Beteiligung an Kriegseinsätzen,

sondern macht dies auch zur Bedingung einer Regierungsbeteiligung. Das ist die rote Linie, welche die Partei Die Linke mit breiter Zustimmung ihrer Mitglieder gezogen und im Parteiprogramm festgeschrieben hat. Eine rot-rot-grüne Koalition steht schon deshalb überhaupt erst zur Debatte, wenn SPD und Grüne eine Abkehr von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vollziehen“ (van Aken 2013: 109).

Im Januar 2014 versuchten auf Initiative des taz-Redakteurs Stefan Reinecke die Bundestagsabgeordneten Agnieszka Brugger (B90/Grüne) und Stefan Liebich (LINKE) eine gemeinsame Position gegenüber der SPD zu formulieren (Brugger/Liebich 2014), auf die Hilde Mattheis und Ute Finckh-Krämer relativ kurzfristig zu reagieren versuchten (Mattheis/Finckh-Krämer 2014). Damit ließ sich aber der Grunddissens nicht auflösen, was die ersten Schritte einer rot-rot-grünen Regierung zur Verwirklichung des gemeinsamen Fernziels einer Welt ohne Krieg und Militär sein sollten:

- Ein sofortiges Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, unabhängig vom Mandat und Umfang sowie der Austritt aus der NATO,
- oder der Aufbau von wesentlich leistungsfähigeren Strukturen für Zivile Konfliktbearbeitung und eine intensivere diplomatische Unterstützung von Friedens- und Abrüstungsprozessen, bei der bestehende Auslandseinsätze geordnet beendet und im Einzelfall im Rahmen von Beobachtungs- und Waffenstillstandsmissionen mittelfristig noch Auslandseinsätze der Bundeswehr möglich sind, solange national und international noch keine ausreichenden Kapazitäten für Ziviles Peacekeeping und Polizeimissionen vorhanden sind?
- oder zu prüfen, welche Zwischenschritte möglich sind.

Die „ultima ratio“-Debatte, bei der fast jede Diskussion um Rüstung und Militär nicht nur innerhalb unserer Partei oder bei den Grünen, sondern auch in Kirchen, Gewerkschaften und entwicklungspolitischen Organisationen unweigerlich landet, ist wenig hilfreich. Denn sie verstellt den Weg dafür, konkrete politische Vorhaben voranzutreiben, die uns dem langfristigen Ziel einer Welt ohne Krieg und Militär näher bringen. Die – berechtigte – Kritik an Militäreinsätzen hat nicht etwa zu einer über die überschaubare friedenspolitische Szene hinausreichenden Debatte über ein radikales Umsteuern geführt, sondern einerseits zu fruchtlosen Rechtfertigungsdebatten („ohne den Militäreinsatz wäre alles noch viel schlimmer gekommen“), andererseits zu Debatten über „lessons learned“ des Militärs. Dadurch wird bei vielen politisch Verantwortlichen der Eindruck erweckt, dass die nachgewiesenen Fehler vermieden werden können und damit weiteren Militäreinsätzen zur Verwirklichung angeblicher oder tatsächlicher humanitärer Ziele nun wirklich nichts mehr entgegensteht.

Stattdessen wäre es sinnvoller, sich an Fragen wie diesen zu orientieren:

- Wie können die diversen weltweiten und regionalen Wettrüsten beendet und in Abrüstungsprozesse umgewandelt werden?
- Wie kann die herrschende „Sicherheitslogik“, die mit „worstcase“-Szenarien arbeitet, durch eine „Friedenslogik“ ersetzt werden, die Sicherheit als gemeinsame Sicherheit begreift und Misstrauen durch konkrete vertrauensbildende bzw. Überprüfungsmaßnahmen von Verträgen (Verifikationsmaßnahmen) ersetzt?
- Wie lässt sich das Dilemma auflösen, dass die Staaten weltweit den Vereinten Nationen eher Militär als zivile Experten und eher Geld für bewaffnete Peacekeeping-Einsätze als für diplomatische oder

zivile Aktivitäten zur Deeskalation von Konflikten zur Verfügung stellen, obwohl in der Charta der Vereinten Nationen ein klares Bekenntnis zu gewaltfreier Konfliktbewältigung enthalten ist?

- Wie können die regionalen Organisationen, die sich an den Grundsätzen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und friedlicher Konfliktaustragung orientieren und für alle offen sind, die diese Grundprinzipien unterstützen (in Europa z.B. der Europarat und die OSZE), gestärkt werden?
- Was muss sich wirtschafts- und innenpolitisch in den Industriestaaten und in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ändern, damit das Engagement für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und friedliche Konfliktaustragung nicht mehr als ideologische Rechtfertigung für eine Politik wahrgenommen wird, mit der die Reichen dieser Erde ihren Reichtum gegen die Armen verteidigen?

Im Rahmen dieser und evtl. weiterer Grundfragen könnten dann konkrete Forderungen diskutiert und bewertet werden, z.B.:

- Verbot von Rüstungsexporten in Länder außerhalb der NATO (ggf. mit einem Zwischenschritt, der den Export in Konfliktregionen und in Länder, die gravierende Menschenrechtsverletzungen begehen, verbietet)
- Ausschluss von Rüstungsexporten aus Hermes-Bürgschaften
- Die kontinuierliche Erhöhung der Mittel für die Deutsche Stiftung Friedensforschung, den Zivilen Friedensdienst, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze oder allgemeiner für Zivile Konfliktbearbeitung im Bundeshaushalt

- Eine internationale Initiative für ein Abkommen zur Ächtung von bewaffneten Drohnen und autonomen Waffen
- Verzicht auf Werbemaßnahmen der Bundeswehr in Schulen und bei Minderjährigen, Hochsetzung des Mindestalters für eine Verpflichtung als Zeitsoldat auf 18 Jahre
- Der Abzug statt der von den USA geplanten Modernisierung der Atomwaffen aus Büchel (ggf. als Vorleistung, um Russland von parallelen Modernisierungsprojekten abzubringen)
- Mit Blick auf eine nuklearwaffenfreie Welt möglichst rasche Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention und die Unterstützung von vorbereitenden Maßnahmen dafür (z.B. Expertenkonferenzen)
- Forderung nach und Unterstützung von Verhandlungen über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren Osten
- Unterstützung internationaler Initiativen wie „Global Zero“, ICAN, PNND und anderen, die mit unterschiedlichen Mitteln und Akteuren auf eine nuklearwaffenfreie Welt hinarbeiten
- Die geordnete Beendigung von bereits laufenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Unterstützung des Internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) und seiner Ratifizierung/Implementierung
- Evaluierung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, die über die Entsendung von Militärbeobachtern hinausgingen

Diese Fragen müssen alle unter dem Aspekt diskutiert werden, wo die Bundesrepublik

Deutschland Handlungsmöglichkeiten hätte und welche internationalen Partner für die jeweiligen Politiken gefunden werden könnten.

Es wäre daher sowohl in der Diskussion innerhalb der Partei als auch über die Parteigrenzen hinweg sinnvoll, sich zunächst darüber klar zu werden, dass es links der Mitte einen breiten Konsens für das Fernziel gibt, Militär und Rüstung abzuschaffen und Konflikte gewaltfrei zu lösen. Und dass dieses Fernziel nicht so utopisch ist wie das himmlische Jerusalem der Offenbarung des Johannes, sondern durch international abgestimmte Anstrengungen erreicht werden kann. Zusätzlich zur Diskussion innerhalb der SPD und mit sozialen Bewegungen und der Friedensforschung ist rechtzeitig mit möglichen Koalitionspartnern zu reden. Mit diesem Schwerpunkt möchte die spw die Debatte bündeln und Kontroversen im linken Lager verdeutlichen, um schließlich politisch-konzeptionelle Klarheit im Lager zu erreichen und Kontroversen konstruktiv aufzulösen.

Innerhalb der SPD wurde beispielsweise im Landesverband Schleswig-Holstein unter der Überschrift „Friedenspolitik heute“ eine entsprechende Debatte begonnen, die im nächsten Heft von spw dokumentiert werden soll.<sup>1</sup> Einen kenntnisreichen Blick auf die außenpolitischen Debatten bei den Grünen richtet *Uli Cremer* in seinem Beitrag, der auch auf die Widersprüchlichkeiten des Konzepts der Schutzverantwortung eingeht.

*Thorsten Grommes* und *Matthias Dembinski* stellen in ihrem Beitrag die Erkenntnisse der Friedensforschung dar, unter welchen Bedingungen humanitäre militärische Interventionen Erfolge erzielen oder aber scheitern. Angesichts ihres differenzierten Urteils ergibt sich einerseits weiterer wissenschaftlicher Forschungsbedarf, andererseits sollen die vorgelegten Ergebnisse schon jetzt stärker in die politische Debatte einfließen.

<sup>1</sup> [www.spd-schleswig-holstein.de/de/friedenspolitik](http://www.spd-schleswig-holstein.de/de/friedenspolitik)

Dieter Senghaas erinnert daran, dass der Zivilisierung unvermeidbarer politischer Konflikte – auch in den entwickelten Ländern – lange, oft militante Auseinandersetzungen und kollektive Lernprozesse vorausgingen, die in unterschiedliche Lösungen der friedlichen Konfliktregulierung und bindende Verfassungen mündeten. Zivilisierung politischer Konflikte erfordere jedoch über institutionalisierte Ordnungen hinaus eine intakte politische Öffentlichkeit, die möglichst transparente und reflexive Debatten einschließlich der gesellschaftlichen Zukunftsfragen ermögliche.

Jan-Thilo Klimisch bezeichnet die deutsche Rüstungsexportpolitik als Irrweg. Aus friedenspolitischer Perspektive sei eine Neuorientierung dringend geboten. Rüstungsexporte in Krisen- und autoritär geführte Länder hätten nicht zur Beilegung, sondern zur Verschärfung von Konflikten beigetragen. Anstelle der dehnbaren Grundsätze für den Rüstungsexport fordert Klimisch klare und verbindliche Kriterien ein, die z.B. in einem Rüstungsexportkontrollgesetz festgelegt werden sollten.

Otfried Nassauer legt dar, dass Russland und die NATO mit der Ukraine-Krise auf eine neue Phase der Konfrontation zusteuern. Die Ursachen dafür seien keineswegs nur in Russland zu suchen. Russland und Europa müssten einen Weg aus dieser Krise finden. Sie sei nicht in ihrem Interesse, so der Autor. ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär in Stuttgart und Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Ute Finckh-Krämer ist Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Obfrau im Unterausschuss für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln sowie stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.



Bei diesem Band handelt es sich um das leicht überarbeitete und um die Zeit nach der Bundestagswahl 2009 bis zum SPD-Mitgliederentscheid 2013 erweiterte Kapitel „Geschichte der Strömungs- und Faktionskämpfe der SPD“ der im Nomos Verlag erschienenen Publikation „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“.

Der Autor analysiert die Geschichte der SPD-Flügel nach 1945 und legt dar, dass sie Transmissionsriemen sozialer Milieus und gesellschaftspolitischer Lager und damit Gradmesser für den Erfolg der SPD sind. Die Hochzeit der SPD als linke Volkspartei in den 1970er Jahren mit über 40 Prozent der Wählerstimmen und über einer Million Mitgliedern war auch die Erfolgszeit der SPD-Flügel. Erst mit der Ausgrenzungspolitik unter dem SPD-Vorsitzenden und Kanzler Schröder setzte mit der Verabschiedung der Agenda 2010 die Krise der SPD ein. Sie fand bei der Bundestagswahl 2009 ihren Höhepunkt und dauert bis heute an. Die Geschichte der SPD-Flügel zeigt Auswege aus der Krise auf und weist anhand von programmatischen und personalpolitischen Aushandlungsprozessen nach, dass eine partizipatorische Politik mehrheitsfähig ist und sich nicht auf legitimatorische Mitgliederentscheide beschränken muss.

spw-verlag, 178 Seiten, € 18,00

## Die Zivilisierung des politischen Konflikts – weltweit aktueller denn je

von Dieter Senghaas

Foto: pphoto76 / photocase.de



Wird aus dem „Arabischen Frühling“ ein lang dauernder „Arabischer Winter“? Viele Beobachter der nordafrikanischen und nahöstlichen politischen Szene verstehen in diesen Jahren diese Frage als eine rein rhetorische, obgleich unterschiedliche Zuspitzungen in dieser Welt der politischen Umwälzungen (z.B. Syrien einerseits und Marokko andererseits) nicht zu übersehen sind. Anderenorts drohen politische Auseinandersetzungen sich zu Bürgerkriegen zuzuspitzen, so im Südsudan, in Mali, in der Zentralafrikanischen Republik, in Teilen des Irak, ggf. erneut in Afghanistan. Diese Fälle sowie auch die lang anhaltenden politischen Konflikte, wie sie sich jüngst in zwei bisher leidlich konsolidierten Staaten, in Thailand und der Ukraine, ereignet haben, rufen die Erinnerung an eine Kategorie der altchinesischen Philosophie wieder wach: „luan“ (Chaos), ebenso auch an die seinerzeitigen intellektuellen Bemühungen um Strategien einer Chaosbewältigung.

Der intellektuelle Streit im alten China (man spricht übertrieben von hundert Schulen) war eine kontroverse Auseinandersetzung über die Ermöglichung einer verlässlich stabilen politischen Ordnung, insbesondere angesichts zerfallender oder schon zerfallener Ordnung, der sogenannten streitenden Reiche. Dieser alte Diskurs über Chaosbewältigungsstrategien war, wie nicht anders zu erwarten, elitistisch abgehoben, denn China war, wie jahrhundertlang die Gesellschaften überall auf der Welt, traditional geprägt. Die überwiegende Mehrheit der Menschen (ca. 90 Prozent) überlebte recht und schlecht auf der Grundlage von Eigenversorgungswirtschaft; ein kleiner Teil der Bevölkerung lebte in kleinen städtischen Agglomerationen bzw. an den Höfen der herrschenden Klasse oder in deren Umkreis, dort auch handwerklichen sowie lokalen und überregionalen Handelsaktivitäten nachgehend.

Der Unterschied dieses jahrhunderte- bzw. jahrtausendalten, weltweit existierenden Gesellschaftsprofils zu den Binnenstrukturen sich modernisierender bzw. moderner Gesellschaften ist dramatisch: Prozesse der Entbäuerlichung, der Verstädterung, insbesondere auch der Alphabetisierung und einer sich immer mehr ausdifferenzierenden Arbeitsteilung haben seit der Mitte des 18. Jahrhunderts im nordwestlichen Europa, in Nordamerika und in Ozeanien eine ganz neue Sozialschichtung und somit eine insgesamt neue Gesellschaftsstruktur entstehen lassen. In ihr ist nur noch ein kleiner Teil der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, wobei der einst in der Folge der industriellen Revolution entstandene beachtliche Teil industrieller Erwerbstätigkeit inzwischen ebenfalls deutlich schrumpft, während der Dienstleistungssektor drastisch zunimmt (5: 15: 80). Dieser von Sozialwissenschaftlern als „soziale Mobilisierung“ bezeichnete Prozess lässt bei den betroffenen Individuen jeweils ganz unterschiedliche Interessen und Identitäten entstehen und führt zu entsprechenden Gruppenbildungen, insbesondere aber zur Politisierung dieser je spezifischen Interessen und Identitäten. Letztere sind ganz natürlicherweise auf die jeweils eigene Profilbildung und Nutzenmaximierung und zunächst also nicht auf einen zivilisierten, somit gewaltfrei-friedlichen Umgang mit Konfliktlagen in einer sich derart zerklüftenden Gesellschaft ausgerichtet. Sich zuspitzende asymmetrische Machtlagen – meist eine Folge von Modernisierungsprozessen – akzentuieren überdies diese Problematik.

Wie ist unter solchen Bedingungen eine *Anti-luan-Strategie*, also eine Chaosbewältigungsstrategie, im Kontext sich strukturell anhaltend umwälzender Gesellschaften zu erreichen? Alle Erfahrung lehrt: Es sind langwierige und mühsame kollektive Lernprozesse erforderlich, die dazu beitragen, dass alle wesentlichen Gruppierungen sich trotz aller Differenzen letztendlich wechselseitig

tolerieren und gemeinsame Spielregeln des unausweichlichen politischen Konflikts über die kontrovers bleibenden Entwicklungsperspektiven der eigenen Gesellschaft erarbeiten und akzeptieren. Die historische Erfahrung zeigt überdies, dass diese kollektiven Lernprozesse in der Regel nicht Schritt für Schritt, also nicht linear voranschreiten, um sich zu einem Endprodukt, einer allseits akzeptierten Verfassungsordnung problemlos zu verdichten; sie sind vielmehr das Ergebnis einer in den meisten Fällen unausweichlichen, virulenten, oft militanten Konfliktgeschichte zwischen ganz unterschiedlichen Perspektiven einer wünschbaren politischen Ordnung. Glücklich jene Fälle, in denen der Konflikt schließlich in einem ordnungspolitischen Kompromiss mündet und in einem auf Zeit allseits bindenden Verfassungsdokument seinen rechtlichen Niederschlag findet.

Wie mühsam und konfliktgeladen dieser Prozess der Herausbildung von Rahmenbedingungen für einen zivilisierten Umgang mit unausweichlichen Konflikten ist, zeigt ein Blick auf die eingangs beispielhaft genannten aktuellen Fälle anhaltend zugespitzter politischer Umbruchsituationen. Menschen, die heute in leidlich konsolidierten, sozial mobilen Gesellschaften leben (OECD-Welt), sollten sich aber mit Blick auf die derzeitige Weltlage daran erinnern, dass der historische Prozess der Zivilisierung des politischen Konflikts auch in ihren eigenen Fällen Fortschritte und Rückschritte, revolutionäre und konterrevolutionäre Umbrüche kannte und sich nur in den seltensten Fällen halbwegs schrittweise vollzog. Beispielhaft erinnere man sich an die langwierigen Auseinandersetzungen über die Regularien einer Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, auch an den politischen Streit über das allgemeine Wahlrecht für Männer jeglichen Standes und auch für Frauen – ein Konflikt, der selbst in den heute einigermaßen konsolidierten demokratischen Rechtsstaaten hundert- bis hundertfünfzig Jahre dauerte! Auch ist daran zu erinnern, dass

## PapyRossa Verlag



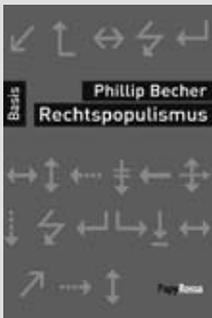
**Peter Bathke  
Anke Hoffstadt (Hg.)**

### Die neuen Rechten in Europa

Zwischen Neoliberalismus  
und Rassismus

978-3-89438-507-1  
362 Seiten | 18,00 Euro

Namhafte Autorinnen und Autoren zeigen Ursachen für den kontinuierlichen Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa. Dabei lassen sie die neoliberalen Rahmenbedingungen nicht außer Acht. Und sie skizzieren, welche Bündnisse gegen Rechts Erfolg versprechen.



**Phillip Becher**

### Rechtspopulismus

Basiswissen Politik /  
Geschichte / Ökonomie

978-3-89438-511-8  
123 Seiten | 9,90 Euro

Phillip Becher stellt die relevanten wissenschaftlichen Definitionen und Erklärungen zum Rechtspopulismus vor. Mit Profilen rechtspopulistischer Formationen in Europa und den USA sowie der Analyse ihrer Programmatik und Politik geht er ihren Perspektiven, ihrem Verhältnis zum Faschismus und den Folgen für die Demokratie nach.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | [mail@papyrossa.de](mailto:mail@papyrossa.de)  
[www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de)

die zitierten Konfliktgeschichten, meist Auseinandersetzungen über schließlich oft wider Willen gefundene politische Kompromisse, zu höchst unterschiedlichen Verfassungsprofilen führten: Man vergleiche beispielsweise Extremfälle wie das politisch und administrativ hochzentralisierte Frankreich mit der benachbarten kantonalisierten Schweiz und dazwischen liegend das föderalistisch gegliederte Deutschland.

Für eine moderne Verfassungsordnung, d.h. den demokratischen Rechtsstaat, sind nicht nur die in dieser Ordnung festgelegten Spielregeln des Umgangs mit unausweichlichen, öffentlich ausgetragenen politischen Konflikten wichtig; wichtig ist auch ein Raum transparenter politischer Öffentlichkeit. Genau diesen hat es, vielleicht mit Ausnahme der *polis* in Athen, in traditionellen Gesellschaften nicht gegeben; und auch in der vielzitierten attischen *polis* war die Beteiligung an politischer Öffentlichkeit extrem begrenzt (10-15 Prozent der männlichen Bevölkerung). Ein solcher Raum politischer Öffentlichkeit ist von Bedeutung, weil nur in ihm politische Interessen- und Identitätsbekundungen, aktuelle Anliegen, aber auch politische Zukunftsperspektiven über eine wünschbare Entwicklung der eigenen Gesellschaft und eventuell der internationalen Ordnung mit Aussicht auf Wirkung artikuliert werden können. Denn in sozial mobilen, politisierten Gesellschaften gibt es im Grunde genommen keine partikulare Problemlage, die nicht potenziell allgemein relevant und damit politisierbar ist – gleichgültig (um aktuelle Beispiele zu zitieren), ob es sich um den Ausbau von KITAs oder internationale Politik, um Mindestlohn oder in christlich geprägten Gesellschaften den Bau von Moscheen für die islamische Glaubensgemeinschaft, um vorgeburtliche Lebenslagen oder Sterbehilfe, um Steuerbelastung oder -entlastung und viele andere politische Streitfragen geht – es entwickeln sich in solchen Gesellschaften immer Auseinandersetzungen, die die Bürger insgesamt, zumindest einen großen Teil von

ihnen, betreffen; und folglich stehen jeweils zukunftsweisende Entwicklungsperspektiven der Gesellschaft zur Debatte, oft auch die institutionellen Rahmenbedingungen, wie derzeit die Autonomiebestrebungen in Schottland und Katalonien, die Diskussion über einen zu verändernden Finanzausgleich zwischen Bundes-, Länder und kommunaler Ebene in Deutschland oder der Streit über das Verhältnis von Einzelstaaten zur Europäischen Union beispielhaft dokumentieren.

In solchen Auseinandersetzungen spielen interessen- und identitätsbedingte Machtfragen eine nicht unbedeutende Rolle. Aber wie in sozialkybernetischen Analysen einst festgestellt wurde, lässt sich Politik auch als ein Prozess der breit gefächerten Aufbereitung von Informationen, somit der intellektuellen Aufklärung, verstehen („politics as awakening“, wie einst Karl W. Deutsch den Sachverhalt bezeichnete) – ein Geschehen im öffentlichen Raum, das, insofern es nicht monomanisch von engstirnigen Interessengruppen einseitig belagert wird, einer realitätsgerechten und auch zukunftsweisenden Selbsterkenntnis der Bürgerschaft förderlich ist. Eine intakte politische Öffentlichkeit ist hierfür eine unabdingbare Voraussetzung.

Allerdings ist in ausdifferenzierten politischen Systemen und Gesellschaften die Routinisierung von Politik immer eine Gefahr, denn potentiell und aktuell weitsichtige politische Entwicklungsperspektiven, somit die Anliegen des *homo politicus* auf individueller und auch kollektiver Ebene, werden oder bleiben dadurch blockiert mit der Folge einer Beeinträchtigung der Entwicklungsdynamik der Gesellschaft insgesamt. Wo Routine überhand nimmt, sei es in demokratischen Gesellschaften oder in repressiven Autokratien, gibt es, wenngleich in beiden Fällen aus unterschiedlichen Gründen, einen langfristig nicht eindämmbaren, schließlich politisch virulent werdenden Problemstau, gewissermaßen ein Ergebnis „pathologischen Lernens“ (K. W.

Deutsch). Deshalb sind Debatten über „das Politische“, somit über gesellschaftliche Entwicklungs- und Zukunftsperspektiven wichtig; sie müssen allerdings erdverhaftet sein, d.h. sich mit konkreten Problem- und Politikfeldern auseinandersetzen, heute insbesondere mit sozialen, ökologischen und Generationenproblematiken, auch mit den verfassungsmäßig festgelegten institutionellen Rahmenbedingungen. Nur dann sind Impulse für politische Innovationen und also die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft in all ihren Dimensionen („innovatives Lernen“) zu erwarten.

Die Imperative einer auf Zivilisierung ausgerichteten politischen Orientierung und eines entsprechenden Handelns im öffentlichen Raum werden derzeit vor allem in jenen Fällen des tief greifenden Umbruchs schlaglichtartig deutlich, die eingangs zitiert wurden. Es handelt sich bei ihnen, aber nicht nur in den genannten Fällen, erneut um potentielle Lehrbeispiele für Chaosbewältigung und somit auch um weitere Testfälle für eine zeitgemäße, erfahrungswissenschaftlich fundierte politische Theorie der Ermöglichung friedlicher Koexistenz in strukturell zerklüfteten Gesellschaften. ■

☞ Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas war bis 2005 Professor für internationale Politik und internationale Gesellschaft, insbesondere Friedens- Konflikt- und Entwicklungsforschung am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) an der Universität Bremen. Seit 2005 ist er Senior Fellow am InIIS.

## Viele Fragen offen

Über die Erfolgsaussichten humanitärer militärischer Interventionen ist wenig bekannt

von Matthias Dembinski und Thorsten Gromes



Foto: © Sergey Yarochkin - Fotolia.com

Das Schlagwort der humanitären militärischen Intervention prägte den Streit um die ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr und strukturiert bis heute Diskussionen über den Auftrag der deutschen Streitkräfte. Auch die von Bundespräsident Joachim Gauck auf der diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz angestoßene Debatte über die Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik thematisiert militärische Interventionen zu humanitären Zwecken. Deutschland, so Gauck (2014), solle „Hilfe anderen nicht einfach [...] versagen, wenn Menschenrechtsverletzungen in Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit münden.“<sup>1</sup>

Kontroversen über humanitäre militärische Interventionen kreisen unter anderem um deren rechtliche Zulässigkeit und die „eigentlichen Interessen“ der Interventen. Oft geht es auch um die Erfolgsaussichten, so bei Gauck,

der den Einsatz von Militär an eine vorhergehende „Folgenabwägung“ knüpft. Eine gute Erfolgsbilanz bisheriger humanitärer militärischer Interventionen würde dem Werben des Bundespräsidenten für ein stärkeres militärisches Engagement starke Argumente liefern. Umgekehrt dürften sich Gegnerinnen und Gegner solcher Einsätze durch eine schlechte Gesamtbilanz bestätigt sehen.

Angesichts der großen friedenspolitischen Relevanz überrascht es, wie wenig gesichertes Wissen über diese Erfolgsaussichten vorliegt. Die Debatten zu einzelnen Fällen füllen viele Regalmeter, es fehlt aber an vergleichenden Studien, die den Erfolg oder Misserfolg dieser Interventionen systematisch bilanzieren.<sup>2</sup> Die Friedens- und Konfliktforschung muss hier ein Versäumnis eingestehen, selbst wenn sich der Gegenstand seiner Untersuchung zu entziehen scheint. Es fällt schwer, humanitäre militärische Interventionen begrifflich zu be-

1 Eine Kritik dieser Rede in Bell et al. 2014.

2 Eine herausragende Ausnahme ist Seybolt 2007.

stimmen und von ähnlichen Militäreinsätzen abzugrenzen. Des Weiteren stehen ungenaue und unvollständige Daten einer umfassenden Bilanz im Weg.

Angesichts der skizzierten Forschungslücke haben wir im letzten Jahr eine vorläufige Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005 vorgelegt (Gromes/Dembinski 2013). Dieser Beitrag widmet sich vor allem solchen Interventionen seit 1990.

### Was sind humanitäre militärische Interventionen?

Einigen Kritikerinnen und Kritikern zufolge wäre diese Bezeichnung nur für solche Einsätze zulässig, die ausschließlich aus humanitären Anliegen erfolgen. So definiert, dürfte die Gesamtmenge humanitärer militärischer Interventionen gegen Null tendieren, wodurch sich eine Bilanz erübrigen würde. Wir interessieren uns daher für Interventionen, bei denen das humanitäre Motiv eine starke Rolle spielte, aber nicht das einzige war. Bei humanitären militärischen Interventionen, in den letzten Jahren vor allem unter dem Stichwort der internationalen Schutzverantwortung („responsibility to protect“) diskutiert, handelt es sich um ein vielschichtiges Phänomen. Versuche, ein Waffenstillstands- oder Friedensabkommen zu erzwingen, lassen sich ebenso darunter fassen wie Einsätze zur Durchsetzung von Flugverbotszonen oder zum Schutz von Hilfslieferungen. Auch Einsätze mit einem friedenserhaltenden Mandat, die sich mit fortdauernder Gewalt konfrontiert sehen, gelten oft als humanitäre militärische Intervention. Bei allen Unterschieden teilen diese Missionen einige Merkmale: Ein Staat schickt Soldatinnen und Soldaten in ein anderes Land, um dort unter Androhung oder Ausübung von Zwang erklärtermaßen fremde Staatsangehörige zu schützen, die von einer durch Gewalt geprägten Notlage bedroht sind (vgl. Holzger 2003: 18; Weiss 2007: 5-9).

### Wo gab es solche Einsätze?

Mithilfe der gerade vorgestellten Definition filterten wir aus einem Datensatz zu 1.100 militärischen Interventionen (Pearson/Baumann 1993; Pickering/Kisangani 2009)<sup>3</sup> die Untergruppe der humanitären militärischen Interventionen heraus. Für den Zeitraum von 1947 bis 2005 kamen wir auf insgesamt 31 Fälle, darunter prominente Missionen wie Somalia oder Kosovo, aber auch oft vergessene Einsätze wie in der Dominikanischen Republik oder in Burundi.

Etwas weniger als ein Drittel dieser Interventionen fand bis zum Ende des Ost-West-Konflikts im Jahre 1989 statt, die anderen Fälle verteilen sich auf den wesentlich kürzeren Zeitraum von 1990 bis 2005. 14 humanitäre militärische Interventionen fanden in Afrika statt, sechs in Europa, wenn man Zypern dazu zählt, fünf in Zentral-, Süd- oder Südostasien, vier im Nahen Osten, jeweils eine in der Karibik und in Ozeanien. Meistens wurde mit der Intervention auf einen innerstaatlichen Krieg im Zielland reagiert.

Bei den Interventen dominieren internationale Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen, die an zehn humanitären militärischen Interventionen beteiligt waren. Die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) führte vier solcher Interventionen durch, die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) bzw. die Afrikanische Union (AU) griffen ebenso wie die NATO in drei Fällen ein. Es sticht ins Auge, wie oft sich westliche Staaten an humanitären militärischen Interventionen beteiligen. Wie aber die Einsätze der afrikanischen Organisationen, Nigerias oder auch Indiens zeigen, handelt es sich bei humanitären militärischen Interventionen um kein rein westliches Projekt.

<sup>3</sup> Der Datensatz „International Military Interventions 1947-2005“ ist verfügbar unter: <http://bit.ly/16Zt5Sm>.

## Woran lässt sich der Erfolg humanitärer militärischer Interventionen festmachen?

Es liegt nahe, eine Intervention an den erklärten Zielen zu messen, jedoch weist das Kriterium „mission accomplished“ gravierende Nachteile auf. So kann eine Mission gerade aufgrund bescheidener Ziele leicht als erfolgreich gelten, während ein anderer Einsatz mit gleichartiger Reduktion der Gewalt aufgrund anspruchsvollerer Ziele als Misserfolg erscheint. Auch formulieren Interventen ihre Ziele oftmals so unpräzise, dass sich daraus keine klaren Bilanzkriterien ableiten lassen.

Wir haben die humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005 nach folgenden Gesichtspunkten betrachtet: Erstens wollten wir wissen, ob innerhalb eines halben Jahres nach Beginn der Intervention die Gewaltsituation, zumeist ein Krieg, ein Ende fand. In den Fällen, in denen die Gewalt andauerte, prüften wir zweitens, ob mit der Intervention das Ausmaß tödlicher Gewalt zurückging. Als Drittes schauten wir, wie oft es nach Ende der Gewalt innerhalb von sechs Jahren zu einem Rückfall in Krieg oder Genozid kam. Das vierte Kriterium konzentrierte sich darauf, inwieweit sich mittelfristig die Lebensbedingungen der Menschen verändert haben. Gerne hätten wir den Stand der menschlichen Entwicklung betrachtet, was die Datenlage aber nicht hergab. Daher konzentrierten wir uns auf die ausreichend dokumentierten Freiheits- und Partizipationsrechte, zumal Demokratisierung zu den erklärten Zielen einiger humanitärer militärischer Interventionen gehörte.

## Haben humanitäre militärische Interventionen die Gewalt rasch beendet?

Die meisten humanitären militärischen Interventionen zogen kein rasches Ende der Gewalt nach sich. Nach 1990 endete ein Drittel der bewaffneten Konflikte, in denen ein solcher Einsatz stattfand, innerhalb eines halben Jahres nach Beginn der Intervention. In zwei

Dritteln dieser bewaffneten Konflikte hielt die Gewalt an. Noch etwas schlechter fällt die Bilanz aus, wenn man einen anderen Datensatz zu Kriegen und Genoziden zugrundelegt. Hier ging mit knapp jeder vierten humanitären militärischen Intervention ein rasches Ende der Gewalt einher. Die Zahlen ändern sich gar nicht bzw. geringfügig, wenn wir jeweils das ganze erste Jahr nach Beginn einer humanitären militärischen Intervention betrachten.

Für die Fälle, in denen der bewaffnete Konflikt oder Genozid andauerte, lässt sich eine positive Wirkung der humanitären militärischen Interventionen im Sinne des ersten Kriteriums ausschließen. Das erlaubt aber nicht den Schluss, in den restlichen Fällen habe die Intervention das rasche Ende der Gewalt bewirkt. Unsere Daten verweisen lediglich auf eine Korrelation, belegen damit aber noch keinen kausalen Zusammenhang zwischen der humanitären militärischen Intervention und der Befriedung.

Um die Bedeutung unserer Befunde besser einschätzen zu können, haben wir die Gewaltkonflikte, bei denen interveniert wurde, mit einer Gruppe von Gewaltkonflikten ohne eine humanitäre militärische Intervention verglichen. Dabei fanden wir keine starken Hinweise darauf, dass sich die Gewaltdauer der einen Gruppe deutlich von der in der anderen unterscheidet. Konflikte mit einer humanitären militärischen Intervention wüteten im Durchschnitt weder länger noch kürzer als Kriege und Genozide ohne ein solches Eingreifen.

## Haben die Interventionen die tödliche Gewalt zurückgedrängt?

Folgt auf eine humanitäre militärische Intervention kein rasches Ende der Kämpfe und Übergriffe, kann der Einsatz dennoch als Erfolg gelten, sofern er tödliche Gewalt stark zurückdrängt. Daher schauen wir auf die Fälle nach Ende des Ost-West-Konflikts, in denen die Gewalt ein halbes Jahr nach Beginn der Interven-

tion noch andauerte. In fünf Fällen ging die tödliche Gewalt um mehr als 60 Prozent zurück<sup>4</sup>, in einem Fall nahm sie um 160 Prozent zu.<sup>5</sup> Die restlichen auswertbaren Fälle wiesen Veränderungen von weniger als 10 Prozent auf.

Die Gewalt in den Interventionsfällen haben wir mit dem Ausmaß der Kämpfe und Übergriffe in bewaffneten Konflikten ohne solches Eingreifen verglichen. In der Interventionsgruppe kam es häufiger zu einem Rückgang der Gewalt um mindestens 50 Prozent als in der Vergleichsgruppe. Damit ist aber noch nicht gesagt, dass die humanitären militärischen Interventionen diesen Rückgang bewirkt hätten.

Auch müssen wir auf die nicht sehr solide Datenbasis hinweisen. So konnten wir mit dem Kriterium der Gewaltreduktion nur neun Interventionsfälle auswerten. Zu den anderen Fällen lagen keine Opferzahlen vor, die Intervention war zu kurz oder erfolgte so schnell, dass die Zeiträume vor und nach dem Eingreifen keinen Vergleich erlaubten. Probleme bereiteten auch die Angaben zur Zahl der Todesopfer, lagen sie doch nur für ganze Kalenderjahre vor. Für die Jahre des Beginns und Ende einer Intervention zwang uns das zur vereinfachenden Annahme einer gleichmäßigen Gewaltintensität. Gab es in einem Kalenderjahr 2.000 Tote, und begann eine humanitäre militärische Intervention am 1. Juli, gingen wir für diesen Zeitraum von jeweils 1.000 Toten vor und nach Beginn des Einsatzes aus.

### Wie oft ereignete sich nach einer Intervention neue Gewalt?

Nach rund einem Fünftel der bewaffneten Konflikte mit humanitärer militärischer Intervention seit 1990 ereignete sich innerhalb von sechs Jahren ein Rückfall in die militärische Gewalt. In der Vergleichsgruppe der bewaffneten Konflikte, die ohne eine humanitäre

militärische Intervention nach 1990 endeten, lag die Rückfallquote mit fast 48 Prozent mehr als doppelt so hoch. Erneut gilt, dass die Korrelation noch nichts über die Wirkung aussagt. Die genannte Korrelation verschwindet sogar, wenn wir von einem anderen Datensatz ausgehen, der nur Genozide und Kriege mit einer höheren Intensität berücksichtigt. Die Interventionsgruppe weist hier eine etwas höhere Rückfallrate als die Vergleichsgruppe auf.

Da wir bei allen Bilanzkriterien die Fälle mit einer humanitären militärischen Intervention neben Gewaltkonflikte ohne solche Einsätze legen, müssen wir die Grenzen dieses Vergleichs ansprechen. Die von uns genannten Zahlen wären belastbarer, wenn sich die beiden Gruppen abgesehen von der Intervention nicht systematisch voneinander unterscheiden würden. Allerdings sehen wir eine regionale Häufung von Interventionen, die sich aus der geographischen Nähe interventionswilliger Staaten ergab. So lag die Interventionsquote in europäischen Konflikten weit höher als in afrikanischen Staaten. Zudem lässt sich beobachten, dass humanitäre militärische Interventionen eher in opferreichen Konflikten stattfanden als in Konflikten geringer Intensität. Solche und andere Differenzen konnte unsere begrenzte Studie nicht in Rechnung stellen. Auch aus diesem Grund betonen wir die Vorläufigkeit unserer Befunde.

### Gab es nach einer humanitären Intervention mittelfristig mehr Demokratie?

Verfechterinnen und Verfechter humanitärer militärischer Interventionen behaupten, solche Einsätze könnten einen Beitrag zur strukturellen Friedenssicherung leisten, indem sie die Chance auf Demokratisierung des Ziellandes begünstigen. Kritikerinnen und Kritiker bezweifeln hingegen, dass solche Interventionen zur Demokratisierung beitragen.

Den Stand der Demokratie entnehmen wir den Angaben von Freedom House, das die po-

4 Irak 1991-1996, Sierra Leone 1997, Demokratische Republik Kongo 1999-2001, Burundi 2003-2006, Sudan ab 2004.

5 Sierra Leone 1997-2000.

litischen Beteiligungsrechte und die bürgerlichen Freiheiten jeweils mit einer Note zwischen eins und sieben beurteilt.<sup>6</sup> Die „Eins“ ist die beste, die „Sieben“ die schlechteste Note. Aus dem Durchschnitt der beiden Teilnoten ergibt sich die Gesamtnote.

Je nachdem, welchen Datensatz wir zugrundelegten, verbesserten sich nach Ende des Ost-West-Konflikts die Demokratiewerte in den Interventionsfällen von der Durchschnittsnote 5,6 bzw. 5,5 auf jeweils 5,0. Die durchschnittlichen Veränderungen in Richtung Demokratie waren mit 0,6 bzw. 0,5 etwas größer als in der Vergleichsgruppe, in der sie nur 0,2 betrug. Allerdings wiesen die Fälle der Vergleichsgruppe nach sechs Jahren mit durchschnittlich 4,9 bzw. 4,5 die etwas besseren Demokratie-Noten auf.

### Was heißt das alles für die politische Debatte?

Jon Western und Joshua Goldstein (2011: 48f.) behaupteten in einem Beitrag in der einflussreichen Fachzeitschrift *Foreign Affairs*, es gebe eine im Ganzen positive Bilanz humanitärer militärischer Interventionen. Angesichts der vorgestellten Zahlen können wir uns diesem Urteil nicht anschließen. Wir ziehen es vor, von einer insgesamt gemischten Bilanz zu sprechen.

In einem Drittel der Fälle endete die Gewaltlage innerhalb von sechs Monaten nach Beginn der humanitären militärischen Intervention. Wo die Gewalt andauerte, kam es in fünf Fällen zu einem Rückgang der tödlichen Gewalt um 60 Prozent oder mehr. Nimmt man diese beiden Kriterien zusammen, kam es in knapp der Hälfte der auswertbaren Fälle zu einem raschen Ende oder zu einer deutlichen Reduktion der Gewalt. Das erschüttert die Ansicht, humanitäre militärische Interventionen bewirkten stets mehr Schlechtes als Gutes. Wir

sehen daher keinen Grund, humanitäre militärische Interventionen pauschal abzulehnen.

Zugleich aber sehen wir durch die Bilanz keinen Anlass zu einem stärkeren Engagement bei humanitären militärischen Interventionen, wie etwa von Bundespräsident Gauck wiederholt gefordert. Wer unsere Zahlen als positive Bilanz interpretieren möchte, sollte zum einen bedenken, dass sich die Interventionsfälle mit Blick auf ein rasches Ende der Gewalt nicht von der Vergleichsgruppe abhoben. Zum anderen gilt es, beim Abbau der Gewalt die besonders dünne Datenlage zu beachten. Auch im Lichte der mittelfristigen Entwicklungen zeigen sich keine klaren Konturen. Wir finden allenfalls schwache Hinweise darauf, dass es nach einer humanitären militärischen Intervention seltener zu einem Rückfall in die Gewalt kommt als nach Konflikten ohne ein solches Eingreifen. Zudem scheinen sich nach einer humanitären militärischen Intervention die Aussichten auf Demokratisierung weder stark zu verbessern, noch deutlich zu verschlechtern.

In Debatten über bestimmte Einsätze sehen wir vor allem die Befürworterinnen und Befürworter humanitärer militärischer Interventionen in der Beweispflicht. Nicht deren Kritikerinnen und Kritiker haben bessere Alternativen zu diesem Eingreifen zu präsentieren. Vielmehr müssen die Verfechterinnen und Verfechter der humanitären militärischen Intervention überzeugend darlegen, warum in einem konkreten Fall gute Erfolgsaussichten bestehen. Dafür sprechen mindestens zwei Gründe: Erstens wohnt humanitären militärischen Interventionen die Gefahr inne, die zivilisatorische Errungenschaft des internationalen Gewaltverbots zu untergraben und zu mehr Krieg zu führen (vgl. Atack 2002: 281f.). Zweitens absorbieren diese Einsätze Ressourcen, die, bei der Konfliktprävention oder im Rahmen der humanitären Nothilfe eingesetzt, weit mehr Menschen retten könnten (Valentino 2011: 67-70).

6 [S.http://bit.ly/10TkGh1](http://bit.ly/10TkGh1) und <http://bit.ly/171Elg5>.

## Was muss die Friedensforschung tun?

Immer wieder belästigten wir die Leserinnen und Leser mit Hinweisen auf Probleme der Datenbasis und Untersuchungsanlage und damit auf die Vorläufigkeit unserer Bilanz. Wir sehen unsere Bestandsaufnahme nicht als Ende der Erforschung humanitärer militärischer Interventionen, ja nicht einmal als Ende von deren Anfang. Vielmehr handelt es sich um eine Vorstudie. Immerhin bereitete sie den Weg für ein umfassenderes Vorhaben, das einen dokumentierten Datensatz aller humanitären militärischen Interventionen nach dem Zweiten Weltkrieg erarbeitet. Unterstützt von der Deutschen Stiftung Friedensforschung, berücksichtigt das im August 2014 begonnene Projekt auch aktuelle Fälle wie die Interventionen in Libyen, Mali und der Zentralafrikanischen Republik. Der Datensatz schafft die Grundlage für weitergehende Untersuchungen darüber, unter welchen Bedingungen humanitäre militärische Interventionen Erfolge erzielen oder scheitern.

Wie die für die hier präsentierte Bestandsaufnahme zusammengestellten Daten vermuten lassen, hängt der Erfolg nicht allein von der Größe des Ziellands ab und auch nicht davon, ob die intervenierende Partei eine internationale Organisation oder ein Staat ist und ob der humanitären militärischen Intervention ein Mandat des UN-Sicherheitsrats zugrunde liegt. Studien anderer Forscherinnen und Forscher legen den Schluss nahe, dass eine humanitäre militärische Intervention dann mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitert, wenn eine Gegenintervention erfolgt (vgl. Regan 2002: 68 und Regan 2010), sie gegen den Widerstand einer starken und hoch motivierten Konfliktpartei durchgesetzt werden muss oder sie nicht mit hinreichenden Ressourcen und einem festen politischen Willen hinterlegt ist, der sich aus einer nicht auf humanitäre Motive beschränkten Interessenlage speist. Allerdings wäre der Umkehrschluss unzulässig, ein fester politischer Wille und Einsatz der intervenierenden Partei garantiere den Erfolg. ■

### Literatur

- Atack, Iain 2002: Ethical Objections to Humanitarian Intervention, in: *Security Dialogue*, 33: 3, 279-292.
- Bell, Arvid/Dembinski, Matthias/Gromes, Thorsten/Meyer, Berthold 2014: Früher, entschiedener und substanzieller? Engagiertes außenpolitisches Handeln und militärische Zurückhaltung sind kein Widerspruch, HSFK-Standpunkte Nr. 1/2014, Frankfurt am Main, <http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/standpunkt0114.pdf>.
- Gauck, Joachim 2014: Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen, Rede anlässlich der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 in München, [http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.pdf?__blob=publicationFile).
- Gromes, Thorsten/Dembinski, Matthias 2013: Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005, HSFK-Report Nr. 2/2013, Frankfurt am Main, <http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/report0213.pdf>.
- Holzgrefe, J.L. 2003: The humanitarian intervention debate, in: Ders./Robert O. Keohane (Hrsg.): *Humanitarian Intervention. Ethical, Legal and Political Dilemmas*, Cambridge: Cambridge University Press, 15-52.
- Pearson, Frederic S./Baumann, Robert A. 1993: *International Military Intervention, 1946-1988*, Inter-University Consortium for Political and Social Research, Data Collection 6035, University of Michigan, Ann Arbor.
- Pickering, Jeffrey/Kisangani, Emizet F. 2009: The International Military Intervention Dataset: An Updated Resource for Conflict Scholars, in: *Journal of Peace Research*, 46: 4, 589-599.
- Regan, Patrick M. 2002: Third-Party Interventions and the Duration of Intrastate Conflicts, in: *Journal of Conflict Resolution*, 46: 1, 55-73.
- Regan, Patrick M. 2010: Interventions into Civil Wars: A Retrospective Survey with Prospective Ideas, in: *Civil Wars*, 12: 4, 456-476.
- Seybolt, Taylor B. 2007: *Humanitarian Military Intervention. The Conditions for Success and Failure*, Oxford et al.: Oxford University Press.
- Valentino, Benjamin A. 2011: The True Costs of Humanitarian Intervention. The Hard Truth About a Noble Notion, in: *Foreign Affairs*, 90: 6, 60-73.
- Weiss, Thomas G. 2007: *Humanitarian Intervention: Ideas in Action*, Cambridge: Polity.
- Western, Jon/Goldstein, Joshua S. 2011: Humanitarian Intervention Comes of Age. Lessons From Somalia to Libya, in: *Foreign Affairs*, 90: 6, 48-59.

☞ Dr. Matthias Dembinski ist Vorstandsmitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main und arbeitet vor allem zu internationalen Organisationen.

☞ Dr. Thorsten Gromes ist im gleichen Institut Vorsitzender des Forschungsrats und befasst sich im Schwerpunkt mit Nachbarkriegsgesellschaften.

## Russland und die NATO – Zu den Auswirkungen der Ukraine-Krise

von Otfried Nassauer

Foto: öde\_inge / photocase.de



*„The political crisis that erupted in Ukraine in early 2014 has ended the period in Russian-Western relations that began with the fall of the Berlin Wall in 1989. The crisis marks the end of a generally cooperative phase in those relations (...). Instead, the Ukraine crisis has opened a new period of heightened rivalry, even confrontation, between former Cold War adversaries.“*

Eine klare Ansage. Sie stammt von Dmitri Trenin, dem Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums. Trenin ist weder Pessimist noch Fatalist, er ist Realist. Er gehört zu jenen russischen Sicherheitsexperten, die eine strategische Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen nach dem Ende des Kalten Krieges befürwortet haben – vorausgesetzt, berechnete russische Interessen werden gewahrt. Seine Prognose für die kommenden Jahre: „Essentially, the Kremlin sees Russia’s future as separate from the rest of Europe’s.

Vladimir Putin’s proposal for a greater Europe stretching from Lisbon to Vladivostok, cold-shouldered by many in the EU, has now been finally withdrawn by its author. Instead, Russia will largely rely on its own resources as it seeks to develop its economy, consolidate its political system, and build a strong military.“

Trenin wird im Kern wohl Recht behalten, zumindest für die nächsten Jahre. Denn seine Vorhersage trifft sich zu gut mit den Wünschen eines Großteils konservativer Sicherheitspolitiker und werteorientierter Linksliberaler im Westen, denen Zusammenarbeit mit Russland suspekt ist.

Für NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und viele andere im Westen ist Wladimir Putin der allein Verantwortliche für diese Entwicklung. Der russische Präsident, der als Autokrat regiert, die Menschen-

rechte nicht achtet, sich rechtswidrig die Krim einverleibt und in der östlichen Ukraine zündeln lässt, während seine Truppen an deren Grenze auf- und abmarschieren, habe jegliches Vertrauen verspielt.

Doch ganz so einfach ist es nicht. Rasmussens Sichtweise hält Moskau geschichtslos gespiegelt viele Argumente vor Augen, die Wladimir Putin seit 2001 mit wachsender Dringlichkeit als seine Sorge vorgetragen hat – als Manko westlichen Verhaltens, an dem eine fruchtbare sicherheitspolitische Kooperation mit Moskau zu scheitern drohe.

### Eine lange Geschichte russischer Enttäuschungen

Die Krise in der Ukraine und das Verhalten Moskaus haben eine lange Vorgeschichte enttäuschter Hoffnungen Moskaus auf eine gleichberechtigte Mitsprache bei der Ausgestaltung der Sicherheitsarchitektur Europas. Es ist eine Geschichte gebrochener Zusagen des Westens.

Schon während der Verhandlungen über die deutsche Einheit fürchtete Moskau, die NATO werde sich in Zukunft nach Osten ausdehnen. Die USA, Frankreich und die Bundesregierung bemühten sich, diese Befürchtung politisch auszuräumen. Das geeinte Deutschland solle der NATO angehören. Auf dem Territorium der ehemaligen DDR werde es aber keine ausländischen Truppen geben. Weiter im Osten schon gar nicht. Der Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russischen Beziehungen, Gernot Erler, bestätigte dies kürzlich noch einmal im MDR: „Da kann ich nur dazu sagen, dass das richtig ist, dass es solche Verabredungen, auch wenn sie nicht schriftlich festgehalten worden sind, gibt.“

Schon drei Jahre später jedoch die Wende im Westen: Bei einem Treffen der NATO-Ver-

teidigungsminister in Travemünde plädierte Volker Rühle, damals deutscher Verteidigungsminister, im Oktober 1993 für eine Öffnung der NATO für ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes. Gernot Erler erläutert das deutsche Motiv: „Also, Deutschland war übrigens auch der Meinung, dass die Länder östlich von Deutschland, die mittelosteuropäischen Länder, Mitglied der NATO und auch der EU werden sollten, weil das für uns geostrategisch natürlich von Vorteil war.“ Besser von Freunden umzingelt als Frontstaat eines Militärbündnisses – so die Logik.

Vier Jahre später stand in Madrid die Aufnahme der ersten neuen Mitglieder an: Polen, Tschechien und Ungarn. Wenige Jahre danach folgten mit den baltischen Staaten erstmals drei ehemalige Sowjetrepubliken sowie Slowenien und die Slowakei, danach Staaten des Balkans. Bis heute verfolgt die NATO eine Politik der offenen Tür, die weiteren Staaten, auch ehemaligen Sowjetrepubliken wie Georgien oder der Ukraine die Aussicht auf einen künftigen NATO-Beitritt ermöglicht. Kontinuierlich rückte die NATO den Grenzen Russlands näher.

Um die Osterweiterung für Russland akzeptabler zu machen, wurde wenige Tage vor dem Beschluss über die erste Osterweiterung 1997 in Paris die NATO-Russland-Grundlagenakte unterzeichnet. Das Dokument offerierte Moskau eine ständige Vertretung in Brüssel und institutionalisierte Konsultationen mit der NATO, den NATO-Russland-Rat. Hinzu kam die Zusage, die Nuklearwaffen der NATO und deren Trägersysteme nicht näher an die Grenzen Russlands heran zu verlegen.

Doch kaum war der erste Erweiterungsschritt vollzogen, machte die NATO auf expliziten Wunsch ihrer neuen Mitglieder einen Rückzieher: Sie beschloss, mit Moskau im NATO-Russland-Rat nur über Themen zu re-

den, über die in der NATO bereits inhaltlicher Konsens herrschte. Aus Moskauer Sicht wurde der NATO-Russland-Rat damit zu einer Institution, die eher der Ausgrenzung, denn der Einbeziehung Russlands diene.

Ganz ähnlich bei der zweiten Osterweiterung um das Baltikum und weitere Staaten: Die NATO versprach Russland, den NATO-Russland Rat aufzuwerten. Künftig sollten dort gemeinsame Entscheidungen zu Fragen der europäischen Sicherheit vorbereitet und getroffen werden können. Das weckte die Hoffnung, Russland werde gleichberechtigt mitarbeiten. Wieder folgte die Enttäuschung auf dem Fuß: Die neuen NATO-Mitglieder bestanden darauf, weiterhin mit Moskau nur über Themen zu diskutieren, über die im Westen bereits Konsens erzielt wurde.

Begleitet wurde diese Entwicklung von der westlichen Weigerung, eine bereits ausgehandelte Anpassung der Rüstungskontrollabkommen über die konventionellen Kräfteverhältnisse in Europa (KSE/AKSE) an die durch die Osterweiterung entstandenen neuen geographischen Realitäten auch gültiges Vertragsrecht werden zu lassen. Bevor das Militärpotential der neuen NATO-Mitglieder auf die erlaubten Obergrenzen für die NATO und nicht mehr auf jene Russlands angerechnet werden könne, müsse Russland zunächst seine militärische Präsenz in Georgien und Moldawien aufgeben haben, schob die NATO nach.

Wladimir Putin nutzte nach seiner Wahl zum Präsidenten Russlands eine Rede vor dem Deutschen Bundestag 2001 für ein erstes politisches Signal gegen diese Vorgehensweise. Zwei Wochen nach den Terroranschlägen in den USA bot er dem Westen einerseits eine weitreichende Zusammenarbeit an, zeigte sich aber gleichzeitig auch besorgt: „Trotz allem Positiven, das in den vergangenen Jahrzehnten erreicht wurde,

haben wir es bisher nicht geschafft, einen effektiven Mechanismus der Zusammenarbeit auszuarbeiten. Die bisher ausgebauten Koordinationsorgane geben Russland keine realen Möglichkeiten, bei der Vorbereitung der Beschlussfassung mitzuwirken. Heutzutage werden Entscheidungen manchmal überhaupt ohne uns getroffen. Wir werden dann nachdrücklich gebeten, sie zu bestätigen.“ Putins Mahnung zu mehr Mitsprache und Gleichberechtigung wurde überhört. Der NATO-Russland-Rat blieb, was er war. Die USA kündigten trotz scharfer Proteste den ABM-Vertrag. Im Streit um die geplante US-Raketenabwehr in Europa gab es keine westlichen Angebote, die Moskaus wichtigste Befürchtung, ein solches System könne sich letztlich auch gegen Russland richten und dessen gesicherte nukleare Zweitschlagfähigkeit gefährden, ernsthaft entkräften könnten. Der Westen zeigte auch kein Interesse, die OSZE zu stärken oder ein System kooperativer Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok aufzubauen.

Während der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 kritisierte Putin dies deutlich schärfer und verwies erstmals darauf, dass Moskau auch national dafür sorgen könne, dass seine Sicherheitsinteressen gewahrt bleiben. Er kam wachsender innenpolitischer Kritik von Militärs und aus national-konservativen Kreisen nach, die bereits seit geraumer Zeit kritisierten, Moskau sei dem Westen gegenüber zu nachgiebig.

Nur ein Jahr später demonstrierte Putin im Georgien-Konflikt erstmals seine Entschlossenheit, in Russlands nationalem Interesse notfalls auch militärisch zu agieren. Westliche Kritik wies er weitgehend mit jenen Argumenten zurück, mit denen die NATO die Kritik Russlands an ihrem Krieg gegen Serbien um das Kosovo zurückgewiesen hatte. Moskau machte zudem eine weitere Ankündigung wahr: Es scherte teilweise aus

seinen Verpflichtungen zur konventionellen Rüstungskontrolle aus. Die NATO reagierte, in dem sie die Arbeit des NATO-Russland-Rates zeitweilig aussetzte und damit demonstrierte, wie gering der Stellenwert dieses Gremiums aus ihrer Sicht war.

Trotzdem folgte kurz darauf ein erneutes Kooperationsangebot aus Moskau. Putin entwarf mit Blick auf die EU die Idee einer Sicherheitsstruktur von Lissabon bis Wladiwostok und schlug im NATO-Russland-Rat ein Abkommens vor, das für den Fall einer Krise in Europa völkerrechtlich verbindlich Konsultationen vorsah. Von Wikileaks veröffentlichte diplomatische Depeschen der USA belegen eindrucksvoll, wie die NATO diesen Vorschlag ignorierte und intern als durchsichtiges taktisches Störmanöver diskreditierte. Manche NATO-Staaten fürchteten, der Vorschlag zielle vor allem darauf, die beabsichtigte Einbeziehung der baltischen Staaten in die Eventualfallplanung für eine Verteidigung Polens, „Eagle Guardian“, zu blockieren.

Vier Jahre später zeigen sich in der Ukraine-Krise die Folgen der enttäuschten Hoffnungen und Erwartungen Moskaus. Russland demonstriert erneut seinen Willen, seine Interessen auch gegen westliche Proteste und auf Kosten der Zukunftsperspektiven zur Kooperation mit der NATO zu wahren. Es erwartet sich nichts mehr von dieser Zusammenarbeit. Die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation verhindert unilateral, dass eine prowestliche, teils rechtsnationale Regierung in Kiew die Stationierungsrechte der Schwarzmeerflotte erneut zu einem Zankapfel machen kann. Eine vollständige Integration der Ukraine in die westlichen Institutionen NATO und EU ist aus Moskauer Sicht nicht tolerabel, weil man selbst ohne Chance auf solche Integration ist.

## Die NATO

„This is where the dragons play (...) where dreams are made“. Mit diesen Sätzen wirbt das noble Celtic Manor Resort, ein Hotelkomplex in Wales. Hier – inmitten einer wunderschönen, sanft-hügeligen und sattgrünen Landschaft – treffen sich Anfang September die Staats- und Regierungschefs der NATO zu ihrem nächsten Gipfel. Sie wollen Visionen für die Zukunft des Bündnisses entwickeln. Welche Aufgaben hat die NATO nach dem langen Einsatz in Afghanistan?

NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und einige der Mitgliedsstaaten haben bereits eine klare Vorstellung. Seit Russland sich die Krim einverleibt hat, variiert Rasmussen immer wieder einen Gedanken: „Russlands Angriff auf die Ukraine ist die schwerste Bedrohung für die Sicherheit Europas seit einer Generation. (...) Die größte Verantwortlichkeit der NATO besteht darin, unser Territorium und unsere Bevölkerungen zu schützen und zu verteidigen. Und täuschen Sie sich nicht: Genau das werden wir tun.“

Diese Reaktion kommt nicht von ungefähr. Für den NATO-Generalsekretär ist diese Krise ein Geschenk. Russlands Vorgehen soll ihm helfen, eine NATO wiederzubeleben, die in den letzten zwei Jahrzehnten häufig höchst umstrittene Aufgaben übernahm und kaum mehr als zweifelhafte Erfolge aufzuweisen hat. Ein Militärbündnis, das immer mehr einem Kriegerdenkmal glich: Nach außen schimmernde Wehr, innen aber hohl und rostend. Die Chance, die NATO erneut an einem starken, einenden Gegner wie Russland auszurichten will sich Rasmussen nicht entgehen lassen. Um dies zu erreichen, sind ihm offenbar viele Mittel recht.

Der NATO Generalsekretär scheute sich bislang nicht, immer wieder Öl ins Feuer der

Ukraine-Krise zu gießen. Seine Stellungnahmen zu den Ereignissen in der Ukraine waren – zurückhaltend formuliert – oft einseitig und mehr als einmal kaum durch Fakten gedeckt. Manchmal agierte er gar wie ein Flammenwerfer. In der Nacht vom 22./23. August 2014 verlautete Rasmussen beispielsweise, russische Truppen hätten nach Erkenntnissen der NATO die Grenze der Ukraine überschritten und kämpften nun auf ukrainischem Territorium. Belege für seine Behauptung blieb er schuldig. Am nächsten Morgen war von Rasmussens casus belli nichts mehr zu hören. Rasmussen lässt kaum eine Gelegenheit aus, Russland Propaganda vorzuwerfen und Putin persönlich für das Verhalten prorussischer Separatisten in der Ostukraine verantwortlich zu machen, als sei jener deren Oberbefehlshaber. Seine Forderungen an Putin werden dagegen gelegentlich zum offenen Widerspruch in sich. So zum Beispiel als Rasmussen Putin aufforderte, die russischen Truppen von der ukrainischen Grenze abzuziehen, zugleich aber verlangte, Putin solle den Nachschub schwerer Waffen an Separatisten unterbinden. Propagandameldungen der ukrainischen Zentralregierung werden von Rasmussen dagegen meist unkommentiert stehen gelassen oder sogar übernommen.

Russland wolle nicht mehr Partner sein, es erkläre sich selbst zum Gegner, argumentiert Rasmussen. Das trifft sich gut mit der Haltung jener NATO-Mitglieder, die Moskau schon lange lieber als Bedrohung betrachtet haben, denn als potentiellen Kooperationspartner. Der NATO-Generalsekretär will dies nutzen: „Mit seiner Handlungsweise hat Russland ein Vorgehen gewählt, das die Grundlagen unterminiert, auf die unsere Kooperation aufgebaut ist. Das militärische Vorgehen gegen die Ukraine und die illegale Annexion von Teilen des Territoriums der souveränen Ukraine stellen einen flagranten Bruch der internationalen Verpflichtungen

Russlands dar. In Anbetracht dessen kann es kein ‚business as usual‘ geben.“

Liebhaber klarer Fronten und Feindbilder dürfen also hoffen. Im Baltikum, in Polen oder Rumänien wünscht man sich, die NATO werde endlich keine Rücksicht mehr auf russische Befindlichkeiten nehmen und an vorderster Front dauerhaft militärische Präsenz zeigen. Manche spekulieren bereits darauf, die NATO werde künftig weitere politisch verbindliche Zusagen an Moskau aufbrechen und zum Beispiel eine Stationierung größerer Kampfverbände oder gar atomarer Waffen in Ländern wie Polen erwägen. Ausgeschlossen ist das nicht, zum Beispiel dann, wenn Moskau – wie mancher es fordert – den INF-Vertrag über ein Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen aus dem Jahr 1987 kündigen würde oder wenn dies im Kontext der geplanten Modernisierung der US-Nuklearwaffen in Europa opportun erschiene.

Auch aus amerikanischer Sicht bietet die Perspektive einer längeren konfrontativen Phase im Verhältnis zu Russland Chancen. In Washington darf man hoffen, den Primat der NATO in der Sicherheitspolitik gegenüber der Europäischen Union auf längere Zeit absichern zu können. Umstrittene Projekte wie der Aufbau einer Raketenabwehr in Europa könnten unter solchen Rahmenbedingungen leichter durchsetzbar sein, Geschäftsoptionen für die wehrtechnische Industrie der USA entstehen. Im EU-kritischen Großbritannien findet eine solche Entwicklung ebenfalls Befürworter. Weniger Kooperation zwischen den großen Akteuren auf dem europäischen Kontinent stärkt die Einflussmöglichkeiten und die Bedeutung jener Staaten, die nicht zu Kontinentaleuropa gehören.

Die Krim-Krise und die Krise im Osten der Ukraine schwächen in Europa jene, die wie

Deutschland für eine langfristige, strategische wirtschaftliche und politische Kooperation mit Russland eintreten. Der Konflikt verspricht, gleich mehrere wichtige wirtschaftliche Konkurrenten der USA in Europa zu schädigen. Schließlich bleiben, solange er währt, innereuropäischen Streitigkeiten erhalten, ob man Sicherheit vor Russland oder mit Russland anstreben soll. Washington kann auch künftig darauf zählen, jeweils mit den europäischen Ländern eng zu kooperieren, deren Positionen die Interessen der USA am stärksten widerspiegeln. Die Vereinigten Staaten behalten die Option, mit ihrer Hilfe ein einheitliches Handeln Europas zu blockieren. Washington kann hoffen, dass die Frage einer erneuten Erweiterung der NATO - und in deren Folge auch der EU – schon bald auf die Tagesordnung zu setzen. Es kann die Westeuropäer besser drängen, auch die letzten Länder des Balkans sowie weitere ehemals sowjetische Republiken wie Georgien, Moldawien und die Ukraine an die NATO heranzuführen und – in der Folge - die ökonomischen Lasten für deren Integration über die Europäische Union zu schultern. Erweiterung statt Vertiefung – diese Strategie hat bereits in der Vergangenheit wiederholt Washingtons Führungsrolle in Europa zementiert. Das Verhältnis zu Russland, die Krise in der Ukraine und die Reaktion der Allianz auf beides sollen schon deshalb im Vordergrund des NATO-Gipfels im September stehen.

### Eine russische Fehlkalkulation

Seit dem Ende des Kalten Krieges durchzieht eine gravierende Fehlperzeption und eine damit einhergehende Selbstüberschätzung das Denken Moskaus. Um dem Selbstbild der meisten Russen auf ihr riesiges Land zu entsprechen, pflegte Moskau trotz des Zerfalls der Sowjetunion kontinuierlich das Image, auch die Russische Föderation sei trotz aller wirtschaftlichen Krisen noch

immer eine Weltmacht, auf deren Interessen Washington im Zweifelsfall Rücksicht nehmen müsse. Das strategische Nuklearpotential sichere Moskau diese Rolle und Washington akzeptiere mit dem Bezeichnung Moskaus als strategischer Partner auch künftig Russlands Rolle als global einflussreiche Macht.

Der Begriff „strategischer Partner“ hat in Washington jedoch eine ganz andere Bedeutung als in Moskau. Während er westlich des Atlantiks durchaus eine eher taktische Funktion als Beruhigungsspiel erfüllen kann, wird er in Moskau als feste Zusage und Versprechen auf ein bilaterales Verhältnis auf Augenhöhe interpretiert. In Washington wiederum kann er durchaus mit einer Selbstsicht als „sole superpower“ zusammengehen, die den Kalten Krieg gewonnen und deshalb das primäre Recht zur Gestaltung von Weltordnung auch gegen den Willen „strategischer Partner“ hat. Zum Beispiel, wenn es darum geht, die NATO nach Osten zu erweitern.

In Moskau folgte aus dieser Fehlwahrnehmung dreierlei. Zum einen glaubten viele dem Versprechen strategischer Partnerschaft und haben deshalb erwartet, dass der Westen auf strategische Interessen Russlands letztlich Rücksicht nehmen werde. Dies erwies sich wiederholt als Irrglaube und verdichtete sich mit der Zeit zu der geschilderten ‚Geschichte der Enttäuschungen‘. Zum zweiten verführte das Versprechen einer strategischen Partnerschaft Moskau zur einer einseitigen Fokussierung auf das bilaterale Verhältnis zu Washington. Dies reduzierte Moskau immer wieder auf reaktive Handlungsmuster und verführte es zu pawlowschen Reflexen, wenn Washington mit dem Gedanken an einem Ende der strategischen Partnerschaft spielte. Barack Obamas Bezeichnung Russlands als „Regionalmacht“ während der Ukraine-Krise traf diesen Nerv Russlands mit besonderer Härte.

Schließlich verführte die Fehlperzeption Moskau lange zu einer Geringschätzung und zu einer gewissen Überheblichkeit im Umgang mit Europa, dem zweiten potentiellen Partner Russlands im Westen. Als „strategischer Partner“ der globalen Führungsmacht USA hielt Moskau es lange für unnötig, Europa als Partner auf Augenhöhe zu betrachten. Strategische Beziehungen zur Europäischen Union kamen für Russland erst Ende der 1990er Jahre in den Blick. Russland betrachtete sich damals politisch als den im Vergleich zur EU stärkeren Partner; die EU sah es aus wirtschaftlichen Gründen genau umgekehrt. Als Putin nach der Georgien-Krise 2008 begann, ernsthaft an eine europäische Sicherheitsarchitektur von Lissabon bis Wladiwostok zu denken, war es zu spät. Das 1999 begonnene Projekt einer auch sicherheitspolitischen Integration der Europäischen Union hatte sich an den inneren Widersprüchen in Europa und dem Widerstand der NATO gegen eine eigenständigere sicherheitspolitische Rolle Europas festgefahren. Gleichwohl gilt: Für Moskau ist Europa auf den meisten Feldern internationaler Kooperation jenseits der Sicherheitspolitik der wichtigste Partner im Westen.

### Über den Gipfel von Wales hinaus

Der NATO-Gipfel in Wales wird zweifellos eine Trendwende markieren. Die NATO wird Beschlüsse fassen, die – ohne Russland als potentiellen Gegner explizit zu nennen – die Aufgabe der Bündnisverteidigung wieder stärker betonen. Sie wird eine Initiative zur Stärkung ihrer militärischen Reaktionsfähigkeit im Krisenfall ergreifen, den östlichen Bündnispartnern eine vorläufig kontinuierliche Stationierung kleiner Truppenkontingente als Signal der Solidarität und Rückversicherung zusagen und erneut betonen, dass ihre Tür für neue Mitglieder offen bleibt ohne aber einen konkreten Zeitpunkt für den Beitritt in Aussicht zu stellen. Ähnlich

wie die bisher schon erfolgten militärischen Reaktionen auf die Krise in der Ukraine werden diese Maßnahmen von eher begrenzter Natur sein. Weitergehende Wünsche – zum Beispiel eine permanente Stationierung größerer Kampfverbände, eine Neuausrichtung der geplanten Raketenabwehr auf potentielle Bedrohungen aus Russland oder eine Stationierung nuklearer Waffen auf dem Territorium neuer Mitgliedstaaten – werden nicht erfüllt. Vorläufig wird sich die NATO weiter an ihre Zusagen aus der NATO-Russland-Grundlagenakte halten.

Hintergrund dieser Zurückhaltung ist das Fortbestehen der internen Widersprüche in der Allianz. Die Befürworter einer eher konfrontativen Politik gegenüber Russland sind zwar aktuell in der Vorhand, können aber nur durchsetzen, was auch jene Bündnismitglieder mittragen, die die Tür für eine künftige Kooperation mit Russland nicht gänzlich zuschlagen wollen. So wie es in der Vergangenheit oft die Befürworter einer konfrontativeren Linie waren, die eine weitergehende Kooperation mit Russland als Minderheit blockieren konnten, so können die Befürworter eines kooperativen Ansatzes nun allzu scharfe Reaktionen seitens der NATO blockieren. Wie dieser Kampf letztlich ausgeht, hängt unter anderem von der künftigen Entwicklung und der Dauer der Ukraine-Krise ab. Die Übernahme der Krim dürfte ein *fait accompli* sein, der irreversibel bleibt. Moskau kann jedoch kaum ein Interesse haben, sich weitere Teile der Ukraine einzuverleiben. Ein solcher Schritt, aus der Not geboren und doch unternommen, hätte zu viele untragbare Konsequenzen. Die wirtschaftliche Belastung wäre einfach zu groß.

Auch in westlichen Staaten gibt es wirkliche Interessen, den Konflikt mit Russland möglichst schnell zu begrenzen und möglichst zu beenden. Dazu bedarf es politischer Lösungen, die keine Konfliktpartei zu einem

innenpolitischen Gesichtsverlust zwingen, auch Putin nicht. Die rasche und kaum Grenzen kennende bisherigen Eskalation des Konfliktes erschwert es, solche Kompromisse zu finden. Nichtsdestotrotz enthebt dies niemanden der Notwendigkeit, sie zu suchen.

Auch wenn Russland derzeit auf Autonomie und Autarkie setzt, kann es auf diesem Wege seine strukturellen und Modernisierungsprobleme nicht lösen. Allein eine Neuausrichtung seiner Energieexporte auf asiatische Kunden würde zunächst Infrastrukturinvestitionen in mehrstelliger Milliardenhöhe erfordern, die unter den Bedingungen einer verschärften Konfrontation noch schwerer aufgebracht werden können als unter normalen Bedingungen. Ähnlich gilt für Europa: Die Volkswirtschaften in Europa würden unter den wirtschaftlichen Auswirkungen einer anhaltenden Konfrontation mit Russland leiden. Die Energie- und Rohstoffversorgung würden bei einer Umstrukturierung nicht nur teurer, sondern auch von neuen politischen Risiken und Abhängigkeiten begleitet sein. Mit der Lieferung von Technologie und landwirtschaftlichen Produkten nach Russland ließe sich weniger Geld verdienen. Darüber hinaus müssten beide, Europa und Russland, mehr Geld für ihr Militär ausgeben, obwohl ihnen insgesamt weniger Mittel zur Verfügung stehen. Das derzeitige, nicht erreichte Ziel, jedes NATO-Land solle mindestens zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Verteidigung aufwenden, ist deshalb ebenso unrealistisch wie die Zielmarke von drei Prozent während des Kalten Krieges.

Was würde eine solche Neuausrichtung für die NATO selbst bedeuten? Das Bündnis würde von den USA noch abhängiger und noch stärker dominiert als es derzeit ist. Das kann auf Dauer nicht gut gehen, denn eine solche Entwicklung trägt dazu bei, dass der Weg zu mehr sicherheitspolitischer Zusam-

menarbeit und Integration im westlichen Europa blockiert bleibt. Der Westen bliebe also hinter seinen Möglichkeiten zurück. Mehr noch: Dies träfe indirekt auch die NATO. Sie würde weiter an Handlungsfähigkeit verlieren. Das angeblich erfolgreichste Militärbündnis der Geschichte droht dann wenige Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges an seiner vorgeblich wichtigsten Aufgabe zu scheitern: Den Frieden zu erhalten. ■

---

☞ Otfried Nassauer (geb. 1956) ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit – BITS ([www.bits.de](http://www.bits.de)).

## Das deutsche „Geschäft mit dem Tod“

Waffenlieferungen in Krisenregionen sind ein friedenspolitischer Irrweg

von Jan-Thilo Klimisch

Foto: © Mirko Raatz - Fotolia.com



Über die Ausrichtung der deutschen Rüstungsexportpolitik ist in der Bundesregierung im Sommer 2014 ein veritabler Koalitionsstreit ausgebrochen. Der Anlass: Wie noch kein Amtsinhaber vor ihm distanziert sich Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in drastischen Worten vom „Geschäft mit dem Tod“ und stellt Überlegungen an, die Zuständigkeit zur Bearbeitung von Exportanfragen künftig an das Auswärtige Amt abzugeben.<sup>1</sup> Vor allem aber lässt der SPD-Vorsitzende dem Versprechen seiner Partei aus dem zurückliegenden Bundestagswahlkampf erste Taten folgen, Waffenausfuhren deutlich restriktiver handhaben zu wollen als die schwarzgelbe Vorgängerregierung. Bei den Unionsparteien ruft er damit vehemente Kritik hervor.

Eine bereits erteilte Erlaubnis für die Auslieferung eines Gefechtsübungszentrums durch den Düsseldorfer Waffenkonzern Rheinmetall an Russland hat Gabriel widerrufen lassen. Wohlgermerkt ohne unmittelbaren Handlungsdruck aus gemeinsamen Beschlüssen der Europäischen Union. Denn die von der EU anlässlich der Ukraine-Krise gegen Russland verhängten Sanktionen hätten die Ausfuhr grundsätzlich erlaubt. Sie betreffen lediglich künftige und nicht schon vereinbarte Geschäftsabschlüsse. Bis zu 2.000 weitere Ausfuhranträge von Rüstungsfirmen soll Gabriels Haus vorerst auf Eis gelegt haben. Zudem wurde bereits im Frühjahr bekannt, der Vizekanzler wolle den Verkauf von 800 Leopard 2-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien unterbinden.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. DER SPIEGEL (2014), Rüstungsexporte: Gabriel warnt vor „Geschäft mit dem Tod“, in: SPIEGEL ONLINE v. 27. Juli 2014, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ruestungsexporte-gabriel-warnt-vor-heiklen-waffengeschaeften-a-983132.html>.

<sup>2</sup> Vgl. Lisa Caspari (2014), Gabriels Alleingang gegen Waffengeschäfte, in: ZEIT ONLINE v. 29. Juli 2014, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-07/spd-ruestungsexporte-waffenexporte>; Mareike Enghusen (2014), Die Macht der Waffen, in: stern.de v. 4. August 2014, <http://www.stern.de/politik/deutschland/ruestungsexporte-die-macht-der-waffen-2128680.html>; DER TAGESSPIEGEL (2014), Scheitert spanischer Panzer-Deal an Berlin?, v. 14.

Vertreter der Rüstungsbranche schlagen Alarm und den Koalitionspartnern von der Union geht der restriktive Kurs des SPD-Ministers entschieden zu weit.<sup>3</sup> Ohne ein wirkliches Konzept zu haben, setze Gabriel das Wohlergehen der deutschen Wirtschaft aufs Spiel, äußert sich etwa CSU-Parteichef Horst Seehofer. CDU-Generalsekretär Peter Tauber sieht nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze, sondern auch die Unabhängigkeit der deutschen Rüstungsindustrie in Gefahr. Unionsvertreter mutmaßen, Gabriel wolle mit seinen rüstungspolitischen Akzenten in erster Linie Sympathiepunkte sammeln und Signale ins rot-rot-grüne Lager, respektive an friedensbewegte Wählergruppen senden. Zweifelsohne wird man in diesen Kreisen seine weiteren Bemühungen um die Beschränkung des deutschen Waffenhandels sehr aufmerksam verfolgen und ihn an der Umsetzung messen.

Der folgende Beitrag beschreibt den friedenspolitischen Irrweg, den die deutsche Rüstungsexportpolitik seit Jahren verfolgt, ohne dabei aus wiederkehrenden Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Er legt dar, dass eine Neuorientierung – wie sie Wirtschaftsminister Gabriel angekündigt hat – in der Tat dringend geboten ist. Aus einer friedenspolitischen Perspektive wird argumentiert, dass Waffenausfuhren in Krisen- und Konfliktregionen oder an autoritäre Regime keine dauerhaft stabilisierende Wirkung entfalten, sondern vielmehr oftmals verheerende langfristige Folgen nach sich ziehen. Gabriels Wortwahl „Geschäft mit dem Tod“ mag dramatisch klingen, bringt aber eben doch eine unangenehme Wahrheit recht zutreffend auf den Punkt.

## Deutsche Waffenlieferungen an zweifelhafte Kunden

Von offizieller Seite wird in Berlin seit Jahren das Mantra wiederholt, die deutsche Rüstungsexport-Praxis sei zurückhaltend bzw. restriktiv. Auch der im Mai 2014 unter Federführung des Wirtschaftsministeriums veröffentlichte Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das vorangegangene Jahr bekräftigt diese Überzeugung in seinem ersten Absatz.<sup>4</sup> Ein genauerer Blick auf die in dem Bericht zusammengestellten Zahlen und Bilanzen zeichnet allerdings ein gänzlich anderes Bild. Deutsche Rüstungsexporte wurden zuletzt stark ausgeweitet. Deutschland ist weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur nach den USA und Russland.<sup>5</sup> Von der Bundesregierung erteilte Genehmigungen für Einzelausfuhren stiegen 2013 gegenüber dem Vorjahr um fast 25 Prozent auf 5,8 Milliarden Euro an. Knapp zwei Drittel der deutschen Rüstungsexporte gingen dabei nicht an EU- oder NATO-Partner, sondern in sogenannte Drittländer.

Die Bundesregierung erteilte 2013 umfangreiche Ausfuhrgenehmigungen nach Algerien, Indonesien, Katar und Saudi-Arabien – allesamt Länder, die in Demokratie- und Menschenrechts-Rankings wahrlich keine vorderen Plätze einnehmen<sup>6</sup> und zudem unmittelbar in regionale Spannungen oder gewaltsam ausgetragene Konflikte verwickelt sind. Eigentlich müssten sich Exporte von Kampfpanzern und Maschinenpistolen in diese Staaten verbieten, zumindest wenn man die Kriterien ernst nimmt, die sich Deutschland selbst auferlegt hat. Denn gemäß ihrer

April 2014, <http://www.tagesspiegel.de/politik/ruestungsexporte-scheitert-spanischer-panzer-deal-an-berlin/9758050.html>.

3 Vgl. Georg Wilhelm Adamowitsch (2014), Kommentar des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbands der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) zur aktuellen Rüstungsexportdebatte v. 5. August 2014: [http://www.bdsv.eu/de/Presse/Aktuelles\\_aus\\_Berlin.htm](http://www.bdsv.eu/de/Presse/Aktuelles_aus_Berlin.htm).

4 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie - BMWi (2014), Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2013, Berlin: BMWi, S. 4, <http://www.bmw.de/DE/Mediathek/publikationen,did=641648.html>.

5 Vgl. Siemon T. Wezeman/Pieter T. Wezeman (2014), Trends in International Arms Transfers 2013, SIPRI Fact Sheet, Solna: Stockholm International Peace Research Institute, [http://books.sipri.org/product\\_info?c\\_product\\_id=475#](http://books.sipri.org/product_info?c_product_id=475#).

6 Vgl. z.B. den „Freedom in the World 2014“-Index von Freedom House: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2014#U-12b2eKCM8>.

Grundsätze für die Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern möchte die Bundesregierung Rüstungsexporte begrenzen und damit „einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Gewaltprävention, der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt“ leisten. Bei sämtlichen Exportentscheidungen werde angeblich der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungsland ein „besonderes Gewicht beigemessen“.<sup>7</sup>

De facto jedoch eröffnen die Politischen Grundsätze der Bundesregierung einen erheblichen Ermessens- und Interpretationsspielraum. Der Waffenexport in Krisen- und Konfliktregionen wird nicht kategorisch ausgeschlossen, sondern nur dann, wenn „hinreichender Verdacht besteht“, dass die gelieferten Rüstungsgüter zu internen Repressionen oder Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Dieser Verdacht aber scheint sich den Entscheidungsträgern in Berlin zuletzt nicht allzu häufig aufgedrängt zu haben. Die Herausgeber des Friedensgutachtens 2013 – einem jährlich erscheinenden Gemeinschaftsprodukt von vier renommierten deutschen Forschungseinrichtungen – kommen zu dem Befund: „Exporte deutscher Kriegswaffen in Konfliktregionen erreichen eine Dimension, die frühere Rüstungsexporte in den Schatten stellt.“<sup>8</sup>

Der Bundesregierung kommt es bei diesen Exportentscheidungen zupass, dass sie lediglich einer nachträglichen Berichtspflicht, nicht aber einem Begründungsgebot unterliegt. Die Panzerlieferungen nach Katar hätten sich wohl nur mit erheblichen Erklärungsschwierigkeiten als menschenrechtlich unbedenklich darstellen lassen, wie aus einer Bewertung des außenpolitischen Sprechers

der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, hervorgeht: „Katar hat in Syrien und auch in anderen Ländern der arabischen Welt genau die Gruppen unterstützt, die nicht auf einen friedlichen Wandel, sondern vor allem auf Gewalt gesetzt haben, auch gegen die eigene Bevölkerung.“<sup>9</sup> Ähnlich urteilen auch die Herausgeber des Friedensgutachtens: „Panzerlieferungen an die Golf-Monarchien strafen den Anspruch einer von demokratischen Werten geleiteten Außenpolitik Lügen. Sie heizen zudem regionale Rüstungswettläufe an und untergraben damit jedes friedenspolitische Ziel.“<sup>10</sup>

## Kleinwaffentransfers außer Kontrolle

Zu den größten Bedrohungen für Frieden und Stabilität in Spannungsgebieten zählt die unkontrollierte Verbreitung sogenannter kleiner und leichter Waffen. Sie macht viele gewaltsam ausgetragene Eskalationen überhaupt erst möglich. Es sind Kleinwaffen wie Maschinenpistolen, Gewehre und Panzerfäuste, die mehr Opfer fordern als jede andere Waffengattung. Rund eine halbe Millionen Menschen kommen durch diese „Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts“ jährlich ums Leben. Der illegale Handel mit Kleinwaffen blüht. Nichtsdestotrotz listet der „Small Arms Survey“ Deutschland Jahr für Jahr als einen der weltweiten Topexporteure, der den Markt kontinuierlich mit Nachschub versorgt.<sup>11</sup>

Der umstrittene Export von Kleinwaffen durch das schwäbische Unternehmen Heckler & Koch, das sich selbst als „weltweit führender Hersteller von Handfeuerwaffen“ vermarktet<sup>12</sup>, erreichte 2013 einen neuen Rekordwert. Im Rüstungsexportbericht der Bun-

7 Fn. 4, ebd. S. 34ff. Die gegenwärtig gültige Fassung der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ wurde im Jahr 2000 in der Regierungszeit von Rot-Grün verabschiedet. In ihren turnusmäßigen Rüstungsexportberichten bekennt sich die Bundesregierung seit dem explizit zu diesen Grundsätzen. 8 Marc von Boemcken u.a. (2013), Friedensgutachten 2013, Berlin: LIT-Verlag, Vorwort.

9 Arnd Henze (2014), Ein Lehrstück politischer Inkonsequenz, in: tageschau.de v. 27. Juni 2014, <http://www.tagesschau.de/ausland/ruestungsexport-katar-100.html>.  
10 Fn. 8, ebd., S. 10.  
11 Vgl. <http://www.smallarmssurvey.org/publications/by-type/yearbook/small-arms-survey-2014.html>.  
12 Vgl. <http://www.heckler-koch.com/de.html>.

desregierung sind Einzelgenehmigungen für Kleinwaffen und Munition im Umfang von 83 Millionen Euro aufgeführt. Die Lieferungen gingen wiederum zu über fünfzig Prozent in Drittländer außerhalb von EU und NATO, vielfach in politisch instabile Krisenregionen oder deren unmittelbare Nachbarschaft, unter anderem nach Indonesien, Katar und Saudi-Arabien.<sup>13</sup> Bereits in den vorangehenden Jahren waren die Kleinwaffen-Exporte aus Deutschland drastisch angestiegen.<sup>14</sup>

Nicht zuletzt mit Blick auf diese Waffen-gattung erscheint ein Kurswechsel in der deutschen Rüstungsexportpolitik dringend geboten. Die Gewehre und Pistolen der Firma Heckler & Koch tauchen seit Jahren immer wieder an Orten auf, an die sie laut Exportkriterien der Bundesregierung eigentlich gar nicht gelangen dürften. Allein 15 Beispiele hat Tagesspiegel-Redakteur Sebastian Leber in einer Reportage zusammengetragen. Sie reichen vom Gaza-Streifen über Indonesien und Saudi-Arabien bis nach Somalia und Sudan.<sup>15</sup> Letzter prominenter Fall, in dem schließlich sogar die Stuttgarter Staatsanwaltschaft ermittelte, war das Auftauchen von G 36-Sturmgewehren in Beständen der Truppen des gestürzten libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi.<sup>16</sup> Zahlreiche Kleinwaffen fanden in Folge des Libyen-Konflikts ihren Weg in die umliegenden Nachbarstaaten, nicht zuletzt nach Mali, wo dann auch der Ausbruch der nächsten Kämpfe nicht lange auf sich warten ließ.<sup>17</sup>

13 Vgl. Fn. 4, ebd., S. 24ff.

14 Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2013), Rüstungsexportbericht 2013 der GKKE, Berlin/Bonn: GKKE, <http://www.w3.gkke.org/71.html>, S. 47ff; Bernhard Moltmann (2013), Frieden schaffen mit Waffen. Deutsche Rüstungsexportpolitik auf neuem Kurs, in: Marc von Boemcken u.a. (Hrsg.), Friedensgutachten 2013, Berlin: LIT-Verlag, S. 150-164.

15 Vgl. Sebastian Leber (2013), Deutsche Kleinwaffen-Exporte töten Millionen Menschen, in: DER TAGESSPIEGEL v. 12. August 2013, <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/sonntag/heckler-und-koch-von-libyen-bis-iran-15-beispiele-wo-hundk-waffen-benutzt-werden/8620102-4.html>.

16 Vgl. DER SPIEGEL (2011), Deutsche Waffen in Libyen: Staatsanwalt ermittelt gegen Heckler & Koch, in: SPIEGEL ONLINE v. 23. Oktober 2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutsche-waffen-in-libyen-staatsanwalt-ermittelt-gegen-heckler-koch-a-793431.html>.

17 Vgl. Denis M. Tull/Wolfram Lacher (2012), Die Folgen des Libyen-Konflikts für Afrika, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2012\\_So8\\_lac\\_tll.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2012_So8_lac_tll.pdf)

Wie sehr Exporte, Technologietransfers, Lizenzverkäufe und der unkontrollierbare Endverbleib von Waffen allen friedenspolitischen Interessen letztlich schaden können, zeigt auch das Beispiel Irans. Während das Land in den 1960er Jahren noch als Verbündeter des Westens galt, halfen deutsche Ingenieure von Heckler & Koch beim Bau einer kompletten Maschinengewehr-Fabrik. Bis heute gilt das dort produzierte G 3 als Standardwaffe der iranischen Armee. Gleichzeitig wurden im Lauf der vergangenen Jahrzehnte viele Drittländer vom Iran aus beliefert, so etwa die Truppen des Gewaltherrschers Idi Amin in Uganda oder auch zahlreiche Milizen im Sudan. Jegliche Kontrolle über diese Waffentransfers hatte Deutschland zuvor bereitwillig aus der Hand gegeben.

## Europäische Bündelung und Konversion der Rüstungsindustrie

Überraschende Differenzen in der Ausführungspraxis treten mitunter zwischen den EU-Mitgliedstaaten zutage. Und das trotz eines im Europäischen Rat vereinbarten Gemeinsamen Standpunktes zu Rüstungsexporten.<sup>18</sup> Dieser jedoch setzt sich aus ähnlich dehnbaren, unterschiedlich zu interpretierenden Kriterien zusammen wie die Exportgrundsätze der Bundesregierung. Als das niederländische Kabinett vor einigen Jahren einen Panzerexport an Indonesien stoppte, fand man sich kurz darauf in Berlin dazu bereit, die Bestellung zu übernehmen und die gewünschte Ware nach Jakarta zu liefern. Und auch hinsichtlich der Verhängung und Umsetzung von Waffenembargos zeigten sich die europäischen Partner in der jüngeren Vergangenheit immer wieder uneinig, sei es gegenüber Ägypten und Syrien oder wie zuletzt gegenüber der Russischen Föderation.<sup>19</sup>

18 Vgl. Fn. 4, ebd. S. 38ff.

19 Vgl. Marc von Boemcken/Jan Grebe (2014), Gemeinsam uneinig: Ambivalenzen in der Kontrolle europäischer Rüstungsexporte, in: Ines-Jacqueline Werkner u.a. (Hrsg.), Friedensgutachten 2014, Berlin: LIT-Verlag, S. 140-153.

Als Ursachen für widersprüchliche Exportentscheidungen und für das verstärkte Werben um Kundschaft in Spannungsgebieten sind nicht zuletzt die mangelnde Auslastung rüstungsindustrieller Kapazitäten sowie der massive Wettbewerbsdruck zwischen den EU-Mitgliedsländern zu nennen.<sup>20</sup> Für exzessive Waffenexporte wird in Deutschland wie in seinen Nachbarstaaten entschuldigend ins Feld geführt, man wolle die Entscheidungshoheit über die nationale Rüstungsproduktion respektive deren Unabhängigkeit nicht aus der Hand geben. Vertreter der Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag heben hervor, nur durch den Export könne die deutsche Rüstungsindustrie auf die notwendigen Stückzahlen kommen, um wettbewerbsfähig zu produzieren.<sup>21</sup>

So gönnt man sich innerhalb der EU erhebliche Überkapazitäten, welche letztlich nur durch massive Waffenausfuhren an Kunden außerhalb des Gemeinschaftsgebietes finanzierbar sind. „Sicherheitspolitisch unnötige Duplizierungen prägen die rüstungsindustrielle Landschaft Europas“, kritisiert das Friedensgutachten 2014.<sup>22</sup> Die Autoren eines aktuellen Positionspapiers der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik plädieren umso dringlicher für eine konsequente Europäisierung der Rüstungspolitik.<sup>23</sup> Damit ließe sich zudem auch die Abhängigkeit von internationalen Lieferketten außerhalb der Gemeinschaft reduzieren. Eine verstärkte europäische Bündelung ermögliche den Abbau überflüssiger nationaler Strukturen in Industrie und Verteidigungsbürokratie: „Wer diesen Abbau versäumt, schafft größeren Sub-

ventionsbedarf und erhöht die Gefahr von Korruption auf Exportmärkten.“<sup>24</sup>

Gesamtwirtschaftlich betrachtet habe die deutsche Rüstungsindustrie ohnehin nur ein geringes Gewicht, argumentieren die Autoren des SWP-Papiers. Sie gehen von unter 100.000 direkt oder indirekt durch die Branche Beschäftigten aus. In der „klassischen Rüstungsindustrie (Waffensysteme, Waffen und Munition)“ seien es sogar weniger als 20.000 direkt Beschäftigte. Zudem würden in Zeiten des Facharbeitermangels die Arbeitskräfte aus der Rüstungsindustrie in andere Sektoren abwandern, die bessere Karrierechancen böten. Die nahezu vollständige staatliche Subventionierung der Rüstungsindustrie zahle sich immer seltener in Form zivil nutzbarer technologischer Errenschaften aus: „Rüstung profitiert stattdessen zusehends von der Dynamik technischen Fortschritts in der zivilen Wirtschaft.“<sup>25</sup>

Gemäß den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für ihre Rüstungsexporte dürfen industrie- oder beschäftigungspolitische Gründe ohnehin „keine ausschlaggebende Rolle“ bei der Entscheidung über Waffenausfuhren in Drittstaaten spielen.<sup>26</sup> Die Schließung einiger Rüstungsbetriebe würde den genannten Beschäftigungszahlen zufolge auch keine Massenarbeitslosigkeit nach sich ziehen, zumal die in der Branche überwiegend tätigen hochqualifizierten Fachkräfte auf dem freien Arbeitsmarkt sehr gute Alternativchancen offenstehen. Erforderlich ist vielmehr die Konkretisierung von Strategien zur Konversion, „um Kapazitäten in der Rüstungsindustrie auf zivile Produkte umzustellen.“<sup>27</sup>

20 Vgl. Michael Brzoska (2013), Europäische Rüstungsindustrie auf der Suche, in: Marc von Boemcken u.a. (Hrsg.), Friedensgutachten 2013, Berlin: LIT-Verlag, S. 137-149.

21 Vgl. Aktuelle Stunde im Bundestag am 22. Mai 2014 zu Rüstungsexporten <http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/ruestungsexport/280834>.

22 Fn. 18, ebd., S. 141.

23 Vgl. Hilmar Linnenkamp/Christian Mölling (2014), Rüstung und Kernfähigkeiten – Alternativen deutscher Rüstungspolitik, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A45\\_inl\\_mlg.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A45_inl_mlg.pdf).

24 Fn. 22, ebd. S. 4.

25 Fn. 22, ebd., S. 2.

26 Fn. 4, ebd. S. 36.

27 Fn. 8, ebd., S. 19.

## Für eine friedenspolitisch orientierte Rüstungsexportpolitik

Rüstungsexporte sollten auch friedenspolitisch nicht von vorneherein kategorisch ausgeschlossen, wohl aber in ihrem Verhältnis zu ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung kritisch reflektiert werden. Zivilen Mitteln ist dabei stets Vorrang zu geben. Etwaige Waffenlieferungen müssen an klare Kriterien gebunden sein, die möglichst wenig Spielraum für unterschiedliche Interpretationen lassen. Die Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung umreißt derartige Kriterien wie folgt: „Rüstungstransfers dürfen kein gewalteskalierendes Handeln von Staaten nach Innen wie nach Außen begünstigen. Sie müssen geeignet sein, dem Bedürfnis der Menschen nach Schutz vor rechtloser Gewalt zu dienen. Dies schließt die Prüfung ein, ob der Bedarf an Sicherheit auch auf anderem Wege gewährleistet werden kann. [...] Es ist zu begründen, dass die Rüstungsexporte tatsächlich den Vorgaben von Frieden und Entwicklung entsprechen.“<sup>28</sup>

Dieser Begründungsaspekt erscheint angesichts der Ausführungen in diesem Beitrag von besonderer Relevanz. Eine nachträgliche Berichts- oder lediglich Dokumentationspflicht reicht hier nicht aus. Stattdessen sollten vor der Entscheidung über Waffentransfers genauestens deren Chancen und Risiken analysiert, abgewogen und öffentlich dargelegt werden. Wie tragen die auszuliefernden Waffen zu einem Mehr an Schutz und Stabilität bei? Wie wird ihre unkontrollierte Weitergabe verhindert? Was qualifiziert vertrauenswürdige Empfänger von Rüstungsgütern? Wie wird Missbrauch sanktioniert? Die Debatte über all diese zentralen Fragen sollte statt im geheim tagenden Bundessicherheitsrat transparent im Deutschen Bundestag geführt werden.

Ein Weg um die Unwägbarkeiten der gegenwärtig gültigen deutschen Exportgrundsätze zu reduzieren, könnte die Verabschiedung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes sein, das die Kriterien für Waffenexporte klarer definiert.<sup>29</sup> Ein derartiges Kriterium wäre etwa die Vorbedingung, Waffenlieferungen nur an Staaten zu gewähren, die den internationalen Waffenhandelsvertrag unterzeichnet haben und sich zudem am Waffenregister der Vereinten Nationen beteiligen.<sup>30</sup> Der Bundesregierung bietet sich die Gelegenheit, mit gutem Beispiel voranzuschreiten und eine demokratischen Standards verpflichtete, friedenspolitisch orientierte Rüstungsexportpolitik zu verfolgen. ■

☞ Jan-Thilo Klimisch ist Diplom-Politologe und als Berater für friedens- und entwicklungspolitische NGOs tätig („Lobby für die Guten“). Er gehört dem Sprecherinnenrat (Vorstand) des Netzwerkes „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung e.V.“ an.

<sup>29</sup> Vgl. Christian Mölling (2013), Für eine sicherheitspolitische Begründung deutscher Rüstungsexporte, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A66\\_mlg.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A66_mlg.pdf).

<sup>30</sup> Vgl. Simone Wisotzki (2013), Rüstungsexporte unter verschärfter Kontrolle?, Frankfurt a. M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), [http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/reports/2013\\_02.pdf](http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/reports/2013_02.pdf).

<sup>28</sup> Fn. 14, ebd., S. 22.

## Von selektiver Schutzverantwortung und GRÜNEN Atlantikern

von Ulrich Cremer



Foto: © peshkov - Fotolia.com

Im folgenden Beitrag sollen die außenpolitischen Debatten und Beschlüsse bei den GRÜNEN und auch die Konzepte der Heinrich-Böll-Stiftung der letzten Jahre betrachtet werden. Diese speisen sich natürlich aus den internationalen Entwicklungen der gleichen Zeit.

### NATO legt Perspektive „Nordpakt“ zu den Akten

In den 1990er Jahren hatten die westlichen Staaten noch die Kooperation mit Russland gesucht. Sogar eine russische Mitgliedschaft in der NATO war eine ernsthafte Perspektive, die z.B. vom US-amerikanischen Präsidenten Clinton angeboten wurde. Solch ein Beitritt wäre ein Kooperationsformat gewesen, bei dem der Westen (die NATO-Staaten unter Führung der USA) die Konditionen der Zusammenarbeit bestimmt hätten. Allerdings erschien eine NATO-Mitgliedschaft beiden Seiten damals als ein zu großer Schritt, so dass die Zusammenarbeit erst einmal in einer

„Grundakte“, einem Vertrag im Rahmen der NATO-Partnerschaft-für-den-Frieden sowie dem Gesprächsformat NATO-Russland-Rat Ausdruck fand. Die ersten NATO-Osterweiterungen, die in dieser Zeit konzipiert wurden, waren auf diese Weise gewissermaßen „flankiert“ worden. Am Ende hätte eine große NATO-Osterweiterung um Russland gestanden, die den Nordpakt in Form der NATO vollendet hätte.

Eine Juniorpartnerschaft und Unterordnung schien damals (den westlichen Führungen) ein durchaus adäquates Format zu sein, denn der neu formierte russische Staat war ökonomisch schwer angeschlagen, so dass westliche Konzerne immer weiter in die russische Wirtschaft eindringen konnten. Auch politisch waren die Möglichkeiten Russlands begrenzt: Hilflos musste die Jelzin-Regierung zusehen, wie die NATO 1999 Krieg gegen Jugoslawien führte und den Kosovo vom Rest des Landes abtrennte. Der Ausverkauf und Niedergang Russlands wurde unter

dem 2000 neu gewählten Präsidenten Putin gestoppt. Sukzessive berappelte sich die russische Wirtschaft. Auch politisch fasste das Land wieder Tritt. Hauptgrund dafür waren weniger das Regierungsgeschick des neuen Präsidenten als die dramatisch steigenden Öl- und Gaspreise, die Russland nun gigantische Staatseinnahmen verschafften. War in den 1990er Jahren der Ölpreis noch um 60 Prozent gefallen und hatte Russland so auf Krisenkurs geschickt, stieg er im darauffolgenden Jahrzehnt um über 800 Prozent (!). Statt 12 US-Dollar (1999) wurden 2007 über 90 US-Dollar pro Barrel gezahlt. Inzwischen haben sich die Preise auf einem Niveau über 100 US-Dollar stabilisiert – was ein guter Indikator für die Stärke Russlands im Jahr 2014 ist. Zumal der Preis durch die Kriege in Syrien und Irak weiter steigen könnte.

Vor diesem Hintergrund stieg der politische Preis für die Einbindung Russlands in eine westliche Formation seit 2000 kontinuierlich an. Konsequenterweise erwartete die Putin-Regierung angesichts der wiedergewonnenen Stabilität eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Man wollte die Regeln der Kooperation mitbestimmen. Insbesondere der von Russland von Beginn an unterstützte Afghanistan-Krieg der NATO führte zur Intensivierung der Zusammenarbeit. Die Perspektive eines Nordpakts stand weiterhin im Raum, zumal auf diese Weise der globale Abstieg bzw. Bedeutungsverlust des Westens kompensiert bzw. verlangsamt werden könnte.

Spätestens seit 2008 nahmen jedoch die Spannungen zu. Dabei taten sich Risse zwischen USA und EU auf. Insbesondere Deutschland, Frankreich und Italien setzten auf intensive Zusammenarbeit, halfen Russland bei der Modernisierung des Landes, während die USA immer mehr auf Konfrontationskurs gingen. Im August 2008 hatte Russland in dem kurzen Südossetienkrieg eine Aggression der damaligen georgischen Führung zur Eingliederung Südossetiens abgewehrt. Auch

Abchasien blieb dem georgischen Staatsverband weiter fern. Die Ukraine hatte sich seit 2004 unter Präsident Juschtschenko stärker dem Westen angenähert und politische große Anstrengungen zur Formierung eines ukrainischen Nationalstaats unternommen – mit den zugehörigen Denkmälern (vielfach für den Faschistenführer Bandera) und Narrativen: So wurde mit dem Holodomor eine nationalistische Deutung der Kulakenverfolgungen und der damit verbundenen Hungersnot in der Stalinära mit seinen Millionen Opfern unter verschiedenen Völkerschaften als ein gezielter Völkermord an UkrainerInnen vorgenommen. Während die US-Regierung auf die rasche Aufnahme Georgiens und auch der Ukraine in die NATO drängten, verhinderte die deutsche Regierung genau dies.

Zwar entzündete sich der aktuelle Ukraine-Konflikt an dem Assoziationsvertrag mit der EU. Doch auch die NATO reagierte und suspendierte nach der Eingliederung der Krim durch Russland die zivile und militärische Kooperation mit Russland. Außerdem wurde mit kleineren Truppenverlegungen gen Osten und Manövern Geschäftigkeit demonstriert. Auch wenn die Bereitschaft, in milliardenschwere militärische Infrastruktur gegen Russland zu investieren, in den NATO-Ländern nicht besteht, scheint das Tisch Tuch zerschnitten. Die Perspektive „Nordpakt“ hat sich für die NATO erledigt.

Wenn aktuell die Anhebung der Militärausgaben verlangt wird, bedeutet dies keineswegs, dass in die „alte NATO“ des Kalten Krieges (NATO 1.0) investiert werden soll. Denn seit 1991 ist die Neue NATO (NATO 2.0) formiert worden, die auf Interventionen außerhalb des NATO-Gebiets ausgerichtet ist. Statt Militärstrukturen, die gegen Russland gerichtet sind, hat man in moderne Interventionsstreitkräfte investiert und bereits erste entsprechende Kriege in Angriff genommen. Zur Erinnerung: Es stehen immer noch zehntausende NATO-Soldaten in Afghanistan.

Würde die NATO militärisch gegen Russland aufrüsten, stürzte sie sich in ein Dilemma: Sie würde Investitionen in militärische Projekte tätigen, die für Interventionen in Ländern des Südens größtenteils unbrauchbar wären. Ein Marinestützpunkt im lettischen Ventpils oder ein Luftwaffenstützpunkt im estnischen Ämari kann man für eine Intervention in Afrika nicht gebrauchen. Statt in die NATO 2.0 würde in die NATO 1.0 investiert! Insofern kann man prognostizieren: Die NATO wird es bei ein paar symbolischen Stationierungen an seiner Ostgrenze belassen und in die NATO 2.0 investieren, also Mittel, mit denen Kriege im Süden geführt werden können.

### GRÜNER Beschluss zu „Schutzverantwortung“

Und damit sind wir beim Thema Schutzverantwortung, mit dem in letzter Zeit derartige Kriege unterlegt werden. Auch die GRÜNE Partei fasste dazu im November 2012 einen BDK-Beschluss<sup>1</sup>, insbesondere vor dem Hintergrund der Kriege in Libyen und Syrien. Hierin wird eine Fortentwicklung des Völkerrechts verlangt: Bei „Blockade des Sicherheitsrats“ soll die Generalversammlung das Recht erhalten, friedens erzwingende Mandate nach Kapitel VII der UN-Charta zur Durchsetzung der Schutzverantwortung zu verhängen. So hätte man z.B. das Veto-Recht Russlands aushebeln können, um im Syrienkrieg eine Flugverbotszone zu verhängen oder andere militärische Maßnahmen gegen das Assad-Regime durchzuführen. Denn entsprechende Mehrheiten von über 60 Prozent hätten Westen und Arabische Liga für Syrien-Beschlüsse in der Generalversammlung hinter sich bringen können. Kritisiert wurde das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung im Sicherheitsrat: In der Libyen-Frage habe sich die schwarz-gelbe Regierung »ihrer Schutzverantwortung aus innenpolitischen

Erwägungen heraus entzogen«. Der Parteivorsitzende Özdemir kommt auch 2014 noch zu der Auffassung, »dass die Libyen-Intervention gerechtfertigt war«<sup>2</sup>. Deutschland hätte sich also an den Luftangriffen beteiligen sollen. Kritikwürdig wäre durchaus die Untätigkeit Westeres nach der Enthaltung, die eine hervorragende Basis für Vermittlungsbemühungen im Konflikt geboten hatte. Entsprechende Möglichkeiten aktiver deutscher Außenpolitik demonstriert in den letzten Monaten sein Nachfolger Steinmeier.

Mit dem Beschluss war eine ideologische Position bezogen, um bei den aktuellen Konflikten die Einmischung des Westens zu verlangen. Das zeigt ein Vergleich von Syrien- und Ukrainekrieg.

Im Falle Syriens wurde die Verbindung zur „Schutzverantwortung“ von prominenten GRÜNEN immer wieder hergestellt, z.B. von der damaligen Abgeordneten Kerstin Müller: »Die Schutzverantwortung gebietet, alles zu tun, um die Bevölkerung zu schützen. Dabei müssen erst alle zivilen Mittel ausgeschöpft werden.«<sup>3</sup> Erst der ehemalige Minister Fischer verlangte, über »die Bereitstellung von Waffen an die Opposition nachzudenken« (dpa 17.3.2013) Der damalige GRÜNE MdEP Cohn-Bendit formuliert es klarer: Die EU sollte Waffen an die Kräfte der syrischen Opposition liefern, die nicht dem islamistischen Fundamentalismus angehören. Auch eine Flugverbotszone solle eingerichtet werden.<sup>4</sup> Die Forderung nach Rüstungslieferungen an die Rebellen konterkariert natürlich die zahlreichen von den GRÜNEN gefassten Beschlüsse gegen Rüstungsexporte. Diese werden in einem „Schutzverantwortungskontext“ bei Einigen offenbar schnell zu Makulatur.

<sup>2</sup> <http://www.gruene-friedensinitiative.de/cms/libyen-gescheiterter-nachbarstaat-der-eu/>

<sup>3</sup> <http://www.fr-online.de/meinung/gastbeitrag-unsere-verantwortung-in-syrien,1472602,11769756.html>

<sup>4</sup> siehe: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Cohn-Bendit-bei-der-Fruehlingslese-Westerwelle-ist-ein-Billig-Pazifist-964623247>

<sup>1</sup> [https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Beschluesse/Aussenpolitik-Schutzverantwortung-Beschluss-BDK-11-2012.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Aussenpolitik-Schutzverantwortung-Beschluss-BDK-11-2012.pdf)

Wenn die Kiewer Zentralregierung in der Ukraine andererseits in einem „Anti-Terror-Einsatz“ gegen die „Terroristen“ in der Ostukrainische Wohngebiete mit Luftwaffe und Artillerie beschießen lässt und das sogar von der UN moniert wird<sup>5</sup>, fordert keine GRÜNE Stimme eine „Flugverbotszone“. Eine Schutzverantwortung gegenüber der separatistisch eingestellten Bevölkerung dort scheint nicht zu existieren. Insofern handelt es sich in der Auslegung letztlich um ein selektives Konzept. Schutzverantwortung besteht offensichtlich nur dann, wenn die Opfer auf der „richtigen“ Seite stehen, also dem eigenen Machtblock nützlich sind.

### Unappetitliche Bündnispartner

Bei denjenigen, die politisch in einem Konflikt unterstützt werden, wird im Falle eines unappetitlichen Bündnispartnerseins Auge zugedrückt. Es wird kein menschenrechtliches „Gütesiegel“ vergeben, das etwa die Zusammenarbeit der Freien Syrischen Armee mit islamistischen Gruppen oder die Teilnahme völkischer Gruppen auf dem Maidan und an der Kiewer Regierung geißelt. Insofern sucht man auch einen GRÜNEN Beschluss, der den Rauswurf der rechtsradikalen Minister aus der Kiewer Regierung verlangt, seit Februar vergeblich. In Bezug auf Syrien verlangte niemand die Abgrenzung der Opposition zu so genannten „moderaten“ Islamisten, die offenbar für den Sturz Assads für erforderlich gehalten wurden.

### Die GRÜNEN „Atlantiker“

Die GRÜNEN Wortführer in der Ukraine-Politik wie Beck, Fücks, Harms, Nouripour und Sarrazin begreifen die Situation als weltpolitischen Konflikt, der neue geopolitische Weichenstellungen erfordert, zufällig genau die, die auch die US-Politik vornimmt: Während die Bundesregierung oder auch Jürgen

Trittin zu Besonnenheit mahnen und den NATO- oder EU-Beitritt der Ukraine nicht auf der Agenda sehen, fordern die GRÜNEN „Atlantiker“ eine EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine und gehen damit über das Assoziationsabkommen hinaus. Sie propagieren die Energieautarkie der EU. Natürlich setzen sie nicht auf Fracking-Gas-Importe oder Fracking in Europa, sondern sie wenden die Energiewende geopolitisch. Sie sei notwendig, um die Abhängigkeit von Russland zu beseitigen. Die wirtschaftliche Isolierung Russlands soll dabei mit einer allgemeinen unilateralen Sanktionsorgie flankiert werden. Der EU wurde Zögerlichkeit vorgeworfen und (von Rebecca Harms) die Frage gestellt, »was eigentlich noch passieren muss, damit Stufe drei der Sanktionen kommt.«<sup>6</sup> Das war eigentlich nichts Anderes als der Ruf nach einem Wirtschaftskrieg, den die EU inzwischen tatsächlich in Angriff nimmt.

Solche Forderungen haben im Übrigen keinen Bezug zu den GRÜNEN Konzepten für eine Effektivierung und Humanisierung von Sanktionen, die auf Sanktionen, die auf UN-Ebene beschlossen wurden, beruhen und die Forderung nach der Einrichtung eines UN-Sanktionshilfefonds beinhalten.<sup>7</sup>

Inwieweit die Isolierung Russlands angesichts der historisch hohen Preise für Öl bzw. Gas und daraus resultierenden Einnahmen realpolitisch überhaupt funktionieren kann, ist zweifelhaft. Das weiß auch die FAZ: »Wer eine Staatsverschuldung von nur 13 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) und Devisenreserven von mehr als 470 Milliarden Dollar verwaltet sowie mit einer von staatlich kontrollierten Konzernen dominierten Branche die zweitgrößten Erdgasreserven und die acht-

6 <http://www.gruene.de/partei/die-uneinigkeit-der-eu-macht-putin-stark.html>

7 Vergleiche hierzu den Beschluss der GRÜNEN BAG Frieden von 2014: [http://gruene-frieden.de/userspace/BV/bag\\_frieden/Dokumente/Beschluesse/140416\\_BAG\\_Frieden\\_Beschluss\\_Sanktionen.pdf](http://gruene-frieden.de/userspace/BV/bag_frieden/Dokumente/Beschluesse/140416_BAG_Frieden_Beschluss_Sanktionen.pdf)

5 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-unbericht-100.html>

größten Erdölvorkommen der Erde abbauen lässt, der hat einen langen Atem.«<sup>8</sup>

Der verlangte Konfrontationskurs, der von Fücks verniedlichend mit »Kombination von begrenztem Konflikt und begrenzter Kooperation«<sup>9</sup> beschrieben wird, erfährt eine geradezu missionarische Begründung. MdB Marie-Luise Beck sieht in Europa ein rechtspopulistisches Bündnis unter Führung Putins heraufziehen: »Kaum zu glauben, aber das Russland Putins ist heute das Idol aller Rechtspopulisten und Nationalisten in Europa... Das einigende Band zwischen Putin und den Rechten ist der ethnische Nationalismus und die Abwehr von allem, was sie als „westliche Dekadenz“ bezeichnen: Feminismus, die Gleichstellung von Homosexuellen, eine liberale, pluralistische und multikulturelle Gesellschaft... In dieses Gebräu gehört auch die generelle Ablehnung des „westlich-dekadenten“ Europa und der USA.«<sup>10</sup> Insofern würde in der Ukraine die westliche Zivilisation gegen Putin verteidigt. Den Konflikt begonen haben natürlich „die Anderen“: »Es ist die russische Machtelite um Präsident Putin, die den Weg der Demokratie und der Partnerschaft mit der EU aufgegeben hat.«<sup>11</sup>

Vor diesem Hintergrund ist die Beendigung politischer Projekte und Partnerschaften mit Russland das Gebot der Stunde (Fücks: »Das Konzept der „Modernisierungspartnerschaft“ ist passé.«<sup>12</sup>). Die absehbare Folge ist die Hinwendung Russlands nach Asien, die Anlehnung an China, wie sie bereits in dem unlängst unterzeichneten Vertrag für eine Gaspipeline zum Ausdruck kam. Geopolitisch ist das beileibe kein großer Wurf, sondern ein klassisches Eigentor, das die westlichen Mög-

lichkeiten in den nächsten Jahrzehnten einschränken wird.

Dass die „Atlantiker“ den GRÜNEN Diskurs aktuell dominieren, ist auch der Tatsache geschuldet, dass im Gegensatz zur Sozialdemokratie bei den GRÜNEN keine relevante Traditionslinie existiert, die auf dem Gedanken „gemeinsamer Sicherheit“ aus den 1980er Jahren aufbaut. Auf heute angewendet, ginge es sonst um zweierlei: Erstens kann weiterhin militärische Sicherheit nicht gegen Russland, sondern nur mit Russland erreicht werden. Zweitens sollte man auch Energiesicherheit nicht gegen, sondern mit Russland organisieren. Die Erkenntnis, dass wirtschaftliche Verflechtungen konfliktmindernd wirken können, ist zwar nicht neu, aber doch hochaktuell. Man stelle sich einmal vor, es würde heute keine relevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen EU und Russland geben. Viel schneller würde der Ukraine-Konflikt auf die militärische Ebene eskalieren. Die Folgen wollen wir uns besser nicht ausmalen. ■

8 Triebe, Benjamin: Putin kann sich noch viele Scharmützel leisten, in: FAZ 23.4.2014

9 <http://www.boell.de/de/2014/06/23/raus-aus-der-komfortzone-deutschland-auf-dem-weg-zu-mehr-internationaler-verantwortung>

10 <http://marieluisebeck.de/artikel/24-07-2014/sommerbrief-belarus-ukraine-nationalismus-us-geheimdienste>

11 <http://www.boell.de/de/2014/06/23/raus-aus-der-komfortzone-deutschland-auf-dem-weg-zu-mehr-internationaler-verantwortung>

12 Ebenda

↳ Ulrich Cremer ist ehemaliger Sprecher der BAG Frieden bei den GRÜNEN, Mitbegründer der GRÜNEN FRIEDENSINITIATIVE und Autor des Buches „Neue NATO: die ersten Jahre.“

## Negativzinspolitik der EZB und Finanzrepression – das Ende des Kapitalismus?

von Arne Heise



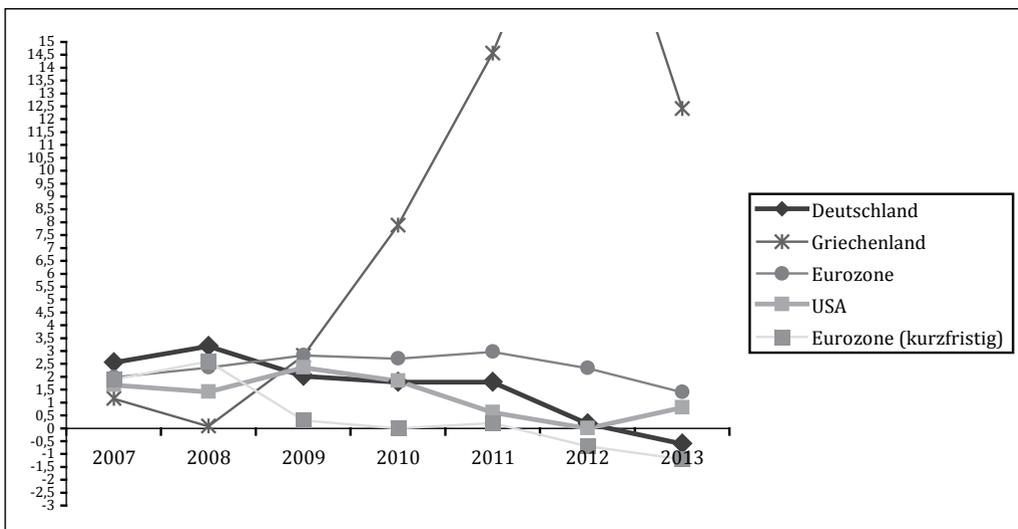
Die Bekämpfung der Weltfinanzkrise nach 2008 hat weltweit die öffentlichen Haushalte schwer belastet: Konjunkturprogramme, Bankenstützungspakete und steigende Sozialkosten im Zuge teilweise stark ansteigender Arbeitslosigkeit auf der Ausgabenseite und sinkende Steuereinnahmen in der konjunkturellen Abschwungphase, die in einigen Ländern weiterhin andauert, haben die jährlichen Defizite ebenso wie die Schuldenstände in der EU stark anwachsen lassen.

Die Schuldenstände sind nicht nur problematisch, weil sie einige Länder an den Rand der Illiquidität, vielleicht gar der Insolvenz gebracht haben. Die steigende Zinslast beschneidet auch die Handlungsspielräume der Regierungen. Beides muss die öffentlichen Haushälter bekümmern und nach Auswegen

suchen lassen: Da Austeritätsprogramme ebenso wie Steuererhöhungen mit hohen politischen Kosten verbunden sind, liegt es so nahe, sich weniger transparenter und deshalb politisch opportuner Instrumente zu bedienen: Typischerweise wird hier die Inflationssteuer ins Spiel gebracht oder, neuerdings, die „Finanzrepression“: Zentralbanken senken den Nominalzins auf ein Niveau unterhalb der Inflationsrate und generieren so negative Realzinsen.

Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass sich gegenwärtig die Finanzminister einiger Staaten über sehr niedrige und teilweise sogar negative Realzinsen auf ihre Staatsanleihen freuen können (Abb. 1). Doch muss dafür das Konstrukt der „Finanzrepression“ bemüht werden oder reicht der Verweis auf

**Abbildung 1: Realzinsen auf zehnjährige Staatsanleihen in ausgewählten Ländern und kurzfristige Realzinsen in der Eurozone**



Quelle: Ameco-Datenbank

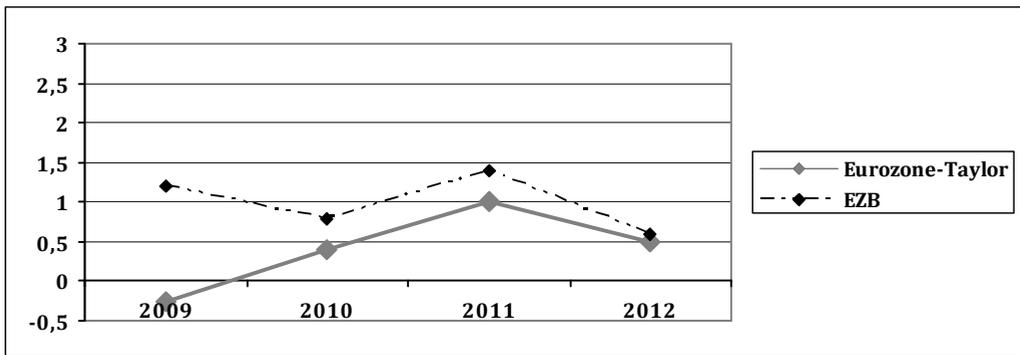
die expansive geldpolitische Ausrichtung fast aller Notenbanken in der OECD angesichts einer rezessiven Konjunkturphase und den „Safe-Haven“-Effekt in einem Umfeld hoher Risiken und zunehmender Unsicherheit über die realwirtschaftliche und finanzielle Stabilität der Weltwirtschaft und des Weltfinanzsystems aus?

Wählt man beispielsweise den so genannten „Taylor-Zins“ als Maßstab für adäquates geldpolitisches Verhalten, so kann die gegenwärtige Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zumindest dann nicht als übertrieben expansiv kritisiert werden, wenn ein „Inflation Targeting“ auf postkeynesianischer Grundlage mit einem langfristigen Realzins von Null akzeptiert wird (vg. Abb. 2).

gen („parken“), werden hierfür mit einer Art „Gebühr“ belegt. In diesem Schritt sieht ein bekannter Ökonom, Thomas Straubhaar, bereits das „Ende des Kapitalismus“ begründet – abgeschafft nicht von Revolutionären, sondern von der EZB! Als Grund für seine steile These führt Straubhaar an, der Zins sei der Ausdruck für die Innovationskraft des Kapitalismus, ein negativer Zins dokumentiere das Ende des Glaubens an die Kraft und das Wachstum des Kapitalismus und nutze nur einem Verschuldungswahn.

In erster Linie ist Straubhaars These wohl Ausdruck seines geringen Verständnisses monetärer Ökonomik: Die EZB hat nicht etwa die Refinanzierungszinsen, die die Kreditzinsen auf den Finanzmärkten mitbestim-

**Abbildung 2: Geldpolitische Orientierung der EZB**



**Anmerkungen:** Taylor-Zins berechnet nach der üblichen Formel  $i_t = i_r + \pi + \frac{1}{2}(\text{output gap}) + \frac{1}{2}(\text{inflation gap})$ ; mit  $i_r$  = langfristiger Realzins = 0%,  $\pi$  = tolerierte Inflationsrate = 2 Prozent; EZB = 3-Monats-Interbanken-Zinssatz.

Quelle: Ameco-Datenbank

Nun aber hat die Europäische Zentralbank (EZB) einen wahrlich einmaligen Schritt gewagt: Sie hat nicht nur den nominalen Wert ihres Refinanzierungssatzes so niedrig gesetzt, dass zumindest der kurzfristige Realzins der Eurozone negativ geworden ist, sondern sie hat den nominalen Zins auf ihre Einlagefazilität negativ gestaltet, d.h. Geschäftsbanken, die kurzfristig Geld bei der EZB anle-

men, sondern den Einlagezinssatz negativ gestaltet. Anders als Geschäftsbanken, die Einlagen (Depositen) für ihr Kreditgeschäft (Giralgeldschöpfung) benötigen, benötigt eine Zentralbank wie die EZB keine Einlagen. Einlagen sind allenfalls ein Steuerungsinstrument (Mindestreserve) der Geldmenge. Gegenwärtig sieht sich die EZB aber nicht mit dem Problem konfrontiert, durch Mindestre-

serveverpflichtung die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken bremsen zu müssen. Vielmehr geht es darum, die Liquidität des Finanzmarktes durch die Bereitschaft der Banken zur gegenseitigen Kreditvergabe (Interbankengeschäft) zu erhöhen, ein weiteres Abdriften in deflationäre Preisentwicklungen zu verhindern und die Kreditvergabe an produktive Investoren zu erhöhen. Der negative Einlagezinssatz soll einerseits die Bereitschaft erhöhen, den Interbankenmarkt zu beleben und andererseits die Kreditvergabebereitschaft des Bankensektors gegenüber dem Publikum erhöhen. Der Kapitalismus soll also nicht abgeschafft, sondern wieder in Gang gesetzt werden.

Allerdings darf man tatsächlich Zweifel daran hegen, dass eine Negativzinspolitik die gewünschten Effekte haben wird: Einerseits dürfte eine minimale Gebühr – der Zinssatz der Einlagefazilität liegt gegenwärtig bei -0,1 Prozent – kaum ernsthaft dazu beitragen, den Interbankenmarkt zu beleben, wenn weiterhin großes gegenseitiges Misstrauen herrscht. Andererseits wird die so erhobene Gebühr natürlich über den Kreditzins an die Kreditkunden der Banken weitergegeben. Schließlich könnte ein negativer Einlagezinssatz dazu führen, dass die Banken ihre Mindestreserveverpflichtung durch weitere Einschränkung der Kreditvergabe (für die Mindestreserve gehalten werden muss) minimieren. Aufgrund des geringen Zinssatzes und der geringen Mindestreserveverpflichtung der EZB dürfte dieser Effekt allerdings auch nicht sehr stark sein.

Bleibt zu fragen, ob der negative Einlagenzinssatz der EZB die Kapitalbildung unterminiert, wie es häufig gemutmaßt wird. Da Geschäftsbanken auf Einlagen angewiesen sind, ist ein negativer (nomineller) Einlagezinssatz auf Depositen (also z.B. Giro- oder Sparkonten) nicht zu erwarten, der kurzfristige, reale Depositenzinssatz ist allerdings bereits heute negativ. Aus Sicht des Kleinsparers ist

dies sicher beklagenswert, allerdings wahrscheinlich auch nur von vorübergehender Dauer. Es hat bislang nicht den Anschein, als wenn die Sparneigung dadurch wesentlich in Mitleidenschaft gezogen worden wäre. Die gesamtwirtschaftliche Ersparnis als rechnerischer Gegenpart zur Vermögensbildung ergibt sich ohnehin als endogene Größe aus dem Wirtschaftsgeschehen. Eine erhöhte Konsumneigung (als Gegenpart zu einer ggf. sinkenden Sparneigung) könnte sogar zur Erhöhung der Vermögensbildung beitragen. Und genau darum geht es im Kapitalismus: Durch Verschuldungsbereitschaft (Investitionsstätigkeit) zur Vermögensbildung beizutragen. Unser gegenwärtiges Problem ist keine zu große, sondern eher zu geringe Verschuldungsbereitschaft für produktive Zwecke. ■

---

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

## Die aktuelle Zahl

# 100

von Ernesto Harder

### Der Erste Weltkrieg

**100** Jahre ist es her, dass am 28. Juli 1914 das Attentat von Sarajevo auf den Thronfolger von Österreich-Ungarn durch einen serbischen Nationalisten den Beginn des Ersten Weltkriegs markierte. Niemand hätte zu diesem Zeitpunkt geahnt, dass mit der Ermordung von Erzherzog Franz Ferdinand ein Krieg begann, der die ganze Welt in seinen Sog nahm, der über vier Jahre andauerte und erst mit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 endete. Das Deutsche Reich sah sich in seiner Nibelungentreue in der Pflicht, Österreich-Ungarn zur Seite zu stehen, was die Juli-Krise um das Attentat erst zu einem internationalen Konflikt, und schließlich zu einem Weltkrieg eskalieren ließ. Blickt man auf die Rolle Deutschlands im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, so wird gerne auf das militaristische und nationalistische Kaiserreich hingewiesen, das Heerscharen junger Männer dazu brachte, sich voller Euphorie freiwillig für den Fronteinsatz zu melden. Dies war auch zutreffend. Allerdings gerät darüber zu leicht in Vergessenheit, dass auch viele junge deutsche Männer für den Fronteinsatz gegen ihren Willen eingezogen wurden insbesondere aus der Arbeiterklasse. Unabhängig davon ob diese jungen Soldaten sich freiwillig gemeldet hatten oder eingezogen wurden und unabhängig davon, woher sie kamen, es war eine Generation, „die vom Krieg zerstört wurde – auch wenn sie seinen Granaten entkam“, wie Remarque es beschrieb (Erich Maria Remarque: Im Westen nichts Neues.)

Zerstörend wirkte dieser Krieg auf die gesamte Generation vor allem durch die neuen Waffentechnologien, die in diesem Krieg massenhaft zum Einsatz kamen: Giftgas, Panzer, Flugzeuge und Maschinengewehre, die an den verschiedenen Fronten des Krieges Massen-

sterben verursachten. Wie sinnlos dieses Sterben war, wurde vor allem an den Stellungskriegen deutlich. In den Gräben von Verdun wurden in wenigen Monaten über 700.000 Menschen getötet oder verletzt. Den Ausgang des Krieges hat das nicht beeinflusst – weder die eine noch die andere Seite hat dadurch irgendein militärisches Ziel erreichen können. Insgesamt starben im Ersten Weltkrieg etwa 17 Millionen Menschen.

Welche Lehren können wir aus diesen Leiden heute ziehen? Auch wenn sich Geschichte nicht wiederholt, so ist doch der Erste Weltkrieg eine Ermahnung, dass Krieg keine Option sein darf. Die Erinnerung an ihn macht deutlich, dass auch aus scheinbar kleinen Konflikten weltweites Leid erwachsen kann, das niemand kontrolliert. Gerade in der heutigen Zeit mit Konflikten im Nahen Osten und in der Ukraine sollte uns das motivieren, zu helfen, die bewaffneten Konflikte diplomatisch zu lösen.

Und gerade uns Deutsche sollte die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg eine Ermahnung sein, auch wegen der Verantwortung, die wir in Bezug auf den von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg zu tragen haben. Aber wie passen da Äußerungen unseres Bundespräsidenten, der größere Bereitschaft zu Militäreinsätzen fordert und unserer Verteidigungsministerin, die Deutschland in der Pflicht sieht, mehr militärische Verantwortung zu tragen in das Jahr 2014 genau 100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges? Zur Antwort nochmal Remarque: „Weißt du, weshalb immer noch Krieg ist? Weil diejenigen, die ihn angefangen haben, nie gesehen haben, was Krieg eigentlich ist.“ ■

↳ Dr. Ernesto Harder ist Politikwissenschaftler und lebt in Bonn.

## Crossover

*Soll eine sozial-ökologische Kräftekonstellation im Jahr 2017 keine Wunschvorstellung bleiben, muss sie durch intensive Debatten zwischen den linken Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen vorbereitet werden. Aus Sicht der SPD-Linken hat der Öffnungsbeschluss von Leipzig Möglichkeiten für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit auf Bundesebene eröffnet, die vorher SPD-intern blockiert waren. Andererseits erschwert die Einbindung der Partei in die große Koalition zugleich die langfristige und glaubwürdige Suche nach neuen Bündnissen. Es gilt, nicht nur auf bekannte Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu verweisen, sondern Brücken über die unterschiedlichen programmatischen Ansätze*

*und Vertrauen zwischen den Akteuren zu bilden. Wird dieser Prozess allein machttaktisch und nicht als politisches Projekt verstanden, entsteht weder unter den beteiligten Akteuren noch in den jeweiligen Wählerklientelen Vertrauen. Mit der neuen Artikelserie crossover versucht spw, die diskursiven Schnittmengen zwischen progressiven Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu vergrößern und gemeinsame politische Gestaltungsperspektiven zu entwickeln. In dieser Ausgabe kommen Susanne Hennig-Wellsow, Thüringer Landesvorsitzende der Partei Die Linke, sowie Tom Strohschneider, Chefredakteur der Zeitung „neues Deutschland“, zu Wort.* ■

## Kratzer im halbvollen Glas

**Die Gründe für praktisch wirksamen Linksreformismus sind brennend aktuell. Doch der Stand der rot-rot-grünen Beziehungen macht skeptisch**

von Tom Strohschneider

Ob man ein Glas als halb voll oder als halb leer betrachtet, hängt meist von der Perspektive ab, aus der geblickt wird.

Wer zum Beispiel einen Politikwechsel, der diesen Namen auch verdient, für eine Angelegenheit hält, die unter einem bundespolitischen Bündnis aus SPD, Linkspartei und Grünen ins Werk gesetzt werden könnte, wird auf die laufenden Debatten und Treffen von Vertretern der drei Parteien verweisen – und von einem halb vollen Glas sprechen: Es gibt viele Schwierigkeiten – Außenpolitik! Schuldenbremse! – aber auch einen hinreichenden Vorrat an gemeinsamen Zielen und Vorstellungen.

Wer aber gegen eine rot-rot-grüne Koalition ist, wofür es Gründe gibt, die sich links oder rechts dieser Option positionieren können, findet in der öffentlichen Debatte ausreichend Belege, um das Glas als halbleer zu beschrei-

ben – oder sogar als zersprungen, als mutwillig ausgeschüttet, als eine Illusion.

Es gibt in diesen Wochen in der Tat eher Anlass zur Skepsis, wenn die Frage aufgeworfen wird, ob 2017 eine parlamentarische Mehrheit links der Union aus SPD, Grünen und Linken praktisch wirksam werden könnte. Es hat sich in der (medialen) Diskussion über ein bundespolitisches Rot-Rot-Grün, so könnte man es sagen, eine Art negativer Gleichgewichtszustand eingestellt. In diesem stoßen erwartbare Vorhaltungen aus der einen Ecke auf erwartbare Reaktionen aus der anderen Ecke – und zwischendrin durchbricht einmal die freundliche Mahnung das Reiz-Reaktions-Schema, es gehe doch um viel zu Wichtiges, da sei kurzfristiges parteipolitisches Taktieren fehl am Platz.

Jedes Plädoyer, über den parteipolitischen Rahmen hinauszudenken und vor allem die



Foto: © B. Wylezich - Fotolia.com

inhaltlichen Bestimmungsmomente ins Visier zu nehmen, ist dabei so richtig, wie die Enttäuschung der handelnden Personen über Akteure in den jeweils anderen Parteien immer größer zu werden scheint.

Ist das zu pessimistisch betrachtet? Zumindest nicht für den Zeitungsleser. Gern laufen führende Vertreter von SPD, Grünen und Linkspartei in den ausgelatschten Trampelpfaden eines politisch-medialen Betriebs im Kreis herum, der genau das zum Stoff der kommenden Schlagzeile machen kann und will. Die Unterkomplexität aktueller Berichterstattung ist dabei aber keineswegs nur „die Schuld“ von Medien, die sich der Logik der Warenförmigkeit von Neuigkeiten zu gern unterwerfen und also auch dann News produzieren müssen, wenn diese nicht mehr als die variante Wiederholung des Immergleichen sind.

Es wird von politischer Seite zudem diszipliniert über alle hingehaltenen Stöckchen gesprochen – und sei es aus Rücksicht auf innerparteiliche oder parteigoistische Überlegungen.

Etwa wenn der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Toni Hofreiter, in einem Interview auf die Frage zur Oppositionsarbeit seiner Partei mit einer Breitseite auf jene der Linken antwortet, dabei von der Formenkritik (Grad der Empörungsrhetorik) auf bizarre inhaltliche Unter-

stellungen (Verelendungstheorie) kommt, um schließlich zu erklären, weil unter anderem die Grünen sich auf die Linkspartei zubewegt hätten, seien nun „auch die Angriffe der Linken auf uns so heftig“.

Da wird dann mit Pathologisierungen nicht gespart – und in der nächsten Runde mit gleicher Münze heimgezahlt. In diesem Falle von Linksfraktionsvize Klaus Ernst, der Hofreiter attestierte, „einfach nur noch wirr“ zu sein beziehungsweise „Schwachsinn“ zu behaupten und überhaupt „ein Irrlicht“ darzustellen. Dass hier als Beispiel ein Grüner und ein Linker genannt sind, darf keineswegs so verstanden werden, dass Sozialdemokraten vor derlei Gebaren gefeit sind. Fortsetzung folgt mit Sicherheit – und mit Sicherheit ist dann auch wieder jemand von der SPD dabei.

Es ist ein Dilemma: So „normal“ diese Form der „parteilpolitischen Auseinandersetzung“ für den Parlamentsbetrieb und seine Konkurrenz- sowie Institutionenlogik ist, so wenig scheint sie den gesellschaftlichen Herausforderungen angemessen. Dies gilt für die Arbeit der großen Koalition zwar auch – abgesehen vom Mindestlohn ist kein „Reformprojekt“ erkennbar, das entsprechendes Gewicht auf die Waage bringt. Stattdessen werden Debatten wie jene über die Maut oder die Kalte Progression zu Großkonflikten aufgebauscht. Aber die große Koalition,

die im Lichte der realen Wählerzahlen gar keine ist, lässt sich nicht als Maßstab dulden. Sie ist die parlamentarische Not-Form einer blockierten Gesellschaft.

Nötig sind weiterhin: sozial-ökologischer Umbau der Industriegesellschaft, neuer planetarer Ausgleich zwischen Rohstoff- und Ökosystembesitzern auf der einen sowie industriellen Produzenten auf der anderen Seite; Neuverteilung der bezahlten Erwerbsarbeit und der unbezahlten Reproduktionsarbeit sowie der Einkommen; Entfesselung anderer gesellschaftlicher Innovationsmechanismen als denen der privaten Warenproduktion, radikale Erneuerung der Demokratie in Gesellschaft und Betrieb. Und noch viel mehr. Der Bedarf an Reformen ist „groß und geht über Maßnahmen zur Bewältigung allein der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise weit hinaus. Mehr noch, er geht über die Krisensituation selbst hinaus, denn auch das, was als normal gilt, ist in vielerlei Hinsicht reformbedürftig“, so hat es Alex Demrovic einmal formuliert.

In der Frage der Dringlichkeit tiefgreifender Veränderungen könnte sich die politische und soziale Linke bis hinein in die SPD wohl im Grunde einig werden. Deutliche Unterschiede gibt es natürlich: in der Theorie, in der Analyse, bei der Wahl der Mittel, in der Rhetorik. Deshalb wird man eine Strategie der Veränderung verfolgen müssen, die Kooperation zwischen Parteien unter den Bedingungen komplexer Interessenlagen, starker Machtgruppen und parlamentarischer Mechaniken zu praktizieren im Stande ist. Zugleich braucht es ein Wechselspiel mit nicht parteiförmigen und parlamentarischen Bewegungen; muss die Langfristigkeit von herrschenden, das heißt auch in uns selbst eingeschriebenen Diskursen, Wertvorstellungen usw. berücksichtigt, müssen neue Formen praktizierter Gegen-Politik erprobt – und ausgehalten werden.

Natürlich: Wie sich die Diskussion in den kommenden Jahren entwickeln wird, ist kaum

abzusehen. Schon die Landtagswahlen im Osten im Spätsommer dieses Jahres könnten zu ganz anderen Bedingungen führen – so oder so. Und was noch an Herausforderungen auf die Tagesordnung rückt, macht keine Glaskugel sichtbar. Die Diskussion wird dennoch weitergehen, es wäre wünschenswert, sie schöpfe dabei manchmal stärker als bisher aus den bereits gemachten Erfahrungen.

**Erstens** Nötig scheint immer wieder eine ehrliche Bestandsaufnahme darüber, was unter dem Rubrum „Crossover“ läuft, wie gut die begonnene Vernetzung tatsächlich funktioniert, welche reale gesellschaftliche Wirkung entfaltet wird. Dazu gehört auch zu sagen, was Crossover nicht ist, wo es seine Begrenzungen hat. Es gibt nicht „den“ Crossover, sondern viele, teils sehr unterschiedliche, teils sogar konkurrierende Ansätze. Zwischen sowie innerhalb der Parteien gibt es tiefe Widersprüche – diese gehören politisiert, weil sie auch in der Zukunft nicht verschwinden, sondern bearbeitet werden müssen. Wie steht es denn tatsächlich um die Transformationslinie in den drei Parteien und jenseits davon in Gewerkschaften, Kultur, Wissenschaft? Darüber nachzudenken erscheint sinnvoller, als immer mal wieder einen „völlig neuen Crossover“ auszurufen, der doch nur darauf hinausläuft, die gegenwärtigen Probleme auf anderer Stufe zu reproduzieren.

**Zweitens** sei davor gewarnt, die Diskussion so zu führen, als sei Rot-Rot-Grün bereits ein Anliegen einer Mehrheit der Gesellschaft. Die bloße Addition von Umfragemehrheiten über Forderungen, Werte oder Parteineigungen macht noch keinen politischen Frühling. Horst Kahrs hat darauf hingewiesen, dass Rot-Rot-Grün derzeit vor allem „eine Spielmarke des politisch-medialen Betriebs“ ist. Anders gesagt: Für die Mehrheit in der SPD ist die Dreierkonstellation eine nachrangige machtpolitische Variante, für die Journalisten ein mehr oder weniger schlagzeilenträchtiges Thema, für die Linkspartei ein Schwungrad innerparteilicher Aushandlungsprozesse, für die Grünen eine Hintertür, durch

die man gehen könnte, wenn die internen Kur-  
causeinandersetzungen dies möglich machen  
– oder es mit der Union doch nicht klappt.

**Drittens** wird man wohl noch stärker als bis-  
her nach den Gründen dafür suchen müssen,  
wie es bei den Bundestagswahlen 2013 dazu  
kommen konnte, dass die drei Parteien links  
von der Union ihr historisch schwächstes Ge-  
samtergebnis ablieferten und die „außerpar-  
lamentarische Opposition“ nicht nur groß ist,  
sondern parteipolitisch eher rechts steht. Eine  
realistische Einschätzung der gesellschaftlichen  
Kräfteverhältnisse wird Voraussetzungen und  
Widerstände einer linksreformerischen Wende  
kenntlicher machen: von der sozial gespaltenen  
Demokratie, in der jene, die von einer anderen  
Politik mit am ehesten profitieren könnten, gar  
nicht zur Wahl gehen, bis zum widersprüch-  
lichen Krisenbewusstsein, das die Vorzüge auf  
der prekären „Stabilitätsinsel“ Bundesrepublik,  
so sehr diese selbst Grund für soziale und struk-  
turelle Verwerfungen anderswo in Europa und  
an den gesellschaftlichen Rändern hierzulande  
sind, den Unwägbarkeiten einer grundlegenden  
politischen Veränderung vorzieht.

**Viertens** wird zu überlegen sein, wie man  
Crossover aus der Isolation der Hinterzimmer  
und Bescheidwissernetzwerke hinausbekommt,  
also die Debatten vertieft und verallgemeinert –  
oder: wie man aus der „politisch-medialen Spiel-  
marke“ einen gesamtgesellschaftlichen Einsatz  
macht. Podiumsrunden über die Ukraine-Politik  
sind so wichtig wie Sommerakademien und  
Gespräche zwischen Parteienvertretern zur Bil-  
dung von Vertrauen. Aber um eine gesellschaft-  
lich wirksame Dimension zu erreichen, braucht  
Crossover weit mehr, wird es ohne einen Sprung  
von „Rot-Rot-Grün an sich“ zu „Rot-Rot-Grün für  
sich“ kaum gelingen, aus einer Parteienkonstel-  
lation eine linksreformerische Veränderungs-  
perspektive zu entwickeln. Crossover wird da-  
bei mehr über Diskurspolitik und etwas reden  
müssen, das man Gegen-Lobbyismus nennen  
könnte. Hans-Jürgen Urban hat dazu unlängst  
einen Anstoß gegeben, der den Gewerkschaften

die Rolle „eines politischen Sponsors des mosai-  
klinken Unternehmens“ zuweist.

**Fünftens** scheint mehr „dialektische Gelas-  
senheit“ nötig, eine Haltung, die die existie-  
renden Widersprüche zwischen den Crossover-  
Akteuren in Programm, Herkunft, Strategie etc.  
nicht als Hindernis, sondern als notwendiges  
Fundament von Vielfalt begreift. Solange Partei-  
akteure die Debatte aber im Modus der gegen-  
seitigen Disziplinierung führen, die vom jeweils  
anderen verlangt, genauso zu werden wie man  
selbst schon ist, wird dies weder die Bereitschaft  
zur selbstkritischen Preisgabe eigener Fehlposi-  
tionen wachsen lassen noch entspricht es der  
Komplexität der gesellschaftlichen Austausch-  
beziehungen, Milieus und Fragestellungen.

**Sechstens** wäre es wünschenswert, wenn  
Crossover – bisher trotz einiger landespoli-  
tischer Regierungsprojekte vor allem eine Er-  
scheinungsform der Bundespolitik – auf die  
kommunalpolitischen Tausendfüße gestellt  
würde. Vielerorts gibt es in den Städten und  
Gemeinden Erfahrungen der Kooperation auch  
über das Parteienspektrum hinaus, zu wenig ist  
darüber bekannt, obwohl die Menschen vor Ort  
viel direkter jeweilige Antworten auf die ent-  
scheidende Frage finden könnten: Was würde  
mir denn Rot-Rot-Grün bringen?

Warum es weiterhin notwendig ist, das The-  
ma nicht parteipolitischer Konfliktdynamik bei  
den Akteuren und wachsendem Fatalismus bei  
den Zuschauern zu überlassen, muss hier nicht  
lang und breit ausgeführt werden. Die Gründe  
für die Idee, politische Kräfte links der Union zu  
einer vorübergehenden Kooperation auf Bun-  
desebene zusammenzubringen, sind so aktuell  
wie bei den ersten Crossover-Bemühungen in  
den 1990er Jahren: Es hat sich zwar einiges ge-  
ändert in der Welt, aber in dem notwendigen  
Sinne „verändert“ hat sie sich nicht. ■

⇒ Tom Strohschneider, Jahrgang 1974, ist Chefredakteur der Tageszei-  
tung „neues deutschland“. Von ihm erschien zuletzt: „Linke Mehrheit“  
Eine Flugschrift über Rot-Rot-Grün, politische Bündnisse und Hegemonie  
bei VSA: Hamburg.

## Anfangen!

von Susanne Hennig-Wellsow

Nach der Bundestagswahl 2013 ist wieder Leben in die Debatte um rot-rot-grüne Bündnisse gekommen. Von manchen Wortgewaltigen wird jedoch sehr lautstark und sehr medienwirksam mehr der Abgrenzung, als der Kooperation das Wort geredet. Skeptisch resümierte daher Hans-Jürgen Urban, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der IG Metall und Verfechter einer engen Kooperation links der Mitte, die Debatte um ein Linksbündnis: „Es wäre absolut notwendig und auch möglich. Das Problem besteht darin, dass dieses Projekt nur dann realisiert wird, wenn die Akteure es wirklich wollen. Und an diesem ernsthaften Willen hapert es bisher.“<sup>1</sup>

Für DIE LINKE in Thüringen ist klar: Wir werben für ein politisches und gesellschaftliches Bündnis mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, das die CDU von der Macht ablöst und Grundlagen für eine andere Zukunft legt – für eine soziale, demokratische und ökologische Gesellschaft. Wir verstehen unter Rot-Rot oder Rot-Rot-Grün ein linkes Reformprojekt. Wir wollen politische Veränderungen, und nicht allein optische Veränderungen auf der Regierungsbank. Wir wollen die Gesellschaft gestalten und nicht nur verwalten. Der Nutzen einer Regierung zeigt sich am Gebrauchswert für die Menschen – daran muss sich eine linke Regierung messen. Zugleich muss ein linkes Bündnis neben dem politischen Alltagsgeschäft langfristige Transformationsprojekte für eine soziale, demokratische und ökologische Gesellschaft anschieben, mit denen wir die „neoliberale Hegemonie, durch die alle Lebensbereiche ökonomisiert und Gewinninteressen unter-

worfen und das soziale Leben fragmentiert werden, unterlaufen und durchbrechen“<sup>2</sup>, wie der Politikwissenschaftler Raul Zelik schrieb. Wichtig sind der Ausbau der sozialen Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsfürsorge in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, öffentlicher Nah- und Fernverkehr und Wohnen. Statt Profit-Logik müssen wir andere Formen der Vergesellschaftung in diesen relevanten Bereichen des Lebens entwickeln. Diese Projekte müssen zudem zeigen, dass gesellschaftliche Veränderung durch Politik noch möglich ist – dass nicht allein Banken und Wirtschaft bestimmen, und dass das Mantra, es gebe keine Alternative zum Kürzen, eine Lüge ist. So kann Vertrauen in Demokratie und Politik gestärkt werden. Nur in der Kombination aus praktischem Nutzwert für die Menschen und perspektivischer Gestaltungsmacht kann eine linke Regierung über den Wahltag hinaus attraktiv sein.

### Gemeinsamkeiten

Der Blick in die Thüringer Landtagswahlprogramme zeigt breite politische Überschneidungen in den landes- und kommunalpolitischen Themen bei Rot-Rot-Grün. Nur einige Beispiele: Längeres gemeinsames Lernen, mehr Lehrende und ErzieherInnen, kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, gute Arbeit, Mindestlöhne, mehr Mitbestimmung in den Betrieben, Bildungsfreistellungsgesetz, ein besseres Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, weg mit der Residenzpflicht für Asylsuchende, eine ökologische Energiewende, bezahlbares Wohnen und bessere Finanzausstattung der Kommunen. Um allein all' das abzarbeiten, wo es Gemeinsamkeiten gibt, dürften wir mindestens eine Legislaturperiode brauchen. Die Schnittmengen eines linken Reformprojektes werden auch in den „Eckpunkten zur Landtagswahl – Anforderungen an die Thüringer

1 Gespräch mit Hans-Jürgen Urban: Wir brauchen Aktivität, polarisierende Debatten, produktive Provokation, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Nr. 6/2014.

2 Raul Zelik: Emanzipation und Reformpolitik, in: Neues Deutschland, 01.06.2014, [www.neues-deutschland.de/artikel/934624.emanzipation-und-reformpolitik.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/934624.emanzipation-und-reformpolitik.html).

Politik<sup>3</sup> des DGB Hessen-Thüringen überdeutlich. Weite Teile der gewerkschaftlichen Forderungen sind der gemeinsame Kern einer möglichen rot-rot-grünen Landesregierung.

## Es geht doch!

Diese Gemeinsamkeiten stehen in Thüringen nicht nur auf dem Papier. Hier ist seit Jahren zu besichtigen, dass die Zusammenarbeit auf der kommunalen Ebene, bei außerparlamentarischen Aktionen und auch in einigen Fällen im Landtag gut funktioniert. Rot-Rot-Grün ist schon fast so etwas wie politischer Alltag. Interessanterweise auch dann noch, als die SPD 2009 mit der CDU in die Landesregierung ging. Die Gesprächsfäden hielten und wurden noch ausgebaut. Hier passiert, worüber andere nur reden: Der erfolgreiche Netzzurückkauf von e.on durch die Thüringer Kommunen, die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung im Ilmkreis oder rot-rot-grüne Bündnisse im Kommunalen. Ebenso das gemeinsam mit BürgerInnen, Gewerkschaften und Verbänden erstrittene Volksbegehren „Mehr Demokratie“ oder die wiederholten gemeinsamen Mobilisierungen gegen Nazi-Aufmärsche. Auch hatten Absprachen in den Stichwahlen zu den OberbürgermeisterInnen und LandrätInnen 2012 zwischen SPD, Grünen und LINKE Erfolg: In mehreren Städten und Kreisen wurde die CDU verdrängt und VertreterInnen von SPD oder DIE LINKE gewählt. Das sind auf verschiedensten Ebenen Erfolge rot-rot-grüner Kooperation mit Unterstützung aus der Zivilgesellschaft, die uns keiner nehmen kann. Daran gilt es anzuknüpfen.

## Das Beispiel Bildung

Die Bundestagsabgeordnete Katja Dörner (Bündnis90/Die Grünen) kritisierte in dieser Zeitschrift die Bildungspolitik der großen Koalition. Sie bliebe weit hinter dem zurück, was

die SPD in ihrem Bundestagswahlprogramm vorschlug<sup>4</sup>. In einer rot-rot-grünen Bundesregierung wäre, so Dörner, in der Bildungspolitik deutlich mehr zu erreichen – auch für die SPD. Ähnlich ist aus meiner Sicht die Situation in Thüringen. Auch hier werden bildungspolitische Vorhaben der SPD von der CDU und ihrem Finanzminister ausgebremst. Übermütig kündigte die CDU nun sogar an, sie wolle nach den Landtagswahlen das Bildungsressort übernehmen. Sie will einen Rechtsschwenk einleiten und die Politik nicht an den Erkenntnissen moderner Bildungsforschung und den Bedürfnissen von Lernenden und Lehrenden ausrichten, sondern an einem völlig überholten Begabungstheroriemodell und übersteigertem Leistungsfetischismus. Die Politik der SPD der letzten fünf Jahre soll damit beerdigt werden. Allein hier zeigt sich, dass die politische Geisterfahrt der CDU beendet werden muss. Ihr darf nicht die Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder überlassen werden. Bildungspolitik, die sich an den reaktionären Vorstellungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring – im Übrigen ein Freund der neu-rechten „Jungen Freiheit“ – orientiert, muss verhindert werden. Gegen diesen Kurs gilt es, die Gemeinsamkeiten progressiver Bildungspolitik von Grünen, LINKE und SPD zu betonen: Längeres gemeinsames Lernen, kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, gute Arbeit für ErzieherInnen und Lehrende, das von der CDU verhinderte Bildungsfreistellungsgesetz oder auch Investitionen in Schulgebäude bei einem Sanierungsstau von 400 Millionen Euro.

## Unterschiede und Widersprüche

Natürlich gibt es auch Unterschiede zwischen Rot-Rot-Grün – in landespolitischen Detailfragen, in der politischen Kultur der Parteien, in Fragen der Bundespolitik und in

3 <http://hessen-thueringen.dgb.de/++co++b762abao-e286-11e3-aeab-52540023ef1a>.

4 Katja Dörner: You can never be overressed or overeducated – eine rot-grüne Perspektive in der Bildungspolitik, in: SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 3/2014.

langfristigen gesellschaftlichen Vorstellungen. Gäbe es sie nicht, wären wir in derselben Organisation. Klar ist aber auch: die programmatischen Differenzen zur CDU sind erheblich größer. Für eine linke Landesregierung muss gelten: Zuerst einmal das gemeinsam Mögliche realisieren und parallel politische Differenzen abseits der Hektik der Tagespolitik klären. Hier gilt es für alle Partner, die unterschiedliche politische Kultur und Geschichte der Parteien zu akzeptieren. Das A & O sind ein Mindestmaß an Vertrauen unter den Partnern und das Verständnis für Differenz.

Natürlich ist eine linke Landesregierung bestehenden Rahmenbedingungen und „Sachzwängen“ unterworfen – von Thüringer Verfassungsvorgaben für den Bildungsbereich bis hin zu verpassten Umverteilungschancen auf Bundesebene. Wir dürfen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen und die „Sachzwänge“ leugnen oder gar öffentlich rechtfertigen. Wir müssen sie selbst thematisieren und zum Beispiel klar machen, wo die Verantwortung dafür liegt, dass das Land zu wenig Geld hat, um Schulen zu erhalten oder Schlaglöcher zu flicken. Die Regierung muss – einerseits um die Verhältnisse irgendwann ändern zu können, andererseits aber auch um glaubwürdig zu bleiben – die Veränderung dieser „Sachzwänge“ aktiv angehen: Von der Bundesratsinitiative bis hin zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Eine linke Landesregierung darf zudem Kritik an den Zuständen in unserem Bundesland nicht als Majestätsbeleidigung auffassen. Es geht nicht um unser Ego oder darum, immer Recht zu haben. Kritik und Proteste müssen ernst genommen werden, es gilt – nach den Jahren der abgeschotteten CDU-Herrschaft – eine transparentere Dialogkultur mit den BürgerInnen und den Betroffenen von Entscheidungen zu entwickeln. Die Zeit der Basta!-Kultur ist eben nun einmal vorbei. Vielleicht kann ein (selbst-)kritischer Blick auf ehemals rot-rot regierte Länder uns hier und da helfen.

## PapyRossa Verlag



**W. Gehrcke /  
Chr. Reymann (Hg.)**

### Syrien

Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert

978-3-89438-521-7  
187 Seiten | 9,90 Euro

Längst ist der anfangs friedliche Protest in einen von außen geschürten und finanzierten bewaffneten Aufstand übergegangen, der einen demokratischen Wandel abwürgt. Das Buch analysiert den Konflikt, untersucht seinen Stellenwert für die Politik des Westens und skizziert Wege zu Verhandlungslösungen.



**Ch. Wiedemann**

### Vom Versuch, nicht weiß zu schreiben

Oder: Wie Journalismus unser Weltbild prägt

978-3-89438-494-4  
186 Seiten | 12,90 Euro

Charlotte Wiedemann nimmt ihre LeserInnen mit auf eine Reise durch Kulturen und Kontinente, vom Iran über Afrika bis Südostasien. Und sie lässt hinter die Kulissen der Arbeit einer Auslandsreporterin blicken. Wie entsteht unser Weltbild? Was trägt der Journalismus hierzu bei?

»Ein Augenöffner« (Capital)

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de  
www.papyrossa.de

Ein linkes Reformprojekt braucht die aktive Unterstützung aus der Gesellschaft und die Debatte mit Bewegungen, Verbänden und Initiativen: „Ohne dieses integrative Aushandeln kann das notwendige hohe Maß an Unterstützung nicht mobilisiert werden“<sup>5</sup>, schrieb Stefan Stache in dieser Zeitschrift. Denn gerade eine linke Regierung wird besonderen Attacken von konservativen Medien und Teilen der Wirtschaft ausgesetzt sein – ganz egal wie ihre Politik im Konkreten aussieht. Daher können Proteste von Unten, von Sozialverbänden und Gewerkschaften oder aus der Zivilgesellschaft eine linke Regierung durchaus auch dabei stärken, Veränderungen voranzutreiben.

## Das Nötige möglich machen

Am 14. September 2014 geht es in Thüringen darum, ob linke Politik weiterhin nur eine rechnerische Mehrheit haben soll und die CDU weiter an der Macht bleibt – oder ob ein linkes Reformbündnis Gestaltungsmacht bekommt. Dabei wird es um sehr reale Politik gehen, es geht um die Menschen. Es geht darum, ob fast 25 Jahre CDU-Filz und Selbstbedienungsmentalität beendet werden, ob die Kommunen endlich solide finanziert und Bildung wieder in den Mittelpunkt der Politik rückt, ob die Zeit der Thüringer Geheimdienst-Skandale beendet, ob Gute Arbeit und ordentliche Mindestlöhne umgesetzt werden, ob eine ökologische Energiewende sozial gestaltet wird und ob Demokratie und Mitbestimmung gefördert werden. Es geht darum, die Interessen der Mehrheit der BürgerInnen in den Mittelpunkt zu stellen, neoliberaler Politik ein Stoppschild zu setzen und die Umverteilungspolitik von Unten nach Oben umzukehren.

Damit ein solches Bündnis Erfolge einfahren kann und die Unterstützung der Men-

schen bekommt, muss man deutlich sagen, dass man es will. Und man muss sagen, warum es besser ist. Besser, als die CDU-Herrschaft fortzusetzen – eine Regierung, von der jeder weiß, dass sie zwar keine Verbesserungen bringt, aber wenigstens die Stabilität des Altbewährten und vermeintliche Sicherheit verspricht. Für einen Wechsel muss man werben. Und man muss ihn vorbereiten. Mit programmatischen Debatten, mit vertrauensbildenden Gesprächen, mit Werbung um Unterstützung zum Beispiel bei Gewerkschaften, bei Umwelt- und Sozialverbänden, in den Kleingartenanlagen oder unter Intellektuellen. Und die Ausgangslage ist in Thüringen nicht schlecht: Es gibt programmatische Gemeinsamkeiten, es gibt gemeinsame politische Erfahrungen und Erfolg und es gibt eingespielte Gesprächsebenen. Nun ist eigentlich nur noch eines wichtig: Anfangen und das Nötige möglich machen. ■

<sup>5</sup> Stefan Stache: Pfadwechsell! Strategien für eine sozial-ökologische Zeitenwende, in: SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 3/2013.

☞ Susanne Hennig-Wellsow ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen und Mitglied des Landtages. Die Diplom-Pädagogin ist bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

## Madagaskar nach den Wahlen und vor immensen Herausforderungen – Herkulesaufgaben im ärmsten Land

von Edgar Göll

In Madagaskar selbst sowie dem interessierten Ausland und internationalen Institutionen kommt derzeit eine zurückhaltende Hoffnung für die weitere Entwicklung dieses an der auch geografischen Peripherie liegenden Inselstaates auf. Immerhin gab es erstmals seit dem Putsch von 2009 wieder Wahlen.

Doch schon vor der Zäsur von 2009 waren in den letzten Jahrzehnten die Verhältnisse und die Lebenswelten auf dieser viertgrößten Insel des Planeten sehr schwierig und unsicher. Die jeweiligen Regierungen und Staatsapparate vermochten nach der formalen Unabhängigkeit 1960 die zahlreichen Probleme und Herausforderungen nicht dauerhaft und grundlegend zu lösen. In dieser maroden/problematistischen und prekären Gesamtsituation kam es 2009 zu einem Putsch, der vom Militär gestützt wurde. Angeführt wurde dieser von dem 34-jährigen Nachtclubbesitzer (daher oft auch despektierlich nur als „DJ“ bezeichnet), Andry Rajoelina, dessen maßgebliche Qualität in seinen populistischen-großspurigen Reden und seiner Vernetzung mit wichtigen Akteuren im In- und Ausland bestand. Mit dem Militär im Rücken wurde eine „Übergangsautorität“ etabliert, die keinerlei Legitimation hatte, und daher von fast allen internationalen Partnern nicht anerkannt wurde. Sie zogen sich weitgehend zurück und stellten Investitionen und Hilfen auf ein Minimum oder komplett ein.

Von Beginn an stand die „High Authority of Transition“ unter Erwartungs- und Legitimationsdruck und versprach baldige Wahlen, doch erst 2013 war sie bereit, die lange versprochenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abzuhalten, die nach zähen Verhandlungen unter Vermittlung der Southern African Development Community (SADC)

vereinbart wurden. Voraussetzung war, dass sich der frühere Präsident Marc Ravalomanana (und dessen Vorgänger Didier Ratsiraka) sowie der junge Putschistenführer Rajoelina nicht zur Wahl stellten, sondern sich von der politischen Bühne zurückzogen. Ersterer verbleibt zudem weiterhin im Exil in Südafrika – ihm wird u.a. die Verantwortung für die Tötungen von Demonstranten beim Putsch von 2009 vorgeworfen.

Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2013 brachten keine erforderliche Mehrheit für einen der über 30 Kandidaten. In den Stichwahlen vom Dezember erhielt der zweitplatzierte Kandidat Hery Rajaonarimampianina 53,5 Prozent der Stimmen, er trat das Amt am 25. Januar 2014 an. Viele der gutplatzierten weiteren Kandidaten sind dem Rajoelina-Lager zuzuordnen. Selbst Hery war unter Rajoelina Finanzminister. Seinen Aufstieg verdankt er der Protektion mächtiger Unternehmer. Der Milliardär und Chef der Unternehmensgruppe Sodiat, Maminiaina „Mamy“ Ravatomanga, mutmaßlich reichster Mann im Lande, hat den Wahlsieger kräftig unterstützt. Der unterlegene Jean-Louis Robinson (unter Rajoelina Gesundheitsminister) hatte wegen „Wahlbetrugs“ zwar die Gerichte angerufen, das Oberste Gericht wies die Klage jedoch zurück. (siehe Möllers).

Am 11. April 2014 wurde nach langem und frustrierendem Klärungsprozess schließlich der Arzt Roger Kolo von zwölf Parteien in der Nationalversammlung zum Premierminister gewählt. Wegen langjähriger Auslandsaufenthalte spricht er kaum madagassisch. Nach weiteren zähen Wochen wurde inzwischen eine neue Regierung mit 31 Ministern und Staatssekretären formiert.

## Entwicklungsstand von Madagaskar

Das in westlichen Massenmedien erzeugte Bild über Madagaskar ist in den letzten Jahren wohl nicht zuletzt wegen des gleichnamigen Animationsfilmes äußerst oberflächlich und einseitig. Meist wird die außergewöhnliche Flora und Fauna beschrieben, gesellschaftliche Verhältnisse nur bei besonders dramatischen Ereignissen erwähnt.

Die Gesamtlage der madagassischen Gesellschaft, bemessen an den vorherrschenden Entwicklungsmaßstäben ist fast durchweg sehr schlecht und besorgniserregend. So nimmt Madagaskar im aktuellen Bericht der UNDP über die Menschliche Entwicklung lediglich Rang 151 von 187 Ländern und Territorien ein, und das, obwohl es keinen Krieg oder Bürgerkrieg, keine umfangreichen Naturkatastrophen o.ä. wie manch andere Länder zu erleiden hat. „Madagaskar mag zwar nicht das Ausmaß an Gewalt und traumatischen Störungen aufweisen verglichen mit ‚heißen Krisen‘ anderswo, aber es ist eine langsam brennende soziale und wirtschaftliche Katastrophe.“ (Dewar et al. 2013, S. 2; Übersetzung des Autors)

Die Weltbank beschreibt in ihrem jüngsten Bericht, dass um 2009 fast 60 Prozent der Bevölkerung als extrem arm angesehen wurden. Basierend auf einer vergleichenden Studie von 2010 mussten in Madagaskar etwa 82,4 Prozent der Bevölkerung mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen, und 92,8 Prozent mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag. Inzwischen ist sicher, dass Madagaskar die UN Millennium Development Goals (MDG) bis 2015 nicht erreichen wird (insb. Kindersterblichkeit, Grundbildung, Abschaffung extremer Armut). „Wir haben hier eine Kombination verschiedener Krisen – eine Krise der Infrastruktur, eine politische Krise und eine soziale Krise – die sind verschränkt,“ sagte der Bürochef der Weltbank in Madagaskar, Haleh Bridi.

Auch im jüngsten UNICEF-Bericht über das Land wird beschrieben, dass sich die Situation „durch die politische Krise extrem zugespitzt

hat, welche 2009 durch einen Staatsstreich ausgelöst wurde. Sie dauert bis heute an und ihre Folgen lasten schwer auf der Bevölkerung: Der Internationalen Arbeitsorganisation zufolge wurden allein in der Hauptstadt Antananarivo 200.000 Arbeitsplätze vernichtet; die Budgets für Bildung und Gesundheit wurden vom Staat deutlich reduziert. Unter diesen Bedingungen müssen Kinder und ihre Familien leben oder vielmehr überleben, da der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze explodiert ist. Er stieg von 75,3 Prozent im Jahr 2010 auf 81 Prozent im Jahr 2012 und auf aktuell 92 Prozent. Basierend auf diesen Zahlen ist Madagaskar heute das ärmste Land der Welt.“ (UNESCO 2014)

## Viele Potenziale und Ressourcen – wenig Management

Madagaskar verfügt über einen großen Reichtum an Ressourcen und Potenzialen, die für seine Entwicklung mobilisiert und genutzt werden könnten – wie bspw. Mineralien und Erze bis hin zu touristischen Attraktionen. Vor allem auch die landwirtschaftlichen Potenziale des Landes werden nur unzureichend genutzt. Nach Schätzungen der Weltbank wird lediglich ein Drittel des fruchtbaren Landes kultiviert.

Diese und einige weitere Probleme teilt Madagaskar mit anderen Regionen des Kontinents, wie eine aktuelle Studie unter Leitung von Kofi Annan zeigt (siehe Africa Progress Panel 2014): Die Ausplünderung von Hölzern und Fischgründen hält Afrika in seiner Entwicklung zurück. Die umfangreichen natürlichen Ressourcen bieten demnach eine hervorragende Möglichkeit, die Lebensstandards der Menschen in Afrika spürbar zu verbessern. Doch noch allzu oft würden diese von korrupten Eliten und ausländischen Investoren geplündert. Nach vielen Jahren des Wirtschaftswachstums sei zu fragen, weshalb all das zu so geringen Verbesserungen der Lebensbedingungen der Menschen geführt hat. Der Bericht ruft zu einer „genuin afrikanischen Grünen Revolution“ auf, für die von guten Bei-

spielen gelernt werden solle. Die hohen Nahrungsmittelimporte afrikanischer Länder belaufen sich auf 35 Mrd. US-Dollar – vor allem, weil lokale Landwirtschaft niedrige Produktivität, chronisch geringe Investitionen und regionalen Protektionismus aufweise. Der Bericht schätzt außerdem, dass Afrika durch illegale Abholzung Einnahmen in Höhe von etwa 17 Mrd. US-Dollar verliert. „Die Plünderung natürlicher Ressourcen ist organisierter Diebstahl verbrämt als Handel.“ Afrikanische Entscheidungsträger hätten bislang versäumt, die natürlichen Ressourcen so zu managen, dass sie den wirklichen Besitzern zu gute kommen – den afrikanischen Menschen (siehe Africa Progress Panel 2014). In Madagaskar ist die illegale Abholzung seltener Hölzer und deren Verkauf an China ein ertragreiches Geschäft – für einige Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft.

Aber auch die Potenziale der Bevölkerung für die Entwicklung der Gesellschaft werden weder ausreichend genutzt noch gefördert. Das Bildungswesen ist völlig vernachlässigt, die Alphabetenrate extrem hoch. Dabei gibt es einige hervorragende Erfolgsbeispiele dafür, dass die BürgerInnen sehr wohl motiviert und gefördert werden können, aber für gute Leistungen passende Gelegenheiten benötigen. So schneidet der lokale Ableger des marktdominierenden indischen Telekommunikationsunternehmens im konzerninternen internationalen Vergleich als Spitzenreiter ab – mit madagassischem Management. Und der berühmte Pater Pedro (2007) hat es mit immensem langjährigem Einsatz geschafft, einen verelendeten Stadtteil, der nur eine Mülldeponie war, auf der Menschen wohnten und überlebten, zu entwickeln und die Menschen dort Schritt für Schritt sich qualifizieren und entfalten zu lassen, so dass nun kleine vorbildliche Modellsiedlungen mit selbstbewussten Bewohnern entstanden sind.

### **Korruption statt Governance – und zaghafte neue Politik**

Mit dem Putsch von 2009 verschlechterte sich die Lage der breiten Bevölkerung. Ihre zu-

nehmende Frustration ist sehr groß, und die Gesellschaft ist teilweise bis hinein in die Familien fragmentiert. Viele Behörden erfüllen ihre Aufgaben nicht oder nur unzureichend. So verzeichnet Madagaskar einen Anstieg der Selbst- und Lynchjustiz, denn das Vertrauen in Ordnungskräfte und Gerichtsbarkeit sind extrem gering. Viehdiebstähle, der Raub von Ernten (z.B. Reis), Kidnapping etc. sind keine Ausnahmen mehr. Es gibt Fälle von Landnahmen zum Beispiel für exportorientierte Nahrungsmittel. Ein Extrembeispiel war ein Pachtvertrag mit der südkoreanischen Firma Daewoo Logistics, die sich die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche vor 2009 hatte übertragen lassen, um die eigene Versorgung zu sichern (siehe: Ein Beitrag zur Entwicklung? In: Afrika Süd -- Heft 1/2014 [<http://www.afrika-sued.org/archiv/heft12014/einbeitragzuentwicklung/>]). Damit werden soziale und teilweise immense ökologische Probleme erzeugt. Die medizinische Versorgung ist rudimentär bzw. unbezahlbar, zeitweise treten wieder Fälle von Pest auf – bspw. im Nordosten.

Trotz der schwierigen Lage muss Madagaskar nicht bei „Null“ anfangen, sondern kann an frühere Ansätze anknüpfen. Ein Beispiel ist der „Madagascar Action Plan“ (2002/2006), der „8 Commitments“ umfasste: verantwortliche Regierungsführung, zusammenhängende Infrastruktur, Bildungstransformation, ländliche Entwicklung und grüne Revolution, Gesundheit, hohes ökonomisches Wachstum, Schutz der Umwelt, nationale Solidarität. Diese Ziele, für das Land äußerst ambitioniert, entsprechen den Millennium-Entwicklungszielen der UN, werden aber nicht annähernd erreicht wie bspw. das Ziel 1 zeigt: „Wir werden eine Regierung haben, in die jeder Bürger und die internationale Gemeinschaft Vertrauen haben kann. Diese Regierung und der öffentliche Dienst werden integer und effizient sein, und sie werden in allen Unternehmungen, Aktivitäten und der Erbringung von Dienstleistungen vollkommen professionell handeln.“

Immerhin startete die neue Regierung mit Unterstützung der Afrikanischen Entwicklungs-

bank (AfDB) einen landesweiten Dialog über grünes Wachstum. Nach einer Bestandsaufnahme der Herausforderungen und Chancen für grünes Wachstum in Madagaskar soll ein Fahrplan zu einer nachhaltigen Entwicklung mit den BürgerInnen entworfen werden. Dies drängt, denn Umweltzerstörung kostet das Land schätzungsweise neun Prozent des BIP pro Jahr (siehe <http://allafrica.com/stories/201406160652.html?viewall=1>).

Ohne Hilfe aus dem Ausland ist all dies nicht zu schaffen. Daher begann Präsident Rajaonarimampianina nach seiner Wahl in persönlichen Gesprächen Weltbank, IWF, US-Regierung, EU und ausländische Investoren von seinem Reformwillen und der Reformfähigkeit des Landes zu überzeugen, um Unterstützung und Investitionen zu generieren. Inzwischen wurden von einigen „Gebern“ unter Bedingungen Zusagen gemacht. Immerhin machten ausländische Finanzierungen fast 40 Prozent des Haushalts von Madagaskar aus.

Doch derartige Modernisierungsprogramme entsprechen westlichen Vorgaben bzw. den Wunschvorstellungen der einheimischen Eliten bzw. den Images über Elemente westlicher Lebensstandards. Sie haben wenig mit den lokalen Gegebenheiten im Lande zu tun. Die Gewohnheiten, Verhaltensmuster, Anreizstrukturen und Handlungsmotivationen entsprechen einer völlig anderen Lebenswelt, einer spezifischen „sozialen Grammatik“. So ist es in manchen ethnischen Gruppen Madagaskars wesentlich, traditionell bedingten Verbote bzw. Tabus zu gehorchen, die sich auf viele Bereiche des alltäglichen Lebens beziehen und auf einem naturreligiösen Ahnenkult beruhen („fady“). Sie scheinen maßgeblicher zu sein als „weltliche Gesetze“. Selten kennen ausländische Experten die Gepflogenheiten, noch seltener deren Hintergründe und noch weniger konkrete passende/angepasste Anschlussmöglichkeiten für Verbesserungen. Über Verhalten in hierarchischen Beziehungen heißt es in einer hochinteressanten Studie: „Wenn er mit jemandem konfrontiert

ist, der unerwünschte Autorität über ihn ausüben will, wird eine typische madagassische Antwort darin bestehen, den wie immer gearteten Forderungen herzlich zuzustimmen, und dann, sobald er weg ist, zu versuchen sein Leben so zu leben als hätte es den Vorfall nie gegeben. Man könnte sagen, dass dies die archetypisch madagassische Umgangsweise mit Autorität darstellt“ (Graeber 2007, S. 20; Übersetzung des Autors). Gemeinhin wird dies auch allgemeiner als eine typisch bäuerliche Strategie angesehen: unumgängliche Autoritäten glücklich zu machen, bis sie weggehen, um sie und das Besprochene dann zu ignorieren.

Dabei gibt es in afrikanischen Ländern durchaus positive „Governance Werte, die untrennbar mit Afrika verbunden sind, wie Peer-Review, Solidarität, Konsens und Kommunalismus. Aber sie sind bislang nicht wirksam kommuniziert worden und der Kontinent ist oft auf internationaler Ebene marginalisiert. Die afrikanischen Besonderheiten, Kontexte und Perspektiven zu kommunizieren und deren Wertschätzung herzustellen würde das Image des Kontinents hinsichtlich der Entwicklung und Anwendung von Governance-Werte erhöhen“ (Jalata 2014, S.15; Übersetzung des Autors). Hier wäre in einem beiderseitigen Lernprozess anzusetzen.

## Perspektiven

Die Wahlen sind sicher ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung. Sie lösen aber die demokratischen Grundprobleme nicht. Madagaskar hat sich seit der Unabhängigkeit 1960 politisch nicht konsolidieren können. Die jeweils Herrschenden betrachteten den Staat als Instrument zur Ausbeutung der Bevölkerung und die Chance zur Machtübernahme – legal oder illegal – als Möglichkeit zur Bereicherung. Die wichtigste politische Aufgabe des neuen Präsidenten wird sein, stabile politische Verhältnisse zu schaffen. Die Regierung steht vor der Aufgabe, das seit der Unabhängigkeit nicht vollendete Projekt des Nation Building voranzutreiben (Möllers 2014).

Fundierte Untersuchungen zeigen immer wieder nachdrücklich, wie stark die kolonialen Verhältnisse und Zerstörungen verschiedener Art (von Wirtschaft bis Kultur) noch heute nachwirken (Frantz Fanon, Edward Said oder auch Wiebke Keim). In einem aktuellen Buch über Afrika heißt es: „Die ökonomischen und politischen Folgen der Kolonialregime und der nachkolonialen Ausbeutungsbeziehungen mit ihrem entwicklungsfeindlichen Fokus auf Nutzung afrikanischer Arbeitskräfte und afrikanischen Landes zum Zwecke der Rohstoffbeschaffung sorgen bis heute für relativ einheitliche Strukturprobleme des Kontinents, auch wenn die Fähigkeit der einzelnen Länder, mit diesen umzugehen, durchaus unterschiedlich waren und sind“ (Goldberg 2014, S. 5).

Aufgrund der Erfahrungen in und mit Madagaskar ist es keineswegs nur an den Madagassen selbst, selbstkritisch über ihre Perspektiven nachzudenken, auch gerade die westlichen Supermächte – allen voran die USA und die ehemalige Kolonialmacht Frankreich – müssen ihre eigene Politik überdenken und korrigieren (vgl. Jütersonke/Kartas 2010). Selbst gutgemeinte Aktivitäten und Maßnahmen können negative und destruktive Effekte zeitigen. Gerade auch im Kontext der dringend erforderlichen Transformation in Richtung Nachhaltiger Entwicklung können im Westen entstandene Produktions-, Lebens- und Denkweisen nicht verallgemeinert und in allen anderen Ländern imitiert bzw. implantiert werden.<sup>1</sup>

Ob die neue, durchaus wohlklingende „Afrika-Strategie“ der Bundesregierung hierzu einen Beitrag leisten oder gar eine Umkehr generieren wird, ist angesichts der politisch-ökonomischen Machtstrukturen zu bezwei-

feldn. Daher sei der bereits erwähnte Pater Pedro zitiert: „Träumen Sie nicht davon, in Afrika oder in Lateinamerika Wunder zu vollbringen: Beginnen Sie bei sich zu Hause die Verhaltensweisen zu verändern, und ermutigen Sie ihre Nächsten dazu, zu teilen und empfänglich zu sein für das Schicksal der Ärmsten unserer Erde! Auf der nördlichen Halbkugel müssen sich die Gewohnheiten verändern. Das darf kein Traum bleiben!“ (Pater Pedro 2007, S. 12). ■

#### Literatur

- Africa Progress Panel (2014): „Grain, Fish, Money: Financing Africa's green and blue revolutions. Africa Progress Report 2014.“ Geneva [http://africaprogresspanel.org/wp-content/uploads/2014/05/APP\_AR2014\_LR.pdf]
- Bob Dewar, Simon Massey, Bruce Baker (2013): „Madagascar: Time to Make a Fresh Start“ (Chatham House and Coventry University), AFP 2013/01 London, January 2013 [http://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/public/Research/Africa/013pp\_madagascar.pdf]
- Jörg Goldberg: „Der Wirtschaftsboom in Afrika und die Perspektiven des Kapitalismus.“ (Helle Panke e.V.) Reihe „Pankower Vorträge“, Heft 188, Berlin 2014
- David Graeber: „Lost People: Magic and the Legacy of Slavery in Madagascar“. Bloomington and Indianapolis: Indiana University Press, 2007
- Gedion G. Jalata (2014): „Red Flags Ignored: Governance Values and Practices in Africa“ (South African Institute of International Affairs - SAIIA), Occasional Paper 172, Johannesburg, South Africa [http://www.saiia.org.za/occasional-papers/red-flags-ignored-governance-values-and-practices-in-africa]
- Oliver Jütersonke / Moncef Kartas (2010): „Peace and Conflict Impact Assessment (PCIA), Madagascar“. Centre on Conflict, Development and Peacebuilding (CCDP), Graduate Institute of International and Development Studies, Geneva
- Ludger Kühnhardt (2014): Africa as a Global Test Case. Has the time for a new global approach to Africa finally arrived? In: The Globalist, Washington, D.C., June 21, 2014 [http://www.theglobalist.com/africa-as-a-global-test-case/]
- Hein Möllers (2014): Madagaskar - Neuer Präsident alte Probleme. In: afrika süd - zeitschrift zum südlichen afrika, Nr. 1, Januar/Februar 2014
- Pater Pedro: „Kämpfer der Hoffnung. Wie ich den Kindern Madagaskars eine Zukunft gab.“ Berlin: Ullstein Verlag 2007
- UNICEF Madagaskar (2014): „Die Kinder auf Madagaskar. Kinderrechte auf Madagaskar verwirklichen.“ Antananarivo [http://www.humanium.org/de/madagaskar/]
- Worldbank (2014): „Madagascar Overview“, 12. Mai 2014 [http://www.worldbank.org/en/country/madagascar/overview]

<sup>1</sup> „Making any of this a reality requires a profound shift in attitude by the external partners of Africa, most notably the United States, the European Union, China, India and Brazil. None of them is bigger than advancing from what often still is a paternalistic attitude toward true partnership. For all the decades-long talk about dialogue and cooperation, it still has to be translated into joint proposals and projects demonstrating that the hopes of a new beginning with Africa are meant seriously. This includes increasing the degree to which Africa's partners are ready to learn from past mistakes or limited approaches to Africa“ (Kühnhardt 2014).

☞ Dr. Edgar Göll, Soziologe und Verwaltungswissenschaftler, seit 1995 als Zukunftsforscher in Berlin tätig, arbeitete kürzlich als DAAD-Gastdozent an der Universität Antananarivo in Madagaskar. Arbeitsschwerpunkte Nachhaltige Entwicklung sowie Governance.

## Finanzgesteuerter Kapitalismus: ein neuer Kapitalismus oder eine Selbstverständlichkeit?

von Michael Wendt



Foto: © Aamon - Fotolia.com

In der aktuellen Diskussion über den Kapitalismus nach der Finanzmarktkrise wird immer wieder von einer finanzgesteuerten oder finanzdominierten Akkumulation gesprochen, oft wird hier auch der Begriff des Akkumulationsregimes verwendet. In diesem Zusammenhang wird dann auch von der Verselbständigung oder Entkoppelung der geldwirtschaftlichen oder monetären von der realwirtschaftlichen Akkumulation gesprochen. Dieses neue Verhältnis wird dann als Akkumulationsregime des Geldvermögensbesitzes (Aglietta 2000) bezeichnet. Solche Redeweisen werden in der Regel nicht näher begründet. Sie haben sich im politisch als links verstehenden ökonomischen Diskurs wie quasi selbstverständliche Formeln durchgesetzt. Diese Sichtweise hat eine zentrale theoretische Voraussetzung: der sich auf den Finanzmärkten bildende Zins, nennen wir ihn Geldvermögenszins, steuert die Rendite oder den, keynesianisch gesprochen, Gütermarktzins. Diese Steuerung und Durchsetzung von sich auf den Finanzmärkten durchsetzenden

Renditeerwartungen wird in der Regel oft als Shareholder Value bezeichnet. Als Folge dieses Prozesses wird dann davon gesprochen, dass wir inzwischen von einem „gigantischen Überhang der Kredite und des Geldes gegenüber der Realakkumulation“ ausgehen müssen, ein Überhang, der durch die expansive Geldpolitik der großen Zentralbanken in der Folge der Krise noch weiter „aufgebläht“ worden ist und eine „Lösung der Krise in letzter Instanz blockiert“.

So beschreibt der deutsche Politologe Frank Deppe in seinem neuen Buch die aktuelle ökonomische Konstellation (Deppe 2013: 268) und er steht mit dieser Skizze nicht allein, sondern ist durchaus repräsentativ für den Mainstream einer sich selbst als marxistisch verstehenden Kapitalismusanalyse, die sich aus dem Paradigma der sog. Regulationstheorie (siehe Becker 2009) begründet. Aus dieser Theorie stammt auch die Etikettierung als Akkumulationsregime, also als eine bestimmte Herrschaftsform, die der aktuelle

Akkumulationsprozess nach dem Ende des sog. Fordismus eingenommen haben soll. Hinter solchen Beschreibungen stecken folgende theoretische Annahmen:

Einmal wird davon ausgegangen, dass der sich auf den Kapitalmärkten herausbildende Zins die Rendite bestimmt, die sich aus dem Kreislauf des Sachkapitals herausbildet. In bestimmten einzelwirtschaftlichen Fällen, mit denen diese Erzählungen illustriert werden, stimmt das auch. Fonds kaufen mit Krediten gehebelte Unternehmen auf und verbuchen den Kaufpreis auf der Passivseite des übernommenen Unternehmens als Fremdkapital. Zugleich lassen sie sich aus dem Cash Flow des übernommenen Unternehmens Dividenden ausschütten. Ob eine solche Methode gesamtwirtschaftlich verallgemeinert werden kann und sich als neue Formation des modernen Kapitalismus – Finanzmarktkapitalismus – etabliert hat, ist aber eine ganz andere Frage, und darf bezweifelt werden.

Zum zweiten wird von einer Trennung oder Entkoppelung der Zeithorizonte zwischen der stofflichen Seite der Produktions- und Akkumulationsprozesse auf der einen Seite und der Kapitalverwertung auf der anderen Seite gesprochen. Die Investitionsfinanzierung wird abgelöst durch das Finanzinvestment, und das Spekulationsmotiv wird zunehmend zum Motor der Finanzmärkte (Huffschmid 2002: 22f.). Diese Begründung ist nicht neu: auf den Kapitalmärkten, wie z.B. auf den Börsen hatte sich die Spekulation schon sehr früh in der Geschichte des Kapitalismus von den diesen Geldbewegungen unterliegenden, fundamentalen ökonomischen Größen entfernt. In den solchen Spekulationsblasen folgenden Krisen wurde dann der Zusammenhang mit den fundamentalen Größen auch immer wieder schmerzhaft hergestellt. So war es auch nach den beiden aktuellen ökonomischen Börsenkrisen, dem „dot.com-Crash“ 2001/2002 und der großen Immobilienkrise, die 2007/2008 von den USA ausgegangen

war und mit der Insolvenz der Investmentbank Lehman-Brothers ihren Höhepunkt erreicht hatte. Die Verselbständigung der Bewegungen auf den Finanzmärkten war immer zeitweise und nur relativ. In Wirklichkeit besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem zinstragenden Kapital, das auf den Kapitalmärkten gehandelt wird auf der einen Seite sowie dem gesamten Beschäftigungssystem der Gesellschaften und den gesamtwirtschaftlichen Vermögensbeständen, in denen Einkommen erzeugt werden auf der anderen Seite. Aus den Einkommen dieses leistungswirtschaftlichen Systems müssen mindestens die Zinsen des Geldkapitals bezahlt werden. Über die Geldschöpfung und die Vergabe von Krediten kann die relative Verselbständigung des zinstragenden Kapitals von der leistungswirtschaftlichen Seite des ökonomischen Gesamtprozesses nur zeitweise zusammengehalten werden, bis die spekulative Blase letztlich platzt.

Auch die These von dem gigantischen Überhang des Geldkapitals gegenüber dem Realkapital ist ausgesprochen kritisch zu sehen. Zunächst ist die Rede vom Realkapital eine künstliche und falsche Abstraktion aus der Modellwelt der neoklassischen Ökonomie, in der eine Neutralität des Geldes unterstellt wird. In Wirklichkeit sind der Kreislaufprozess des industriellen Kapitals und die Kreislaufprozesse einer Rentenökonomie grundsätzlich geld- und kreditvermittelte Prozesse. Es gibt nahezu keine Investition und keinen Warenumschlag und schon gar keine Vermögenstransaktionen, die nicht über Kredite finanziert werden. Dazu müssen wir nicht die einschlägigen Stellen bei Marx im 2. und 3. Band des „Kapital“ lesen, sondern es reicht ein Blick in den Jahresabschluss eines Unternehmens mit den Größen der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und der Kapitalflussrechnung. Marx hat entgegen der traditionellen Interpretationen den Kapitalismus als eine kapitalistische Geldwirtschaft analysiert, die von Kreditgeld initiiert

und getrieben wird. Die Form, die der Wert als gesellschaftliche notwendige Arbeitszeit im Austauschprozess als Ware annimmt, fällt bei Marx mit der Geldform des Warenwerts zusammen. Marx hat also entgegen der traditionellen Sicht eine monetäre Werttheorie und keine Arbeitswerttheorie (wie Smith und Ricardo das taten) begründet. Damit hat Marx eine Sichtweise vorweggenommen, die später Joseph Schumpeter in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ (1911) formuliert hat.

Hier ist die spannende Frage, ob aus der Rendite des industriellen Kapitals die Zinsen für die aufgenommenen Kredite bezahlt werden können. In dieser ökonomischen Wirklichkeit stellt sich anders als im theoretischen Modell heraus, dass sich zinstragendes Kapital und industrieller Profit wechselseitig bedingen und nicht einfach eine Dominanz des Geldvermögenszinses über die Rendite oder den Gütermarktzins behauptet werden kann – auch wenn das auf den ersten oberflächlichen Blick so erscheinen mag. Der Zins, als Preis des als Kredit überlassenen Geldkapitals muss letztlich durch gesellschaftliche Arbeit erwirtschaftet werden – so war mindestens die Sichtweise von Marx und später Schumpeter.

Die zweite kritische Frage zielt auf die Größenverhältnisse zwischen dem Geldkapital und dem industriellen Kapital. Wenn von einem gigantischen Überhang der Kredite gegenüber dem Realkapital gesprochen wird, müssen zunächst die Größen, die hier in ein Verhältnis zueinander gesetzt werden, präzisiert werden. Einmal können nicht einfach Stromgrößen der Wertschöpfung, Erlöse und Kosten mit den Bestandsgrößen der gesamtgesellschaftlichen Vermögensrechnung und deren Finanzierung in ein einfaches Verhältnis zueinander gebracht werden. Das gesellschaftliche Vermögen der Unternehmen, des Staates und der Privathaushalte ist um den Faktor 6,6 größer als das aktuelle

BIP in Deutschland. Zum zweiten muss gesehen werden, dass wir es insbesondere bei Krediten mit ökonomischen Größen zu tun haben, die mehrfach die Besitzer wechseln und es dadurch permanent zu Mehrfachzählungen kommt, die erst bereinigt werden müssen. Hinter dieser populären, aber kritisch gemeinten Sicht von der gegenüber der Realkapitalakkumulation überbordenden Geldkapitalakkumulation lauert als theoretischer Hintergrund die neoklassische Quantitätstheorie des Geldes, die in ihrer frühen Fassung bereits durch Marx, später durch Keynes, überzeugend kritisiert worden ist. Grundsätzlich stehen hinter den Schulden auf der Passivseite der gesellschaftlichen Vermögensbilanz gleichgroße Forderungen auf der Aktivseite dieser Bilanz. Die Rede von einem Überhang der Geldkapitalakkumulation gegenüber der Realkapitalakkumulation zeigt nur, dass diese notwendig zusammengehörenden zwei Seiten einer Bilanz und die entsprechenden saldenmechanischen Zusammenhänge nicht berücksichtigt werden.

Marx, Schumpeter und Keynes hatten sich vom Gleichgewichtsmodell der klassischen bzw. neoklassischen Theorie entschieden distanziert, aber für die längere Frist darauf hingewiesen, dass die Proportionen von Produktion, Verteilung und Nachfrage berücksichtigt werden müssen, wenn es nicht zu Krisen kommen soll. Die Anwendung von kapitalmarktorientierten Kennziffern in der Steuerung der Produktion oder bei der Steuerung der Unternehmen hebt die Anforderung, dass die produzierten Güter und Dienstleistungen letztlich nachgefragt werden müssen, nicht auf. Sie kann bestimmte Prozesse auf den Märkten nicht ersetzen. Dass die Geldschöpfung von Geschäftsbanken und Notenbanken die Kreditspielräume erweitert und die interne Bewegung und Verbuchung von Leistungsbilanzsalden zwischen verschiedenen Gesellschaften (in der Europäischen Währungsunion durch diese Target2-Salden im System der EZB) ermöglicht, ist grundsätz-

lich nichts Neues. Diese Spielräume haben sich durch die Ablösung vom Goldstandard ergeben, der sich faktisch im Zusammenhang mit der Kriegswirtschaft des 1. Weltkriegs durchgesetzt hatte und danach nur wieder zeitweise und in sehr reduzierten Umfang als Goldkern einer internationalen Leitwährung (des US-\$) gegolten hatte. Diese Spielräume in der Geldpolitik des Bankensystems lassen darauf schließen, dass diese Horrorszenerarien von aus gigantischen Geldüberhängen resultierenden gewaltigen Schuldenschnitten nicht ökonomisch, zwangsläufig sind, sondern politisch gestaltet werden können.

Die Theorie eines finanzgesteuerten Kapitalismus stimmt auf den ersten Blick mit dem theoretischen Paradigma des sog. monetären Keynesianismus, also mit der These des Vorrangs des Geldvermögenszins über den Gütermarktzins oder die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, überein. Auf den zweiten Blick zeigt sie allerdings eine wesentliche Differenz zum Keynesianismus insgesamt. Die Rolle des Geldes, der Geldschöpfung und damit die Möglichkeiten der Geldpolitik werden in dieser Konstruktion einer finanzmarktgetriebenen Akkumulation faktisch ausgeblendet bzw. durch eine Theorie der politischen Macht des Bankensystems zu ersetzen versucht. Das markiert die Folge eines Zusammenwirkens einer traditionellen Fehlinterpretation der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie als Theorie einer kapitalistischen Güterwirtschaft mit einer Vorstellung von Geld als wirtschaftlich neutral. Hier haben wir eine gemeinsame Schnittmenge mit der neoklassischen Theorie, die auch erklären kann, warum es zu den politisch irritierenden oberflächlichen Gemeinsamkeiten zwischen der durch Sahra Wagenknecht repräsentierten Kapitalismustheorie mit rechtspopulistischen Sichtweisen, wie von Hans-Werner Sinn und Bernd Lucke kommen kann. Es handelt sich aber nur um eine partielle Übereinstimmung mit der Sicht der neoklassischen Ökonomie, die von einer Di-

chotomie von Realwirtschaft und Finanzsektor ausgeht. Die arbeitswerttheoretische Basis, die aus der traditionellen Marx-Rezeption gewonnen wurde und die daraus resultierende Sicht einer Mehrwert- und Profitökonomie bleiben dabei erhalten. Diese Sicht wird noch dadurch radikalisiert, dass die monetäre Seite des kapitalistischen Gesamtproduktionsprozesses in erster Linie als Spekulationsökonomie verstanden und damit vereinsseitigt wird. Die moralisierende Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise als einer Ausbeutungs- und Umverteilungsökonomie wird dadurch noch plakativer ausgemalt. Die theoretische Auseinandersetzung mit dieser These eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus oder eines finanzgetriebenen Akkumulationsregimes ist wichtig, weil aus dieser Sicht nur die politische Erwartung eines grundlegenden Bruchs mit diesem Akkumulationsregime formuliert werden kann und dieses Bild vom Kapitalismus als Handlungsperspektive faktisch nur auf Empörung und Widerstand verweist. Damit werden aber die wirtschaftspolitischen und geldpolitischen Spielräume, die im Rahmen einer Politik eines radikalen Reformismus über den Staat und die Notenbanken möglich sind, deutlich unterschätzt. ■

#### Literaturhinweise

- Michael Aglietta, Ein neues Akkumulationsregime, Hamburg VSA 2000.
- Frank Deppe, Autoritärer Kapitalismus, Hamburg VSA 2013.
- Jörg Huffs Schmid, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg VSA 2002.
- Joachim Becker, Regulationstheorie, in: Joachim Becker u.a. Heterodoxe Ökonomie, Marburg 2009.
- Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1997 (1911).

---

⇒ Michael Wendt ist Soziologe und arbeitet für die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in München.

## Geschichtspolitische Debatten zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs

von Thilo Scholle

Am 1. August 1914 erklärte das deutsche Kaiserreich dem russischen Zarenreich den Krieg. Wenige Tage später erfolgte die Kriegserklärung gegen das republikanische Frankreich. Der Erste Weltkrieg kostete Millionen Menschen das Leben, und verletzte und entwurzelte viele Millionen mehr. Die „Urkatastrophe des 20. Jahrhundert“ zeigt gesellschaftliche, ökonomische und politische Nachwirkungen, die bis in die heutige Zeit reichen.

Der Jahrestag des Kriegsausbruchs warf seine publizistischen Schatten schon im letzten Jahr u.a. mit den Bestsellern von Florian Illies, „1913: Der Sommer des Jahrhunderts“ und Christopher Clark, „Die Schlafwandler“ voraus. Im Jahr 2014 füllten sich die Büchertische großer Buchhandlungen mit unzähligen weiteren einschlägigen Publikationen. In vielen öffentlichen Museen finden sich Ausstellungen. Und auch das Zeitungs-Feuilleton gibt dem Rückblick auf den Krieg breiten Raum.

Versucht man, die verschiedenen Stränge der Diskussion zu erfassen und ein wenig zu ordnen, so fallen mindestens zwei geschichts- und erinnerungspolitisch durchaus bemerkenswerte Aspekte ins Auge. Zum einen wird in einem Teil der Öffentlichkeit eine emotionale Debatte über die Hintergründe und die Verantwortlichkeit des Deutschen Reichs für den Kriegsausbruch selbst geführt. Zum anderen werden in der öffentlichen Diskussion insgesamt die Haltungen und Sichtweisen der zeitgenössischen deutschen Sozialdemokratie nur am Rande berücksichtigt.

### Die Frage der Schuld

Zunächst fällt eine merkwürdige Schieflage der Debatte auf: Die meisten Fachpublikationen versuchen, mit unterschiedlichen Schwerpunk-

setzungen den aktuellen Forschungsstand zu den Hintergründen des Krieges aufzuarbeiten. Die AutorInnen widmen sich dabei nicht nur dem Handeln der deutschen Reichsregierung, sondern auch den Vorstellungen und Handlungsoptionen in den anderen betroffenen und beteiligten Staaten. Zudem finden sich erste Ansätze, die Bedeutung des Krieges für die europäischen Kolonien oder den Nahen Osten stärker zu gewichten. Der Mainstream der Publikationen geht dabei nach wie vor von einem hohen Maß an Verantwortung der deutschen Reichsregierung für die Entfesselung des Krieges aus. Eine ernsthafte geschichtspolitische Kontroverse zwischen unterschiedlichen Deutungen zeichnet sich hier nicht ab.

Ein Blick in die Leserbriefspalten großer Zeitungen oder in die Publikumsfragen bei einschlägigen Vortragsveranstaltungen macht aber schnell deutlich, dass trotzdem in Teilen der Öffentlichkeit das Bedürfnis vor allem darin zu bestehen scheint, endlich nachgewiesen zu bekommen, dass das Deutsche Reich am Kriegsausbruch doch keine oder zumindest nur eine verringerte Schuld trifft.

Und so ist teilweise in, vor allem aber am Rande der öffentlichen Debatte ein Argumentationsstrang zu finden, der jeden Gedankenschnipsel dankbar aufgreift, der nun endlich und endgültig zu beweisen scheint, dass entweder alle Mächte mehr oder weniger in den Krieg „hineinschlitterten“, oder andere Mächte sogar mehr Schuld am Kriegsausbruch trugen als das Deutsche Reich. Im Hintergrund steht das Bedürfnis, wieder einen ungetrübten Blick auf die eigene Geschichte zu bekommen. Der Gedanke, als Deutscher nicht einfach unbeschwert und stolz auf eine ungebrochen positive Geschichte schauen zu können, scheint für manche im-

mer noch schwer erträglich. In gewisser Weise setzt sich hier auch ein Trend zum Relativismus fort, der mit der zunehmenden Beachtung der „deutschen Opfer“ während des Zweiten Weltkriegs vor allem in Spielfilmen in den letzten Jahren begonnen hatte.

Diese Ambivalenz im öffentlichen Umgang mit ihren Forschungsergebnissen wird aber von einem Teil der beteiligten Wissenschaftler nicht erkannt, oder ganz ignoriert. So ist für die Bedeutung des Buches von Clark für diesen Argumentationsstrang vermutlich schon fast ausreichend, dass ein Ausländer ein Buch geschrieben hat, dessen Titel „Schlafwandler“ gegen die intentionale Auslösung des Krieges durch eine bestimmte Macht (also hier: das Deutsche Reich) spricht. Mit am offensten in die Debatte um die „Schuldfrage“ hat sich Herfried Münkler durch diverse Zeitungsbeiträge eingeschaltet. Münkler grenzt sich scharf gegen die Forschungsergebnisse und Thesen Fritz Fischers aus den 1960er Jahren ab – oder gegen das, was er selbst als ihren Kern sieht. Fischer habe mit der Bestätigung der Hauptschuld des Deutschen Reiches am Ausbruch des Ersten Weltkriegs zugleich den Deutschen Hilfestellung für die Akzeptanz des politisch Unveränderbaren – der Resultate des Zweiten Weltkriegs gegeben. „Man möchte meinen, dass die Deutschen diese psychologische Hilfestellung nicht mehr brauchen und sich ohne geschichtspolitisch verordnete Blickstarre mit der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs befassen können.“ (SZ vom 20.06.14). Münkler betont darüber hinaus immer wieder, erst wenn die Debatte um den Ausbruch des Krieges von der „moralischen“ Schuldfrage gelöst werde, lasse ich die politische Frage nach der Verantwortung stellen. Mit dieser Differenz macht Münkler es sich leicht, alle früheren Forschungsergebnisse klein zu reden. Die auch mögliche Interpretation von „Schuld“ als implizite Möglichkeit und Konsequenz politischer Verantwortung schiebt er ohne große Begründung beiseite, liefert aber demgegenüber selbst kein überzeugendes Konzept, wie denn eine von der „Schuldfrage“

## »Geschichtsschreibung, wie sie sich gehört.«

Peter Handke



### 1914 und 1999 – Zwei Kriege gegen Serbien Auf dem Weg zum Demokratischen Frieden?

Mit Neueditionen von Karl Kautsky  
und Heinz Loquai

Herausgegeben von RA Dr. Peter  
Becker, FAVerwR

2014, 442 S., brosch., 29,- €

ISBN 978-3-8487-1473-5

[www.nomos-shop.de/22853](http://www.nomos-shop.de/22853)

In der Diskussion über 1914 wird immer wieder der Krieg gegen Jugoslawien 1999 zitiert. Zwei Bücher dazu, Karl Kautskys *Wie der Weltkrieg entstand* (1919) und Heinz Loquais Studien über die Rolle von USA und NATO 1999, gibt Peter Becker neu heraus und verbindet sie mit einer eigenen Untersuchung über zivile Friedensmissionen.



**Nomos**

befreite Diskussion über den Ersten Weltkrieg aussehen könnte, die nicht auf eine Wertung verzichtet, – oder wie er seine eigenen Beiträge etwas besser vor Missverständnissen schützen könnte.

Damit bietet die öffentliche Diskussion doch einen interessanten Einblick in die aktuelle Erinnerungskultur in Deutschland. Das Verhandeln der Frage der deutschen „Schuld“ ist doch nur dann ein solches auch emotionales Problem, wenn Erinnerung vorwiegend an nationalstaatlichen Bezügen orientiert wird. Möglich wären ja aber auch ideengeschichtliche Linien, etwa entlang konservativer, liberaler oder sozialdemokratischer Wert- und Politikvorstellungen. Eine solche Erinnerungskultur könnte dann nämlich auch unterschiedliche Handlungsoptionen der Akteure im jeweiligen zeitgenössischen Kontext stärker in den Blick nehmen, und die politische Verantwortung eben nicht pauschal dem Deutschen Reich oder gar „den“ Deutschen zuweisen, sondern stärker über die Verantwortung bestimmter gesellschaftlicher Kräfte und ihrer Akteure diskutieren.

## Die Leerstelle: Die Rolle der Sozialdemokratie

Die Beiträge der meisten AutorInnen reduzieren sich auf die Reichsregierung und die sie stützenden Kräfte sowie pauschal auf „die“ erst vom Kriegsausbruch völlig überraschte und dann schnell kriegsbegeisterte Bevölkerung. Letztlich folgt der Hauptstrang der Diskussion damit dem Handeln bürgerlicher und monarchistischer politischer Kräfte. Demgegenüber fällt der Blick in die internen Debatten und auf die politische Rolle der Arbeiterbewegung sehr knapp aus. Dies mag zum einen daran liegen, dass die politische Verantwortlichkeit in der Tat in erster Linie bei Monarchisten und Bürgerlichen, den herrschenden gesellschaftlichen Kräften, lag. Dies liegt aber vor allem auch daran, dass die Rolle der Arbeiterbewegung im Mainstream des geschichtlichen Erinnerns in Deutschland insgesamt nur eine Randerscheinung ist.

Die öffentliche, aber auch größtenteils die fachwissenschaftliche Diskussion der Rolle der Sozialdemokratie kurz vor und während des Ersten Weltkriegs folgt daher meist einem sehr einfachen Weg: Die SPD war bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Krieg stärker geworden, wartete irgendwie auf den Zusammenbruch des Kapitalismus, demonstrierte bis zum 31. Juli 1914 fleißig gegen den Krieg, um dann von einem Tag auf den anderen einfach auf den Burgfriedenskurs des deutschen Kaisers einzuschwenken. Dann verschwindet die SPD aus dem Blick, um dann 1918 mit einer gleichfalls ambivalent gesehenen Rolle während der Revolutionstage wieder auf der politischen Bühne aufzutauchen.

Eine ernsthafte Würdigung der in der deutschen und europäischen Sozialdemokratie vor dem Krieg geführten Debatten – mit all ihren Ambivalenzen und Widersprüchen – fehlt also weitgehend. Dabei hatte die SPD bei den Reichstagswahlen im Jahr 1912 etwa ein Drittel der Parlamentssitze errungen. Sie war ein ernsthafter innenpolitischer Faktor, die grundsätzliche Ablehnung von Krieg wurde in ihrer Anhängerschaft breit getragen. Die Debatten um eine drohende Kriegsgefahr wurden in der Sozialdemokratie darüber hinaus bereits seit Anfang des Jahrhunderts intensiv geführt. Sie war Thema mehrerer internationaler Kongresse der Sozialistischen Internationale, zuletzt in Basel im November 1912. Und die sozialdemokratische Presse bot über Jahre eine intensive Auseinandersetzung mit der internationalen Politik und der Möglichkeit des Ausbruchs eines Krieges. Das Bild, das Florian Illies in seinem Buch von einem unbedarften Sommer 1913 suggeriert, funktioniert nur dann, wenn die politische Linke aus der Erzählung ausgeblendet wird. Mehr noch: Es ignoriert etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung, die sich auf die Sozialdemokratie bezog, und die sehr wohl Sorge vor einem drohenden Krieg hatte.

Interessant ist daran auch, dass liberale und konservative Parteien kaum als eigenständige Akteure in den Blick geraten. Dabei wäre es doch

interessant, sich nicht nur mit den Vorgängern der heutigen Sozialdemokratie, sondern auch mit der politischen Ahnengalerie des deutschen Liberalismus und des nationalen und christlichen Konservatismus zu beschäftigen, wenn auch bei diesen politischen Strömungen die Kontinuität hinein in die aktuelle Parteienlandschaft immer weniger zu erkennen ist.

Wichtig wäre darüber hinaus auch ein Blickwinkel, den die SPD selbst in der Rückschau oft vernachlässigt: Der Blick auf die Unterschiede innerhalb der eigenen Partei, auf interne politische Debatten, auf Streit über die weitere Politik der Sozialdemokratie. Gerade mit Bezug auf den Ersten Weltkrieg und seine Folgen ist dies besonders relevant und spannend. Mit der Zustimmung zu den ersten Kriegskrediten 1914 war die Debatte in der Partei nicht erledigt. Im Gegenteil: Bereits auf der Fraktionssitzung plädierten u.a. mit Hugo Haase und Karl Kautsky zwei bedeutende Vertreter des Zentrums der Partei gegen die Zustimmung zu den Kriegskrediten. Und schon sehr bald begann auch in der SPD eine breite Debatte über die tatsächlichen Kriegshintergründe, die schon ab 1915 dazu führte, dass die Zahl der Abweichler in der Fraktion immer größer wurde. Die USPD wurde schließlich von bedeutenden Vertretern des marxistischen Zentrums wie Kautsky sowie von führenden Revisionisten wie Eduard Bernstein gemeinsam gegründet. Der Weg der Kriegsgegnerschaft in der zeitgenössischen SPD führte eben nicht ausschließlich in die KPD, sondern auch zum Kampf um einen anderen Kurs innerhalb der Sozialdemokratie. Es ist ein Problem, dass die SPD selbst in ihrer Traditionslinie meist zu einfach und verkürzt auf die Mehrheitssozialdemokratie blickt und die Tatsache ignoriert, dass um 1920 die Mehrzahl der politischen Vordenker der Sozialdemokratie bei den Unabhängigen organisiert war, dann aber bis 1922 wieder in eine gemeinsame Partei eintrat.

Einen interessanten Beitrag zu der skizzierten Problematik hat Heiner Karuscheit geleistet, der in einem Buch („Deutschland 1914: Vom Klassenkompromiss zum Krieg“, Hamburg 2014) und

mehreren Artikeln (Sozialismus, Hefte 3 und 4/2014) den Gründen für den Kriegsausbruch sowie der Rolle der SPD nachgeht. Karuscheit macht vor allem die fehlgehende Vorstellung innerhalb der Sozialdemokratie, einer einheitlichen Bourgeoisie gegenüber zu stehen, für das Verhalten der Partei verantwortlich. Die Aufspaltung der Herrschenden in Junkertum als besonderer Klasse mit dem politischen Konservatismus als Arm sowie in das liberale Bürgertum sei nicht erkannt worden, die Bündnisoption mit den Liberalen daher nicht entschieden ausgelotet worden. Allerdings muss auch Karuscheit eingestehen, dass die Haupthürde für ein solches Bündnis dann wohl doch die Weigerung der Liberalen war, bei der Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen mitzumachen, da sie damit ihre eigene Machtbasis gefährdet hätten.

Die Debatte um die Hintergründe und Ursachen, die Verantwortlichkeiten und Anteile in Bezug auf den Kriegsausbruch 1914 könnte also auch das Bemühen enthalten, der Arbeiterbewegung, ihren internen Diskussionen, ihren Positionen und ihren Akteuren einen angemessenen Platz in der Erinnerungskultur in Deutschland zu verschaffen. Ein ideengeschichtlicher Blick auf die deutsche Geschichte würde in dieser Frage vor der zu starken und einseitigen Verengung auf die nationalstaatliche und institutionelle Perspektive schützen. Er würde zudem einem Abrutschen der nationalstaatlichen in eine rein nationale Betrachtungsweise und damit klischeehaften Vereinfachung entgegenstehen, und dazu zwingen, sich stärker mit gesellschaftlichen Kräften, mit tatsächlichen politischen Strategien und Richtungsentscheidungen sowie mit ihren Auswirkungen auf den Gang der Geschichte auseinanderzusetzen.

Schon jetzt kann man vor diesem Hintergrund sehr gespannt auf die nächsten Jahrestage – 1918 und 1919 – sein, wenn es um die Revolution in Deutschland und um die Gründung der Weimarer Republik gehen wird. ■

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

## Rezension: Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität

von Thilo Scholle

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“ Mit diesen starken Worten beginnt das Manifest des Basler Friedenskongresses der Sozialistischen Internationalen, der am 24. und 25. November 1912 in Basel in der Schweiz zusammentrat. Zeitgenössischer Hintergrund des Kongresses waren die gerade stattfindenden kriegेरischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan, am Horizont drohte bereits ein Waffen-gang zwischen den Großmächten in Europa. Die Parteien der Internationalen wandelten also keineswegs „im Schlaf“ auf einen kommenden Weltkrieg zu, sondern waren sich der Kriegsgefahr bewusst.

Den 100. Jahrestag des Kongresses nahmen WissenschaftlerInnen der Universität Basel zum Anlass, neben der Organisation einer Tagung auch den vorliegenden Sammelband herauszugeben. Die kurzen und durchweg gut lesbaren Texte führen zunächst in die Entstehungs- und Organisationsgeschichte des Kongresses ein. Ein zweiter Abschnitt widmet sich der Entwicklung der II. Internationalen sowie der maßgeblichen sozialistischen Parteien. Anschließend folgen Beiträge zur Wahrnehmung des Kongresses in Europa. Neben der Reproduktion einzelner Erinnerungsstücke wie Eintrittskarten und Bildern werden auch mehrere dutzend



**Bernard Degen/  
Heiko Haumann/  
Ueli Mäder/ Sandrine  
Mayoraz/ Frithjof  
Benjamin Schenk (Hg.):**

**Gegen den Krieg.  
Der Basler Friedens-  
kongress 1912 und  
seine Aktualität**

Christoph Merian Verlag, Basel 2012,  
288 Seiten, 24.00 €

TeilnehmerInnen des Kongresses in kurzen biographischen Texten vorgestellt. Die politischen Schlussfolgerungen sind pointiert, überzeugen aber nicht immer. So arbeiten die AutorInnen zwar gut die durch das abschließende Manifest nur schwach überbrückten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien in Bezug auf die im Kriegsfall anzuwendenden Aktionsformen heraus. Gerade in Bezug auf die SPD wirkt die Darstellung aber doch recht schablonenhaft. In Bezug auf die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten der Partei bei Kriegsausbruch 1914 ist die Darstellung zudem auch arg vereinfachend, wenn dort insinuiert wird, ein Aufruf der SPD zum Massenstreik in Deutschland hätte ein Signal für die Weltrevolution sein können.

Ein weiteres Herzstück des Bandes bilden die als „Quellen“ abgedruckten Kongressreden und Kongressberichte. Abschließend widmen sich zwei Texte der „Friedenspolitik heute“. Sehr bewusst werden dabei auch Bezüge zu den Debatten der internationalen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit hergestellt. Während der Beitrag „Globale Sozialpolitik

ist auch Friedenspolitik“ durchaus überzeugend die „soziale Frage“ und ihre Bedeutung für Frieden und Entwicklung thematisiert, verliert sich der zweite Beitrag zum Thema „Sozialer Ausgleich und Zivilgesellschaft“ in einer zu einfachen und undifferenzierten Beschreibung von Zivilgesellschaft.

Insgesamt bietet der Band eine inhaltlich ausgewogene, vor allem aber beeindruckende Wertschätzung des Basler Friedenskongresses von 1912 und seiner Protagonisten. ■

⇒ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

## Rezension: Karl Kautsky „Wie der Weltkrieg entstand“ (1919)

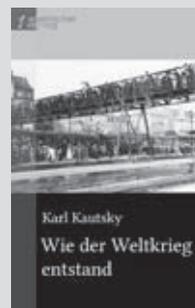
von Burkhard Zimmermann

Im Jahr 2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum einhundertsten

Mal. Nachdem Fritz Fischer 1961 „Der Griff nach der Weltmacht“ veröffentlichte und damit die nach ihm benannte Kontroverse innerhalb der (west-)deutschen Geschichtswissenschaft auslöste, hatte sich die öffentliche Wahrnehmung über die Ursachen des Ersten Weltkrieges wesentlich geändert. Fast alle (west-)deutschen Historiker fielen damals über diesen „Nestbeschmutzer“ her, das Goethe-Institut verhinderte Auftritte Fischers im Ausland. Aktuell beobachten wir eine Rückentwicklung. Da wird der Kriegsausbruch als das „schlafwandlerische Hineinschlittern“ interpretiert. Eine Schuldfrage, wer denn nun diesen Krieg begann, der beinahe die ganze Welt umfasste und an dessen Ende mehr als 17 Millionen Tote zu beklagen waren, wollen diese Historiker nicht beantworten. Die Literatur wird zwar immer dicker, aber wesentliche Quellen Fritz Fischers und Immanuel Geiss werden nicht weiter berücksichtigt.

Günter Regneri hat jetzt Karl Kautskys Kriegsursachenbuch neu herausgegeben, als eine zeitgemäße sozialdemokratische Quelle.

Warum ist Karl Kautsky als Interpret der Ursachen des Ersten Weltkrieges wichtig?



Hrsg. Günter Regneri  
Karl Kautsky

Wie der Weltkrieg  
entstand

Elektrischer Verlag,  
Berlin 2013, 14.90 €

Karl Kautsky (geb. 1854 in Prag – gest. 1938 Amsterdam) war seit 1883 Herausgeber der Zeitschrift „Die Neue Zeit“, die sich bald zur wichtigsten Theoriezeitschrift der deutschsprachigen Arbeiterbewegung entwickelte, er avancierte quasi zum Gralshüter der marxistischen Theorie, er war der Chefideologe der deutschen Sozialdemokratie. Kautsky galt als Zentrist in der Partei.

Am 3. August 1914 zog die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Karl Kautsky zu ihrer Sitzung hinzu, in der sie über die von der kaiserlichen Regierung beantragten Kriegskredite beriet. Für keinen seiner Vorschläge fand Kautsky nennenswerten Rückhalt in der Reichstagsfraktion. Der Fraktionsvorsitzen-

de Hugo Haase begründete im Reichstag die Bewilligung der Kriegskredite, obwohl selber Kriegsgegner.

Der verbrecherische Überfall auf das neutrale Belgien vom 4. August 1914 durch das Deutsche Reich bestätigte Kautsky in seiner Haltung gegen den Krieg. Die belgische Regierung hatte abgelehnt, Truppen durch ihr Land gen Frankreich marschieren zu lassen. Daraufhin besetzte die deutsche Armee kurzerhand das Nachbarland.

Nach Ende des Ersten Weltkriegs wurde Kautsky – der ab 1917 mit Hugo Haase zur USPD gehörte – von der Revolutionsregierung, dem Rat der Volksbeauftragten, als Unterstaatssekretär ins Außenministerium berufen. Er sollte die Dokumente sammeln, sichten und herausgeben, die den Ausbruch des Weltkrieges betrafen. Bereits im März 1919 konnte Karl Kautsky der Mitte-Links-Regierung Scheidemann den Abschluss seiner Recherchen mitteilen. Kautsky hoffte, mit einer schonungslosen Veröffentlichung der diplomatischen Akten „noch vor Beginn der Friedensverhandlungen der Welt die offenbarste Bekundung dafür vorlegen [zu können], dass die deutsche Regierung, von der diese Verhandlungen geführt wurden, nicht das Mindeste gemein habe mit jener, die den Krieg erklärt“ hatte.

In „Wie der Weltkrieg entstand“ dokumentierte Kautsky die Arroganz, Rücksichtslosigkeit und Naivität des Deutschen Kaisers, seiner Regierungsbeamten und Diplomaten in der Krisensituation im Juli und August 1914. Kautsky gelingt es nicht nur, die Aktenauszüge der diplomatischen und regierungsinternen Kommunikation in einen aussagekräftigen regionalen und zeitlichen Zusammenhang zu setzen. Seine Kommentierungen ermöglichen eine nachvollziehbare Gesamtlektüre. Kautskys Buch eröffnet uns heute einen Einblick in die Handlungsprämisen derer, die die Welt sehenden Auges in ei-

nen Krieg führten, der in vier Jahren mehr als 17 Millionen Todesopfer forderte.

Die von Kautsky zusammengestellte Dokumentensammlung bewies, dass die kaiserliche Regierung im Juli und August 1914 nichts getan hatte, um einen Krieg zu verhindern. Im Gegenteil: Sie hatte jeden Versuch einer diplomatischen Lösung der Krise hintertrieben.

Trotz dieser Erkenntnisse verzögerte die neue Regierung der jungen deutschen Republik die Publikation der Kriegsdokumente. Statt dessen gab sie im Juni 1919 ein „Weißbuch“ heraus, in dem sie trotz besseren Wissens behauptete, von Russland in einen Abwehrkampf getrieben worden zu sein.

Kautskys präzise Darstellung – gestützt auf die diplomatischen Akten des kaiserlich deutschen Außenamtes – zeigte deutlich die Verantwortung des Deutschen Reiches für die Auslösung des Ersten Weltkrieges. Doch nach der Niederlage wollte die deutsche Öffentlichkeit seine Arbeit gar nicht wahrnehmen. Einige wenige konservative Historiker und Publizisten verrissen „Wie der Weltkrieg entstand“ polemisch, während die sozialdemokratische Presse das Buch weitgehend ignorierte.

Zu schmerzhaft war für die SPD-Führung wohl die von Kautsky offen gelegte Wahrheit, dass sie sich im August 1914 vor den Kriegskarren der kaiserlichen Regierung hatte spannen lassen. ■

↳ Burkhard Zimmermann, Jahrgang 1950, ist Geschäftsführer eines Jugendverbandes. Er ist langjähriger SPD-Ortsvereinsvorsitzender und seit den 70er Jahren in der Friedensbewegung aktiv. Zimmermann ist Vorsitzender des Fachausschusses Jugend der Berliner SPD sowie Koordinator des AK Frieden und Vorstandsmitglied des Forums DL21. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politische Bildung, Gedenkstättenarbeit und Antifaschismus.

## Rezension: Vom Zusammenhang von Kapitalismuskritik und guter Arbeit

von Kai Burmeister

Der Diskurs „Hauptsache Arbeit, egal welche“ war für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der 2000er Jahre prägend. Mittlerweile rückt die Forderung nach „Guter Arbeit“ in das Zentrum der politischen Debatten vor. Es ist ein Fortschritt, dass Erwerbsarbeit heute wieder an deren Qualität und deren Entlohnung gemessen wird.

Der Aufstieg der „Guten Arbeit“ ist keine Zufälligkeit, sondern Ergebnis eines konsequenten Agenda-Settings. Klaus Pickshaus – der Autor von *Rücksichtslos gegen Gesundheit und Leben* – kann für sich in Anspruch nehmen, innerhalb der Gewerkschaften die Diskussion um die Wiedererlangung der Deutungshoheit um die Qualität der Arbeit maßgeblich mit angestoßen zu haben. Das von Pickshaus vorgelegte Buch ist nicht bloß eine Bilanz am Ende der hauptamtlichen Arbeit eines Gewerkschafters, sondern ein Plädoyer für inhaltliche und konzeptionelle Klarheit eines politischen Projektes und ein gewichtiger Impuls für eine Kapitalismuskritik auf der Höhe der Zeit.

Eine Alltagsbeobachtung verdeutlicht die Notwendigkeit für das Buch: Mein morgendlicher Weg ins Gewerkschaftshaus führt an einer Leiharbeitsfirma vorbei, die ebenfalls mit „Guter Arbeit“ im Unternehmensmotto wirbt. Hier wird deutlich, wie sehr der Erfolg von Begriffen mit einem Verlust an Klarheit bzw. der Vereinnahmung durch die andere Seite einhergehen kann. Das Buch führt auf eine Reise zu den Ursprüngen kapitalistischer Produktion. Anschließend zieht Pickshaus eine Bilanz des rund zehnjährigen Diskurses um Gute Arbeit und gibt darüber hinaus einen kapitalismuskritischen Impuls für die weitere Strategie der Gewerkschaften.



**Klaus Pickshaus**

**Rücksichtslos gegen  
Gesundheit und Leben**

Gute Arbeit und  
Kapitalismuskritik – ein  
politisches Projekt auf  
dem Prüfstand

VSA-Verlag 2014,  
176 Seiten, 14,80 €

Wertvoll ist im Kapitel 1 der Rückgriff auf Marx und Engels mit ihrer Beschreibung der Rücksichtslosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise gegenüber der physischen und psychischen Gesundheit der abhängig Beschäftigten. Zwar entsprechen die allgemeine Verbindlichkeit des Arbeitsschutzes neben dem unmittelbaren Interesse des Arbeiters auch dem allgemeinen Interesse der Kapitalisten. Doch dieses allgemeine Interesse musste dem Kapital erst in harten Auseinandersetzungen abgerungen werden. Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit waren nicht für immer und ewig in Stein gemeißelt, sondern unterlagen permanenten Aushandlungen entlang der Achse gewerkschaftlicher Verallgemeinerungs- und unternehmerischer Ausweichstrategien.

Der Zusammenhang von schlechten Arbeitsbedingungen und Gesundheit ist nicht nur für die Zeit der Industrialisierung von Bedeutung, auch im Finanzmarktkapitalismus tritt dessen zerstörerische Wirkung hervor. In Kapitel 2 werden die neuen Managementkonzepte, die indirekte Steuerung sowie die Finanzmarktsteuerung und der Wettbewerbsstaat unter diesem Aspekt beleuchtet. Bei einer kapitalismuskritischen Betrachtungsweise aus der Vogelperspektive bleibt das Buch jedoch nicht stehen. In den Kapiteln 3 und 4 geht es um die Revitalisierung der Arbeitspolitik und um den gesell-

schaftspolitischen Charakter eines politischen Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Im Kapitel 5 werden betriebspraktische Konflikte um die Ausgestaltung des Arbeitsschutzgesetzes (ganzheitliche Gefährdungsbeurteilung), das betriebliche Eingliederungsmanagement und Gesundheitsförderungsprojekte näher beleuchtet. Regulierungsanforderungen gegenüber arbeitsbedingtem Stress und altersgerechter Arbeit sowie flexible Altersübergänge stehen im Mittelpunkt des sechsten Kapitels.

Im abschließenden Kapitel 7 diskutiert der Autor die Aktualität und den Nutzen von Kapitalismuskritik. Demnach ist Gute Arbeit weit mehr als ein hübsch klingender Slogan für Kampagnen und Wahlkämpfe. Der Diskurs „Gute Arbeit“ soll eine Antwort auf die Zumutungen des gegenwärtigen Kapitalismus gegenüber der Gesundheit und dem Leben sein. Dies ist freilich auch als Aufforderung an die Gewerkschaften zu verstehen, Kapitalismuskritik für die betriebliche Praxis und politische Profilierung zu nutzen und dies mit Widerständigkeit zu verbinden.

Das Buch zeichnet sich durch eine klare politische Position in Verbindung mit praktischen Erfahrungen in den politischen und betrieblichen Arenen aus. Diese Stärke ist gleichzeitig auch eine Schwäche. In manchen Abschnitten der sieben Kapitel hätte dem Buch ein wenig mehr Ausführlichkeit in der Argumentation gut getan. In der Summe bietet „Rücksichtslos gegen Gesundheit und Leben“ einen fundierten Überblick über „Gute Arbeit“ als politisches Projekt. Für die arbeitsorientierte Linke in den Parteien und sozialen Bewegungen sowie für aktive Gewerkschafter ist das Buch wertvoll. Ein dem Buch vorangestelltes Zitat von Karl Marx macht die aktuelle Herausforderung für die Linke deutlich: „Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird.“ ■

↳ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär in Stuttgart und Mitglied der spw-Redaktion.

## DL 21 Aktuell

### Aktuelle Debatte in der SPD um Wirtschaftspolitik

Aktuell wird in den Medien darüber debattiert, ob ein Kurswechsel die SPD „aus dem 20 Prozent Umfrage-Turm“ herausführen und mehr Wirtschaftskompetenz die SPD für 2017 besser aufstellen könnte. Es wird in Zeitungsinterviews und Presseäußerungen angemahnt, dass die SPD in den letzten Jahren zu stark auf Themen der sozialen Gerechtigkeit gesetzt hätte und ihr wirtschaftspolitisches Profil vernachlässigt habe. Wer diese Debatte so führt, könnte missverstanden werden.

### Wirtschaftspolitik stärken – aber nicht auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit

Denn birgt dies in der öffentlichen Wahrnehmung nicht die Gefahr, dass zwischen „wirtschaftspolitischer Kompetenz“ und der Kompetenz „soziale Gerechtigkeit“ ein Widerspruch aufgebaut wird bzw. der Eindruck entsteht, die SPD würde ihren Ansatz für mehr soziale Gerechtigkeit relativieren? Und könnte dies nicht an eine Regierungszeit erinnern, nach der wir seit 2009 an einer Re-Sozialdemokratisierung gearbeitet haben?



Haben wir also zu stark auf unsere Kernkompetenz soziale Gerechtigkeit gesetzt?

Aus den Wahlanalysen zur BTW 2013 geht hervor, dass die SPD in ihrer Kernkompetenz „soziale Gerechtigkeit“ weiterhin nicht ausreichend überzeugen konnte (z.B. TNS-Infratest). Das belegt: Das soziale Profil der SPD ist nicht zu stark und der Schwerpunkt auf Verteilungsgerechtigkeit ist und bleibt richtig.

Wirtschaftspolitische Profilierung und soziale Gerechtigkeit schließen sich nicht aus. Gute Wirtschaftspolitik und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen und ergänzen sich. Die wirtschaftsliberalen Konzepte haben andere – und sind damit gescheitert.

### **DL21 führt auf Herbstkonvent Debatte um zukünftige Wirtschaftspolitik**

Das Forum DL21 setzt auf seiner diesjährigen Herbsttagung am 01. November bei 2014 den Schwerpunkt Wirtschaftspolitik. Damit setzen wir die bei unserer Frühjahrstagung begonnene Debatte zu linkssozialdemokratischen Perspektiven fort und stellen die Frage nach der Ausgestaltung linkssozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

Wir wollen dort unter anderem debattieren, wie eine Stärkung des sozialen Profils durch neue wirtschaftspolitische Konzepte aussehen kann. Näheres zu Programm und Ort der Tagung wird rechtzeitig auf unserer Homepage [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de) veröffentlicht und unseren Mitgliedern zugesandt.

### **Debatte um die „kalte Progression“**

Auch die Debatte um die „kalte Progression“ ist wieder entfacht. Merkel stellt sich weiter gegen den Abbau der kalten Progression, da sie die Haushaltskonsolidierung für wichtiger erachtet. Sigmar Gabriel brachte hingegen ein neues Argument in die Debatte

ein: durch den Mindestlohn wären nun mehr Steuereinnahmen zu verzeichnen, die dann den Abbau der Kalten Progression ermöglichen würden. Bisher wurde unter anderem von Thomas Oppermann argumentiert, dass der Abbau der kalten Progression nur mit einer entsprechenden Gegenfinanzierung möglich sei.

Auch der DL21-Bundesvorstand hat sich dazu im Mai positioniert. Unsere Kernaussagen sind:

- Die Einkommenssteuer insgesamt muss gerechter werden!
- Spitzenverdiener, Vermögende und Empfänger großer Erbschaften müssen sich gerecht an der Finanzierung des Staates beteiligen!
- Investitionsausgaben und Entlastungen für mittlere Einkommen dürfen nicht gegeneinander gestellt werden!

Den vollständigen Text findet ihr auf unserer Homepage.

### **DL21 diskutiert einen gemeinsamen Weg für eine rot-rot-grüne Außenpolitik**

Die aktuellen Konflikte in der Welt sind bedrohlich. Die SPD steht vor der großen Herausforderung, zur Lösung der Konflikte in der Ukraine, dem Irak und dem Nahen Osten beizutragen. Hierfür gibt es keine Patentlösungen. Fragen wie die Verhängung von Sanktionen gegenüber Russland, Waffenlieferungen an die kurdische Minderheit im Nordirak und Lösungen für die dramatischen Geschehnisse im Nahen Osten müssen beantwortet werden.

Um rot-rot-grüne Wege zukünftiger Außenpolitik zu diskutieren, trafen sich im Juni die Bundestagsabgeordneten Edelgard Bul-

mahn (SPD), Jürgen Trittin (Bündnis 90/Grüne) und Stefan Liebich (Die Linke) im Rahmen einer Gesprächsrunde des Forums Demokratische Linke 21. Die sehr intensive Diskussion zeigte Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten. Einigkeit zeigte sich zum Beispiel bei den Themen Stärkung ziviler Krisenprävention und der Rolle der Vereinten Nationen. Strittig blieb der Einsatz von Bundeswehrosoldaten im Rahmen der UN. Hier werden alle drei Parteien weiter in der Diskussion bleiben müssen.

### **DL21-Podiumsdiskussion: „Die ungelöste Eurokrise“**

Fünf Jahre sind seit dem von der Öffentlichkeit wahrgenommenen Ausbruch der Finanzmarktkrise nun vergangen. Die verordnete Sparpolitik hat den Menschen in den südeuropäischen Staaten harte Opfer abverlangt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in einigen Krisenstaaten auf über 50 Prozent angestiegen. Immer wieder wird auch vor einer drohenden Deflation gewarnt. Durch die von der Troika forcierte Privatisierung werden in diesen Ländern außerdem sozial-ökologische Reformen blockiert. Aufgrund dieser Entwicklungen haben Cansel Kiziltepe (SPD), Axel Troost (Die Linke) und Lisa Paus (Grüne) gemeinsam ein Papier mit dem Titel „Die ungelöste Eurokrise“ (abzurufen auf der Seite des „Instituts Solidarische Moderne“) verfasst.

Über das Papier werden wir gemeinsam mit den AutorInnen am **Montag, 22. September 2014, 19:00 Uhr im Taz-Café, Berlin** diskutieren. Hierzu laden wir herzlich ein. Genauere Informationen findet ihr unter **www.forum-dl21.de**.

In Vorbereitung des Parteikonvents hat sich die DL21 Baden-Württemberg mit dem Themenbereich Datensicherheit befasst. Hierzu gibt es eine Dokumentation, die ebenfalls unter **www.forum-dl21.de** abzurufen ist.

Der Bundesvorstand organisiert hierzu eine sogenannte Crypto Party. Hierzu werden wir noch vor dem Parteikonvent einladen.

### **Mitgliederversammlung zur Ausrichtung des Forums DL21**

Am **04.10.2014** findet eine Mitgliederversammlung der DL21 statt. In den letzten Wochen gab es einige Schlagzeilen zur linken Strömung innerhalb der SPD. Der DL21 wird insbesondere vorgeworfen, sich innerhalb der Partei in eine Oppositionsrolle begeben zu haben. Wir nehmen die Debatte sehr ernst und wollen in der Mitgliederversammlung die aufgeworfenen Fragen bezüglich der politischen Arbeit der DL21 miteinander diskutieren. Der Bundesvorstand hat hierzu ein Positionspapier vorgelegt und dieses vorab zur Debatte an die Landesgruppierungen gegeben. Wir sehen uns und die gesamte Linke in der SPD in der Pflicht alles dafür zu tun, dass wir uns nicht gegenseitig schwächen sondern alles für eine starke Linke in der SPD tun. Es darf – nicht zuletzt im Hinblick auf 2017 – keinen inhaltlichen Rollback geben! Als DL21 suchen wir mit allen das Gespräch. Die Einladung wird den Mitgliedern in Kürze zu gehen. ■

## Kampagne *Morgen links leben*

### Ankündigung des Juso-Bundesverbandes

Auf unserer Timeline sehen wir Urlaubsbilder vom letzten Wochenende. Die Titelseiten der Nachrichtenportale sind voll mit Bildern und Meldungen von Kriegen. In Deutschlands Wirtschaftsetagen greift die Angst vor Frühverrentungswellen um sich. Die Krankenkassen prophezeien, dass die Arbeitsunfähigkeit durch Stress weiter steigen wird. Und wir?

Wir fragen uns: wo soll das alles hinlaufen. Wie stellen wir uns unsere Zukunft vor? Wie wollen wir leben, lieben, lernen, arbeiten oder genießen? Wie werden wir jetzt und zukünftig mit Konflikten umgehen? Sind die Antworten, die Bündnisse aus dem 20. Jahrhundert, auch für die kommenden Jahre die Richtigen?

Alles Fragen, auf die wir viele Antworten finden können. Doch welche davon sind gut und in unserem Sinne links? Wie soll es aussehen – unser gutes linkes Leben?

Das alles und noch viel mehr wollen wir in unserer Kampagne „morgen links leben“ diskutieren.

Zum Start unserer Kampagne organisieren wir den Linkskongress, zu dem 400 junge Leute aus dem ganzen Bundesgebiet anreisen. Auf Podiumsdiskussionen und in Workshops wollen wir von Wirtschaftsthemen über Bildungsthemen bis zu Außen- und Friedenspolitik viele Themen ansprechen. Das Programm ist vielseitig. Ob EinsteigerIn oder Fortgeschrittene – für jedeN ist etwas dabei.

Zu den Themen Moderner Sozialstaat, Internationales und Arbeit/Wirtschaft/Soziales wollen wir die aktuellen Fragen unserer Zeit angehen und diskutieren. Am Freitagabend

wollen wir das Jubiläum zu 25 Jahren SDP feiern. Bei einer Diskussion mit anschließendem Empfang wollen wir die Geschichte der letzten 25 Jahre, auch aus Juso-Sicht Revue passieren lassen.

In der Podiumsdiskussion zu „Neue Kriege, Neue Konflikte, Neue Lösungen“ wird am Samstagabend kontrovers über die Außen- und Friedenspolitik diskutiert und auch die Rolle Deutschlands beleuchtet werden.

### Infos zum Linkskongress 2014:

Der Linkskongress 2014 findet vom **17.-19. Oktober 2014** in der **Alten Parteischule in Erfurt** statt.

Die **Anmeldung** ist bis zum **19. September** möglich. Eine Rückmeldung, ob du teilnehmen kannst, wirst du spätestens bis zum 25. September bekommen.

Die **Teilnahme** inklusive An- und Abreise, Übernachtung und Verpflegung kostet **30 €**.

Du hast Lust bekommen, mehr über den Kongress zu erfahren? Auf der Seite des Juso-Bundesverbandes kannst du dich anmelden und dich über die einzelnen Programmpunkte informieren: <http://www.jusos.de/veranstaltung/linkskongress-2014>.

## Leser/in werden – Prämie wählen!



### Prämienpaket 1

**Beat Ringger**

**Maßt euch an!** Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus mit einem Vorwort von Alex Demirović  
218 Seiten, € 24,90,  
ISBN: 978-3-89691-875-8,  
Westfälisches Dampfboot



**Harald Klimenta / Andreas Fisahn u.a.**

**Die Freihandelsfälle**  
Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP  
AttacBasisTexte 45  
128 Seiten, € 9,00  
ISBN 978-3-89965-592-6  
VSA-Verlag



### Prämienpaket 2

**Heinz J. Bontrup**

**Krisenkapitalismus und EU-Verfall**  
Neue Kleine Bibliothek 195  
231 Seiten, € 15,90  
ISBN 978-3-89438-537-8  
PapyRossa Verlag

**Hartmut Tölle / Patrick Schreiner (Hg.):**

**Migration und Arbeit in Europa**  
Softcover DIN A5,  
229 Seiten, € 14,90  
ISBN 978-3-89438-550-7  
PapyRossa Verlag



### Prämienpaket 3

**Heiner Ganßmann**

**Politische Ökonomie des Sozialstaats**  
Einstiege Band 10, 2. überarbeitete Auflage  
229 Seiten, € 19,90  
ISBN: 978-3-89691-690-7  
Westfälisches Dampfboot

**BEIGEWUM**

**Mythen des Sparens**  
Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse  
Herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen  
144 Seiten, € 11,80, ISBN 978-3-89965-555-1  
VSA-Verlag



## Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: \_\_\_\_\_
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket:  1  2  3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 456 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.